

DIE EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG ZU STAATLICHER REGULIERUNG IM JAHR 2020

Universität Zürich
Institut für Politikwissenschaft
Forschungsbereich Policy-Analyse & Evaluation

Die Einstellungen der Bevölkerung zu staatlicher Regulierung im Jahr 2020

Thomas Milic und Thomas Widmer

Zürcher Politik- & Evaluationsstudien

herausgegeben von Thomas Widmer

Publikationsreihe des Forschungsbereichs ‚Policy-Analyse & Evaluation‘

Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich

ISBN 3-908610-44-3

Bezugsadresse:

Universität Zürich

Institut für Politikwissenschaft

Forschungsbereich Policy-Analyse & Evaluation

Affolternstrasse 56, CH-8050 Zürich

Telefon +41 1 634 38 41

E-Mail fbpae@ipz.uzh.ch

© 2021 bei den Autoren

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung der Studie	9
<hr/>	
1 Einleitung	13
<hr/>	
Ausgangslage und Ziel der Studie	13
Einstellungen zu staatlicher Regulierung – Konzeptuelle Vorüberlegungen und Fragestellung	14
Vorgehen und Methode	15
<hr/>	
2 Die Ergebnisse der Befragung	17
<hr/>	
2.1 Akzeptanz von Zielen der Regulierung und Einschätzung der Regulierungsdichte	17
<hr/>	
Einschätzung der Wichtigkeit von Regulierungen im Gesundheitsbereich während der Corona-Krise auf Höchststand	17
<hr/>	
Beurteilung des Ausmasses an staatlichen Regeln von Parteizugehörigkeit abhängig	18
<hr/>	
Regulierungsbedarf in einzelnen Wirtschaftsbereichen	21
<hr/>	
Wirksamkeit der Regulierungsmassnahmen	23
<hr/>	
2.2 Argumente, Kosten-Nutzen-Abwägungen und wechselnde Perspektiven auf die Regulierung	25
<hr/>	
Die Quadratur des Kreises: Stimmberechtigte wünschen strengere Regulierungen bei gleichzeitig geringerer bürokratischer Belastung	25
<hr/>	
Geringe Kostensensitivität der Bevölkerung bei der Abwägung von Regulierungsfolgen	27
<hr/>	
2.3 Wie regulieren? Die Beliebtheit unterschiedlicher Instrumente und Regulierungsmodi	33
<hr/>	
Differenzierte Beurteilung der Interventionsformen	34
<hr/>	
Für Selbstregulierung und gegen föderalistischen Flickenteppich	35
<hr/>	
Mehrheit für unveränderte Übernahme der EU-Regeln, wachsende Unterstützung für «Swiss finish»	36
<hr/>	
Abgestufte Regulierungen sind kein Selbstläufer	37
<hr/>	
2.4 Beurteilung der Regulierungskompetenz von Unternehmen, Verwaltung und Parteien	38
<hr/>	
Unternehmen und Verwaltung kompetenter wahrgenommen als Parteien	38
<hr/>	
FDP nach wie vor Themenführerin in Regulierungsfragen, aber mit erheblichen Verlusten seit 2016	40
<hr/>	
2.5 Beurteilung der Corona-Massnahmen des Bundes und der Kantone	42
<hr/>	
Massnahmenschärfe: Grossmehrheitliche Akzeptanz der Behördenmassnahmen zur Bekämpfung von Covid-19	42
<hr/>	
Zeitpunkt der Einführung der Massnahmen: Starke Minderheit hätte sich früheres Eingreifen gewünscht	44
<hr/>	
Befolgung der Massnahmen: Hohe Disziplin	44
<hr/>	
3 Fazit	47
<hr/>	
4 Bibliographie	51
<hr/>	

5 Anhang	53
5.1 Datenerhebung und methodisches Vorgehen	53
Design des Fragebogens	53
Stichprobenziehung	53
Durchführung der Befragung	54
Aufbereitung und Gewichtung der Daten	54
Prüfung und Analyse der Daten	54
5.2 Fragebögen	55
Deutsche Version 2016	55
Französische Version 2016	61
Deutsche Version CATI 2020	67
Version française CATI 2020	74
Deutsche Version Online 2020	82
Version française Online 2020	89

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

<i>Tabelle 1.1: In der Studie berücksichtigte zentrale Dimensionen und Aspekte von Regulierung</i>	15
<i>Abbildung 2.1: Wichtigkeit von Regulierungszielen in vier Politikbereichen</i>	17
<i>Abbildung 2.2: Einschätzung des Ausmasses der Regulierung in der Schweiz für die Wirtschaft</i>	18
<i>Abbildung 2.3: Einschätzung Ausmass Regulierung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen</i> ...	19
<i>Abbildung 2.4: Einschätzung Ausmass Regulierung nach beruflicher Position und Parteiaffinität</i>	20
<i>Abbildung 2.5: Regulierungsbedarf nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen (2020)</i>	22
<i>Abbildung 2.6: Regulierungsbedarf der eigenen Branche nach beruflichem Kontext (2020)</i>	23
<i>Abbildung 2.7: Beurteilung der Wirksamkeit von Regulierungsmassnahmen in der eigenen Branche</i>	24
<i>Abbildung 2.8: Zustimmung zu ausgewählten Argumenten der Regulierungsdebatte</i>	25
<i>Abbildung 2.9: Trade-off zwischen Nutzen und Kosten von Regulierung</i>	28
<i>Abbildung 2.10: Unterschiedliches Framing beim Verbot von Tabakwerbung</i>	29
<i>Abbildung 2.11 Einstellungen zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (abends)</i>	30
<i>Abbildung 2.12 Unterschiedliches Framing beim Verbot von fossilen Heizungen (2020)</i>	31
<i>Abbildung 2.13 Unterschiedliches Framing beim Verbot der Bodenhaltung bei der Geflügelhaltung</i>	32
<i>Abbildung 2.14 Unterschiedliches Framing beim Verbot synthetischer Pestizide</i>	33
<i>Abbildung 2.15 Favorisierte Regulierungsinstrumente betreffend Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten</i>	34
<i>Abbildung 2.16 Favorisierte Regulierungsinstrumente betreffend Reduktion CO2-Emissionen</i>	35
<i>Abbildung 2.17 Wer soll regulieren und auf welcher Ebene soll reguliert werden?</i>	36
<i>Abbildung 2.18 Übernahme der EU-Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit</i>	37
<i>Abbildung 2.19 Vereinfachte Vorschriften für Kleinbetriebe (Lebensmittelkontrolle)</i>	38
<i>Abbildung 2.20 Kompetenzzuschreibung in Regulierungsfragen</i>	39
<i>Abbildung 2.21 Kompetenteste Partei in Regulierungsfragen (Themenführerschaft)</i>	41
<i>Abbildung 2.22 Einschätzung der Schärfe der Corona-Massnahmen</i>	43
<i>Abbildung 2.23 Einschätzung der Schärfe der Corona-Massnahmen nach ausgewählten Merkmalen</i>	43
<i>Abbildung 2.24 Einschätzung der Geschwindigkeit der Corona-Massnahmen</i>	44
<i>Abbildung 2.25 Befolgung der staatlichen Empfehlungen</i>	45

Kurzfassung der Studie

Die Haltung der Bevölkerung zu (staatlicher) Regulierung steht im Fokus der vorliegenden Untersuchung. Sie ist eine Nachfolgestudie zur 2016 durchgeführten Analyse der Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu staatlicher Regulierung (Höglinger/Widmer 2016). Viele der damals verwendeten Fragen wurden im März/April 2020 wieder gestellt, was einen Längsschnittvergleich zwischen den Erhebungen von 2016 und 2020 ermöglicht. Der Vergleich zeigt, dass sich innerhalb der letzten vier Jahre gewisse Haltungen verändert haben, viele Einstellungen indessen stabil geblieben sind. Das Gesamtbild bleibt facettenreich: Die Schweizer Stimmberechtigten sind oftmals nicht *per se* für oder gegen Regulierungen, sondern differenzieren zwischen den verschiedenen Regulierungszielen und -kontexten. Die Schlüsselbefunde werden im Folgenden aufgeführt.

Gesundheitsschutz hat angesichts der Corona-Krise enorm an Bedeutung zugenommen

Die mit der Regulierung üblicherweise verknüpften Ziele – etwa der Schutz der Umwelt, der Konsumentenschutz oder der Schutz der Gesundheit – sind in der Stimmbevölkerung praktisch unumstritten. Wenig überraschend im Kontext der Corona-Pandemie wurde dem Gesundheitsschutz in der vorliegenden Befragung ein (nochmals) deutlich höherer Wert beigemessen als vier Jahre zuvor. Die Bedeutungswerte der anderen Regulierungsziele, darunter auch der als wichtig eingeschätzte Umweltschutz, blieben im Vergleich zu 2016 indessen mehr oder minder konstant. Die von der Corona-Pandemie ausgelösten Sorgen um die Gesundheit haben den Gesundheitsschutz zur prioritären Staatsaufgabe erhoben, deutlich vor den weiteren Regulierungszielen.

Mehrheit der Stimmbevölkerung weiterhin zufrieden mit der Regulierung, aber steigender Zuspruch für höhere Regulierungsdichte

Nach wie vor ist eine starke relative Mehrheit der Stimmberechtigten (49%) mit der Regulierungspraxis in der Schweiz zufrieden. In den letzten vier Jahren hat sich indessen der Anteil jener, die sich eine höhere Regulierungsdichte wünschen, verdoppelt (von 10 auf 20%), während der Anteil der Regulierungskritikerinnen und -kritiker spürbar zurückgegangen ist (von 42 auf 31%). Ausserdem ist eine Polarisierung zwischen den Parteianhängerschaften zu erkennen: Während die Haltung zur Regulierungsdichte in den rechtsbürgerlichen Anhängerschaften der FDP und SVP in den letzten vier Jahren mehr oder weniger stabil blieb, erschallt der Ruf nach mehr Regulierungen in den linken Parteianhängerschaften (SP und Grüne) erheblich stärker als 2016. In der politischen Mitte und namentlich bei der CVP-Anhängerschaft hat indessen die Zufriedenheit mit der Regulierungspraxis erheblich zugenommen.

Regulierungsbedarf nach dem «Sankt Florian-Prinzip»

Der Regulierungsbedarf wird in der Finanzbranche am höchsten eingeschätzt. Rund die Hälfte der Stimmberechtigten ist der Ansicht, es brauche in diesem Wirtschaftszweig mehr staatliche Vorgaben. Auch der Onlinehandel soll stärker reguliert werden, wenn es nach dem Wunsch von 44 Prozent der Stimmberechtigten geht. Allerdings hat die Forderung nach mehr Regulierung hier – entgegen dem generellen Trend – seit 2016 abgenommen (von 54 auf 44%). Geringen Regulierungsbedarf sieht die

Bevölkerung indessen im Detailhandel. Aufschlussreich ist zudem, dass ein Regulierungsabbau nirgendwo sonst *stärker gefordert* wird als in der *eigenen* Branche. Und umgekehrt wird – mit Ausnahme des Detailhandels – für jede Branche, *öfter* nach einer *höheren* Regulierungsdichte gerufen als für das eigene Arbeitsumfeld. Kurz, tendenziell gilt: Regulierungen sind oftmals erwünscht, aber weniger im eigenen Arbeitsumfeld.

Die Wirksamkeit von Regulierungen wird von den Erwerbstätigen im eigenen Arbeitsumfeld als gut bewertet

Eine Mehrheit von 56 Prozent der befragten Erwerbstätigen erteilte der Wirksamkeit von Regulierungen im eigenen Arbeitsumfeld zwar keine Bestnote, erachtete sie aber als «ziemlich wirksam». 16 Prozent schätzt sie sogar als «sehr wirksam» ein. Etwas mehr als ein Viertel (28%) hält die bestehenden Regulierungen in der eigenen Branche hingegen für wenig (23%) oder überhaupt nicht wirksam (5%). Erwerbstätige in der öffentlichen Verwaltung und im Bildungswesen sind dabei am ehesten von der Effektivität der Regulierungen im eigenen Tätigkeitsfeld überzeugt, während die Wirksamkeit im Baugewerbe sowie in der Informatik und Kommunikation am skeptischsten beurteilt wird.

In Sachen Regulierungen will das Stimmvolk «de Foifer und s'Weggli».

Legt man den Befragten einschlägige Argumente sowohl für als auch gegen Regulierungen vor, so werden rasch innere Widersprüche sichtbar. Die Idealvorstellung vieler Stimmberechtigter lautet nämlich: Strengere Regeln für Unternehmen bei gleichzeitigem Abbau aufwändiger Bürokratie. Wie diese beiden Forderungen gleichermaßen umgesetzt werden können, ist indessen unklar. Eine mögliche Lösung würde eine «smarte Regulierung» darstellen, die sehr gezielt und damit mit geringeren Folgekosten interveniert.

Erwähnung von Kostenfolgen bleibt oft ohne Wirkung

Konfrontiert man jedoch die Stimmberechtigten mit möglichen Kostenfolgen einer Regulierung, so reagieren sie nur geringfügig, wenn überhaupt darauf. Ein Verbot von Ölheizungen beispielsweise fand unabhängig davon, ob die Wohnkosten um fünf oder gar zehn Prozent steigen könnten, in etwa gleich hohen Zuspruch von Seiten der Befragten. Auch die individuelle Haltung zu einem Verbot der Bodenhaltung beim Geflügel ist weitestgehend «immun» gegen solche Preissignale. Das könnte an einer geringen Preissensibilität oder aber daran liegen, dass die Kostenfolgen auch ohne explizite Nennung von vielen Befragten ohnehin eingepreist werden.

«Swiss finish» bei Lebensmittelkontrolle vermehrt gefordert

Was die Lebensmittelsicherheit betrifft, so spricht sich nach wie vor eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten für eine Übernahme des EU-Lebensmittelrechts aus. Indes, eine starke Minderheit von dreissig Prozent fordert diesbezüglich schärfere Regulierungen im Inland («Swiss finish»). Der Anteil jener, die über die EU-Regelungen hinausgehen wollen, ist seit der letzten Erhebung 2016 um zehn Prozentpunkte gestiegen. Was der Bundesrat und eine Mehrheit im Parlament vermeiden möchten – die Übernahme und Anreicherung von EU-Recht mit zusätzlichen Schweizer Bestimmungen – findet in der Stimmbevölkerung demnach zunehmend Zuspruch.

FDP nach wie vor Themenführerin in Regulierungsfragen, aber mit erheblichen Verlusten seit 2016

Die FDP ist nach wie vor Spitzenreiterin in der Rangliste der in Regulierungsfragen am kompetentesten eingeschätzten Parteien. Allerdings hat sie den Grossteil ihres komfortablen Vorsprungs, den sie 2016 auf die zweitplatzierte Partei (SP) besass, eingebüsst. Neu folgt ihr die SVP, die am zweithäufigsten als Kompetenzführerin in Regulierungsfragen genannt wird. Diese Rangierung hat sie – wie die anderen Parteien auch – im Wesentlichen der Grösse ihrer Anhängerschaft zu verdanken. Denn in der Regel nennen Parteisympathisierende ihre bevorzugte Partei als Kompetenzführerin.

Mehrheit mit Schärfe und Geschwindigkeit der Corona-Massnahmen zufrieden

Die Corona-Krise stellt(e) eine Ausnahmesituation dar, in welcher auch ungewöhnlich einschneidende staatliche Massnahmen zum Schutz der Gesundheit ergriffen wurden (bzw. werden). Eine Mehrheit der Befragten erachtete diese Massnahmen im Frühjahr 2020 als angemessen. Ebenso war eine Mehrheit der Ansicht, Bund und Kantone hätten die Massnahmen rechtzeitig ergriffen. Eine starke Minderheit von rund einem Drittel aller Stimmberechtigten hätte sich allerdings ein rascheres Eingreifen erwünscht. Dieser Anteil war in der von der Covid-19-Pandemie im Vorfeld der Befragung stärker betroffenen Romandie erwartungsgemäss höher als in der Deutschschweiz. Die Kritik an den Corona-Massnahmen, nicht aber das Ausmass, mit welchem man sich an jene Vorgaben persönlich hielt, ist schliesslich auch von der generellen Einstellung zur Rolle des Staates in Wirtschaftsfragen abhängig. Die Kritik an den Corona-Massnahmen hat demnach auch mit der generellen Haltung zur Rolle des Staates in Wirtschaftsfragen zu tun und ist keine ausschliesslich Corona-spezifische Einstellung.

Die Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich über die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu staatlicher Regulierung der Wirtschaft basiert auf einer Mixed Mode-Erhebung (telefonisch und online) von insgesamt 2'350 Stimmberechtigten in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz von Ende März bis Ende April 2020.

1 Einleitung

Ausgangslage und Ziel der Studie

Die staatliche Regulierung und deren Konsequenzen namentlich für die Wirtschaft stehen in der Schweiz seit längerem auf der politischen Agenda. Die Kritik an überbordender Bürokratie und Regulierung sind weder neu noch auf die Schweiz begrenzt (vgl. etwa Kaufman 1977, Müller/Nuding 1984; Bozeman 1993; Baldwin et al. 2010; Cancik 2017). In neuerer Zeit fordern zahlreiche politische Vorstösse in der Schweiz, dass die staatliche Regulierung reduziert und dadurch die Unternehmen, besonders die kleineren und mittleren Unternehmen (KMU), entlastet werden. Der Bundesrat listet alleine für die Periode 2015 bis 2019 über hundert parlamentarische Vorstösse mit dieser Ausrichtung auf (Schweizerischer Bundesrat 2019a: 56–60). Wiederkehrende Stichworte sind zum Beispiel Deregulierung, Abbau von Regulierungskosten, Regulierungsfolgenabschätzung (RFA), Bürokratieabbau oder Regulierungskontrolle (vgl. WBF 2013, Rüefli 2017b, Schweizerischer Bundesrat 2016, 2019b). Derzeit stehen zwei Vorhaben, zu denen der Bundesrat auf Geheiss des Parlaments (widerwillig) Vorentwürfe erarbeitet und kürzlich in Vernehmlassung geschickt hat, zur Debatte: Die Einführung einer Regulierungsbremse sowie die Schaffung eines Unternehmensentlastungsgesetzes. Die vorgeschlagene Regulierungsbremse soll – vergleichbar mit der Ausgaben- oder der bekannteren Schuldenbremse – neue Rechtsätze mit wesentlichen Auswirkungen auf die Privatwirtschaft bei der parlamentarischen Verabschiedung dem Erfordernis eines absoluten Mehrs unterstellen (Schweizerischer Bundesrat 2018; SECO 2021b; vgl. auch Glaser 2018). Das Unternehmensentlastungsgesetz umfasst verschiedene Prüf- und Transparenzerfordernisse, die zu einer Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten beitragen sollen (SECO 2021a). Zusätzlich forderte das Parlament vom Bundesrat verschiedentlich (aber bisher erfolglos) die Schaffung einer unabhängigen Regulierungskontrollbehörde, welche (wie in anderen Ländern, vgl. Schurig 2020 und Rüefli 2017a) Bundeserlasse unabhängig von Regierung und Verwaltung darauf hin überprüfen soll, welche Auswirkungen auf die Wirtschaft von diesen zu erwarten sind (Schöchli 2018).

Bei dieser Debatte liegt der Fokus auf den schädlichen Auswirkungen staatlicher Regulierung auf die Unternehmen. Ab und an wird ergänzend darauf verwiesen, dass für eine umfassende und ausgewogene Betrachtung in Frage stehender Regulierungen auch deren Nutzen für die Wirtschaft, aber auch die Kosten und Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt einzubeziehen seien. Jedoch lässt diese Debatte zumeist ausser Acht, welche Einstellungen zu Regulierungsfragen in der Bevölkerung bestehen (für eine seltene Ausnahme aus dem akademischen Bereich siehe Mayntz/Feick 1982; vgl. auch die politiknahen Beiträge FreshMinds 2009 [vgl. OECD 2012: 17] sowie Phillips/Winter 2020). Für die Schweiz überrascht dies umso mehr, als sich das schweizerische politische System durch ein besonders hohes Mass an Akzeptanzerfordernissen auszeichnet (Widmer/Neuenschwander 2004: 391).

Diese Studie befasst sich mit der Frage, was die stimmberechtigte Bevölkerung über staatliche Regulierung denkt. Sie stützt sich dabei auf repräsentative Bevölkerungsbefragungen ab. Es handelt sich bei der vorliegenden Regulierungsstudie um eine Folgestudie zu der im Jahre 2016 ebenfalls durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich realisierten Studie (Höglinger/Widmer 2016¹).

¹ Die Vorläuferstudie (Höglinger/Widmer 2016) wurde durch die Stiftung StrategieDialog 21 finanziell gefördert.

Damit soll die vorliegende Studie den Fokus der politischen Diskussion erweitern und als sachlicher Beitrag einer konstruktiven Debatte über staatliche Regulierung in der Schweiz dienen.

Einstellungen zu staatlicher Regulierung – Konzeptuelle Vorüberlegungen und Fragestellung

Der Begriff der Regulierung wird mit unterschiedlichem Inhalt genutzt. Regulierung bezeichnet typischerweise ein Bündel an verbindlichen Vorschriften, welche von einer staatlichen Behörde zu einem bestimmten Zweck erlassen werden. Breiter gefasst meint (staatliche) Regulierung jegliche zielgerichtete staatliche Einflussnahme auf wirtschaftliches und soziales Verhalten. Die politische Debatte über staatliche Regulierung neigt häufig dazu, jedes staatliche Handeln unter dem Begriff der Regulierung zu subsumieren, einschliesslich materieller Anreize (wie Lenkungsabgaben), persuasiver Instrumente (wie Informationskampagnen) und weiterer Massnahmen. Schliesslich werden unter Regulierung mitunter alle Formen sozialer oder wirtschaftlicher Beeinflussung verstanden, egal ob diese vom Staat ausgehen oder anderen Quellen entstammen, wie von Organisationen der Selbstregulierung, Unternehmen und weiteren nichtstaatlichen Akteuren (Baldwin et al. 2012: 2–3).

Die vorliegende Studie beschränkt sich auf staatliche Regulierungen, welche die Wirtschaft betreffen, und sie stützt sich dabei bewusst auf ein enges, klar begrenztes Verständnis von Regulierung. Mit Regulierungen sind hier *Eingriffe von staatlichen Behörden in die Wirtschaft zur Steuerung unternehmerischen Handelns in der Form von Geboten und Verboten* gemeint. Dies schliesst auch die damit zusammenhängenden Verfahren der Kontrolle und Durchsetzung (inkl. Bewilligungen, Informationspflichten und Sanktionen) mit ein. Nicht berücksichtigt werden als Konsequenz dieser Definition staatliche Massnahmen im steuerlichen Bereich oder Subventionen. Der administrative Aufwand für Unternehmen im Zusammenhang mit der Steuerpflicht, inklusive der Mehrwertsteuer, fällt somit nicht in den Gegenstandsbereich dieser Studie. Ebenfalls keine Berücksichtigung finden Regulierungen in nicht-wirtschaftlichen Bereichen, wie zum Beispiel die Regelung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder der unentgeltlichen Kinderbetreuung. Schliesslich werden auch diejenigen Regulierungen nicht berücksichtigt, welche einseitig die Konsumentinnen und Konsumenten betreffen, wie etwa die Strafbarkeit des Konsums illegaler Drogen.²

Die zentrale Fragestellung dieser Studie lautet: *Über welche Einstellungen zu staatlicher Regulierung verfügt die schweizerische Bevölkerung?* Zahlreiche Untersuchungen befassen sich mit der Entwicklung der Regulierungstätigkeit, mit Ursachen und Folgen von Regulierungen, berechnen Regulierungskosten und erarbeiten Handlungsanweisungen für mehr oder (zumeist) weniger staatliche Regulierung³. In verschiedenen Studien werden auch die Perspektiven der Unternehmen zu staatlicher Regulierung erhoben⁴. Zu den Einstellungen der schweizerischen Bevölkerung zu Regulierungsfragen fehlen jedoch – mit Ausnahme der erwähnten Vorläuferstudie (Höglinger/Widmer 2016) – systematische Befunde. Diese Einstellungen zu staatlicher Regulierung sollen dabei umfassend und in ihrer Vielschichtigkeit erfasst werden. Aus diesem Grund geht die Studie über die in politikwissenschaftlichen Erhebungen oft gestellten Fragen nach der politischen Werthaltung Staat vs. Markt oder nach der grundsätzlichen

² Diese analytische Abgrenzung ist oft nicht ganz trennscharf, da es kaum Regelungen gibt, welche nicht auch wirtschaftliche Konsequenzen haben, und Regulierungen des Konsums meist auch die Anbieter miteinbeziehen respektive in die Pflicht nehmen.

³ Siehe etwa Linder et al. 1985, Linder et al. 2009, Buomberger 2014, Buomberger/Schlegel 2016, Schweizerischer Bundesrat 2019a.

⁴ Siehe etwa Schweizerischer Bundesrat 2013, GfK Switzerland 2014 (dazu auch Bieri/Dolder 2015), Stoll/Graf 2019.

Präferenz für mehr oder weniger Regulierung hinaus. Mit einer Vielzahl an spezifischen Fragen werden die Einstellungen der Bevölkerung zu zentralen Dimensionen und Aspekten staatlicher Regulierung ermittelt (siehe Tabelle 1.1).

Tabelle 1.1: In der Studie berücksichtigte zentrale Dimensionen und Aspekte von Regulierung

Dimension	Beispiele
Regulierungsziel	Umweltschutz, Gesundheit, Konsumentenschutz, Wettbewerb
Gegenstandsbereich	Wirtschaftsbranche
Regulator	staatliche Behörden, Branchenorganisationen (Selbstregulierung)
Regulierungsebene	lokal, kantonal, national, europäisch
Regulierungsinstrument	Verbote & Gebote, Anreize, Informationsmassnahmen

So lassen sich typische *Ziele von Regulierungen* unterscheiden, wie die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs oder der Schutz von Umwelt, Gesundheit sowie der Konsumentinnen und Konsumenten. Die Wichtigkeit dieser einzelnen Ziele kann jeweils unterschiedlich bewertet werden. Konkrete staatliche Massnahmen lassen sich nach dem von ihnen *regulierten Gegenstandsbereich* unterscheiden. Die meisten Massnahmen betreffen jeweils spezifische Wirtschaftsbranchen, deren Regulierungsbedarf in der Wahrnehmung der Bevölkerung differiert. Ebenfalls nicht nur von theoretischem Interesse, sondern immer wieder Gegenstand erbitterter politischer Auseinandersetzungen ist die Frage nach dem *Regulator* und der *Regulierungsebene*. Der Staat ist nicht der einzige und meist nicht der exklusive Regulator. Auch nichtstaatliche Organisationen verfügen über Regulierungskompetenzen, wie z.B. Branchenverbände in der Form der Selbstregulierung. Und Regulierungen können auf Ebene der Gemeinden, der Kantone oder des Bundes festgelegt werden. Zusätzlich ist für die Schweiz in Regulierungsfragen aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung auch oft die europäische Ebene relevant. Schliesslich kommen auch verschiedene *Typen von Regulierungsinstrumenten* zum Einsatz. Neben den klassischen Mitteln Verbot und Gebot setzen staatliche Behörden auch auf «sanftere» Instrumente, die weniger restriktiv wirken, wie beispielsweise Anreize, Information oder marktbasierende Instrumente.⁵

Vorgehen und Methode

Für die Studie wurden insgesamt 2'350 stimmberechtigte Personen in der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz befragt. Die Erhebung erfolgte im sogenannten «Mixed Mode-Ansatz»:

- *gfs.bern* führte dabei wie schon 2016 eine *telefonische* Befragung (CATI)⁶ durch. Diese telefonische Befragung erfolgte hauptsächlich im zentralen Telefonlabor, teilweise auch dezentral durch insgesamt sechzig Interviewerinnen und Interviewer. Die 808 Interviews mit den telefonisch kontaktierten Respondenten fanden innerhalb von 19 Tagen, zwischen dem 31. März und dem 18. April 2020, statt.

⁵ Zur Konzeptualisierung und den analytischen Dimensionen von Regulierung vgl. Baldwin et al. (2010, 2012).

⁶ Computer-Assisted Telephone Interview.

- Parallel wurde von *LeeWas* eine inhaltlich identische⁷ Befragung *online* (CAWI)⁸ durchgeführt, die aber noch einige zusätzliche Items enthielt (siehe Anhang). Befragt wurden hier 1'542 Personen zwischen dem 2. und 28. April, zufällig gezogen aus dem unternehmenseigenen Online-Panel.

Die Daten aus beiden Erhebungskanälen wurden sodann gesondert gewichtet und anschliessend zusammengelegt. Die ausgewiesenen Werte stammen demnach aus dem gepoolten Datensatz, der total 2'350 Untersuchungseinheiten (Respondentinnen und Respondenten) enthält.

Der verwendete Fragebogen basiert in weiten Teilen auf dem standardisierten Fragebogen, der bereits 2016, bei der erstmaligen Erhebung der Einstellungen zu staatlichen Regulierungen, verwendet wurde (siehe Höglinger/Widmer 2016). Das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich konzipierte die Befragung, wertete die erhobenen Daten aus und zeichnet für die Berichterstattung verantwortlich.

Bei der graphischen Darstellung der Stichprobenresultate in den folgenden Abschnitten werden neben der Punktschätzung für alle ausgewiesenen Werte auch die jeweiligen 95 Prozent-Vertrauensintervalle angegeben (Intervallschätzung).⁹ Diese Intervalle entsprechen einem Band, welches mit 95%-Wahrscheinlichkeit den wahren Wert in der Grundgesamtheit enthält. Alle im Fliesstext diskutierten Unterschiede sind, sofern nicht explizit anders erwähnt, auf dem 95 Prozent-Niveau statistisch signifikant. Weiterführende Informationen zur Methodik einerseits und zum Wortlaut der verwendeten Items andererseits finden sich im Anhang.

⁷ Der exakte Wortlaut der einzelnen Items unterschied sich bisweilen geringfügig zwischen der Telefon- und der Online-Befragung. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass gewisse Formulierungen, die man in einem mündlich geführten Telefoninterview üblicherweise verwendet, um das Gegenüber direkt anzusprechen (z.B. «Und nun ...», «Was denken Sie, ...» etc.), in einer nicht-reaktiven Online-Befragung unpassend sind.

⁸ Computer-Assisted Web Interview.

⁹ Für die gesamte Stichprobe beträgt der maximale Unschärfbereich (bei einer 50:50 Verteilung der Prozentwerte) +/- 2.0 Prozentpunkte. Im Einzelfall fällt dieser Unschärfbereich allerdings grösser oder kleiner aus, je nachdem, wie die Verteilung der Prozentwerte bei einer Frage ausfällt und ob eine Teilstichprobe betrachtet wird.

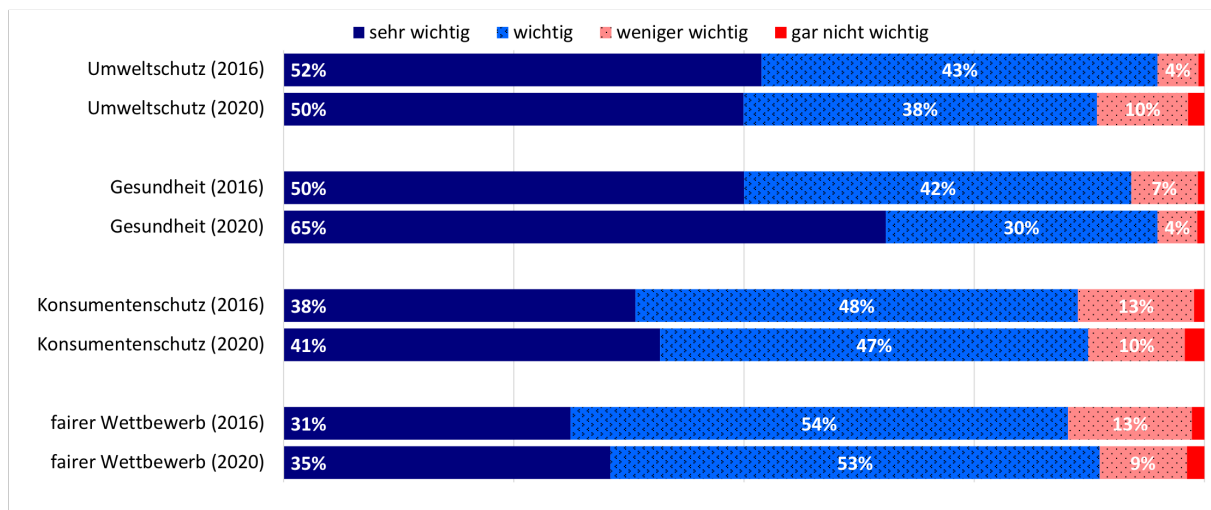
2 Die Ergebnisse der Befragung

2.1 Akzeptanz von Zielen der Regulierung und Einschätzung der Regulierungsdichte

Einschätzung der Wichtigkeit von Regulierungen im Gesundheitsbereich während der Corona-Krise auf Höchststand

Wie wichtig sind für die Stimmberechtigten die Ziele, mit welchen Regulierungsmassnahmen üblicherweise gerechtfertigt werden? Den Befragten wurden dazu vier generelle Regulierungsziele präsentiert: Die Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs, der Umweltschutz, der Konsumentenschutz und – zum Zeitpunkt der Befragung besonders aktuell – der Schutz der Gesundheit. Deutliche Mehrheiten von 88 Prozent oder mehr stufen die abgefragten vier Regulierungsziele als «wichtig» oder gar als «sehr wichtig» ein. Kurz, die Regulierungsziele sind unter den Stimmberechtigten im Prinzip unumstritten (*Abbildung 2.1*).

Abbildung 2.1: Wichtigkeit von Regulierungszielen in vier Politikbereichen



Frage: «Staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft haben unterschiedliche Ziele. Bitte sagen Sie mir jeweils, für wie wichtig Sie Gesetze und Vorschriften mit den folgenden Zielen halten.» (CATI-Version, für Online-Version: siehe Anhang). Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte bei einer 5%-Irrtumswahrscheinlichkeit beträgt +/- 2.0 (2020) bzw. 2.9 Prozentpunkte (2016). Fallzahlen: 2020 = 2'334-2'345; 2016 = 1'182-1'210, wobei «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen nicht berücksichtigt wurden.

Vergleicht man die Werte der vorliegenden Erhebung mit jenen von 2016, so ist besonders *ein* markanter Unterschied zu erkennen: Der Anteil jener, die Regulierungsmassnahmen im Gesundheitsbereich für «sehr wichtig» erachten, hat seit 2016 um fünfzehn Prozentpunkte zugenommen. Zweifellos hat dies mit dem Befragungszeitpunkt zu tun. Die Befragung lief während der Corona-Krise im April 2020. Letztere stellt(e) die grösste gesundheitspolitische Herausforderung in der Schweiz seit Generationen dar. Insofern kann es nicht verwundern, dass die Bedeutungszumessung von Regulierungen im Gesundheitsbereich im Vergleich zu 2016 erheblich zugenommen hat. Für die anderen drei Regulierungsziele fallen die Differenzen zwischen 2016 und 2020 hingegen gering aus (*Abbildung 2.1*). Regulatori-

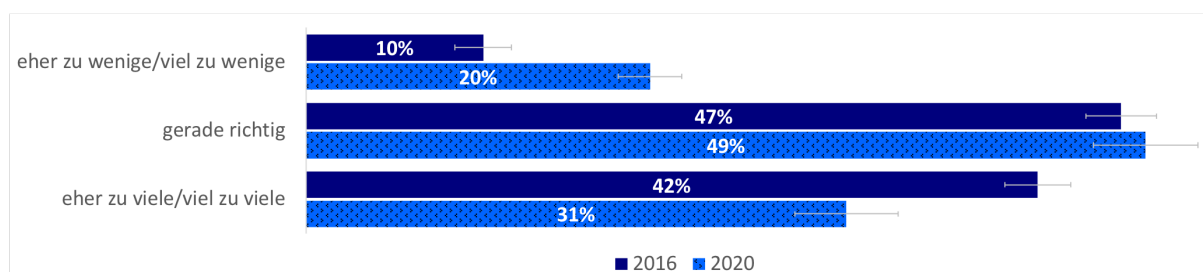
sche Eingriffe beim Umweltschutz sind in der Tendenz gar leicht weniger stark gefragt als 2016.¹⁰ Angesichts der Klimademonstrationen im Wahljahr 2019 war ein solcher Rückgang in der Bedeutungszuweisung nicht zwingend zu erwarten.

Bei so gut wie allen Regulierungszielen zeigen sich zudem in der Feinanalyse deutliche Unterschiede betreffend Sprachzugehörigkeit und Parteiaffinität. In der Romandie wird dem Konsumentenschutz eine deutlich höhere Bedeutung beigemessen (Anteil «sehr wichtig»: 55%) als in der Deutschschweiz (37%). Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Gesundheitsschutz: Auf der französischsprachigen Seite des «Röschigrabens» sind 78 Prozent der Ansicht, Regulierungsmassnahmen seien in diesem Bereich «sehr wichtig», während dieser Anteil auf der deutschsprachigen Seite rund 17 Prozentpunkte tiefer liegt. Die Haltung zum Umweltschutz wiederum ist – wenig überraschend – stark politisch gefärbt: Während sich unter der Anhängerschaft der Grünen kaum jemand (9%) findet, der den Umweltschutz *nicht* für «sehr wichtig» hält, beträgt derselbe Anteilswert unter den SVP-Sympathisierenden 73 Prozent. Selbst zwischen den ideologisch nahestehenden Anhängerschaften von SP und Grünen gibt es signifikante Unterschiede bei der Bedeutungszuweisung von staatlichen Umweltschutzmassnahmen: Während, wie gesagt, rund neun von zehn Grünen-Anhängern (91%) dem Umweltschutz höchste Priorität («sehr wichtig») beimessen, teilen «nur» 73 Prozent der SP-Anhängerschaft dieselbe Einschätzung.

Beurteilung des Ausmasses an staatlichen Regeln von Parteizugehörigkeit abhängig

Das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft wird von rund der Hälfte der Befragten (49%) als «gerade richtig» eingeschätzt. Etwas weniger als ein Drittel (31%) bemängelt indes «eher zu viele» oder «viel zu viele» Regulierungen, während die gegenteilige Wahrnehmung («eher zu wenig» oder «viel zu wenig») von einem Fünftel geteilt wird (Abbildung 2.2). Im Vergleich zu 2016 ist eine Verdoppelung des Anteils der Befürwortenden einer höheren Regulierungsdichte festzustellen, während der Anteil der Regulierungskritikerinnen und -kritiker umgekehrt um elf Prozentpunkte zurückging. Kurz, während eine (deutliche) relative Mehrheit mit dem Ausmass an Staatseingriffen in die Wirtschaft nach wie vor zufrieden ist, findet die Forderung nach mehr Regulierung vermehrt Zuspruch – und dies zulasten der Forderung nach Regulierungsabbau.

Abbildung 2.2: Einschätzung des Ausmasses der Regulierung in der Schweiz für die Wirtschaft



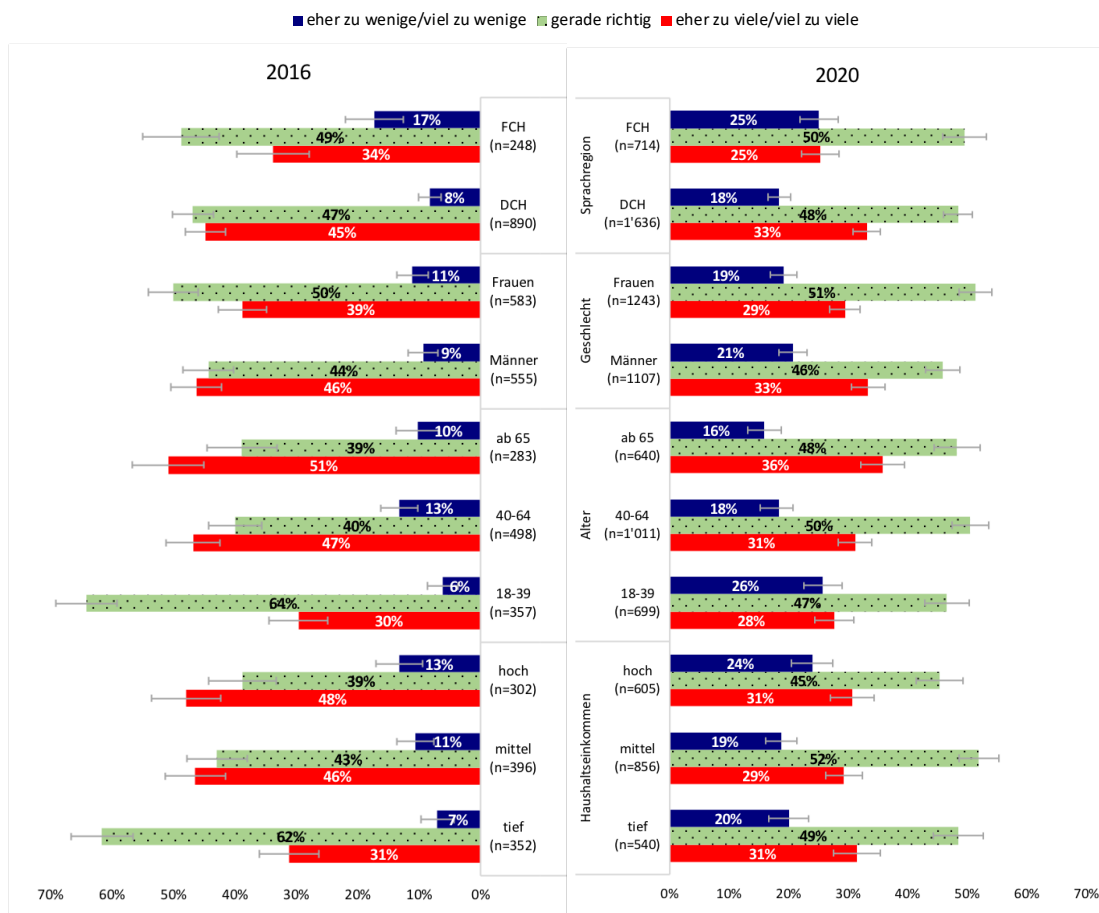
Frage: «Und jetzt zur aktuellen Situation in der Schweiz: Wie schätzen Sie das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft ein?» (CATI-Version, für Online-Version: siehe Anhang).

Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. Fallzahlen: 2020 = 2'260; 2016 = 1'138, wobei «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen nicht berücksichtigt wurden.

¹⁰ Der Unterschied zu 2016 ist statistisch gesprochen nicht signifikant. Auf jeden Fall lässt sich aber sagen, dass die Bedeutungszuweisung nicht zugenommen hat, was angesichts der vergangenen «Klimawahlen» (nationale Parlamentswahlen 2019) nicht unbedingt zu erwarten war.

Betrachtet man die Haltungen einzelner Merkmalsgruppen zur Regulierung, so ist zunächst festzuhalten, dass der Anteil jener, die Regulierungen abzubauen wünschen, in so gut wie allen untersuchten Gruppen zurückging, während umgekehrt ein Ausbau der Regulierungsdichte 2020 fast überall stärker befürwortet wird als 2016 (**Fehler! Ungültiger Eigenverweis auf Textmarke.**).

Abbildung 2.3: Einschätzung Ausmass Regulierung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen



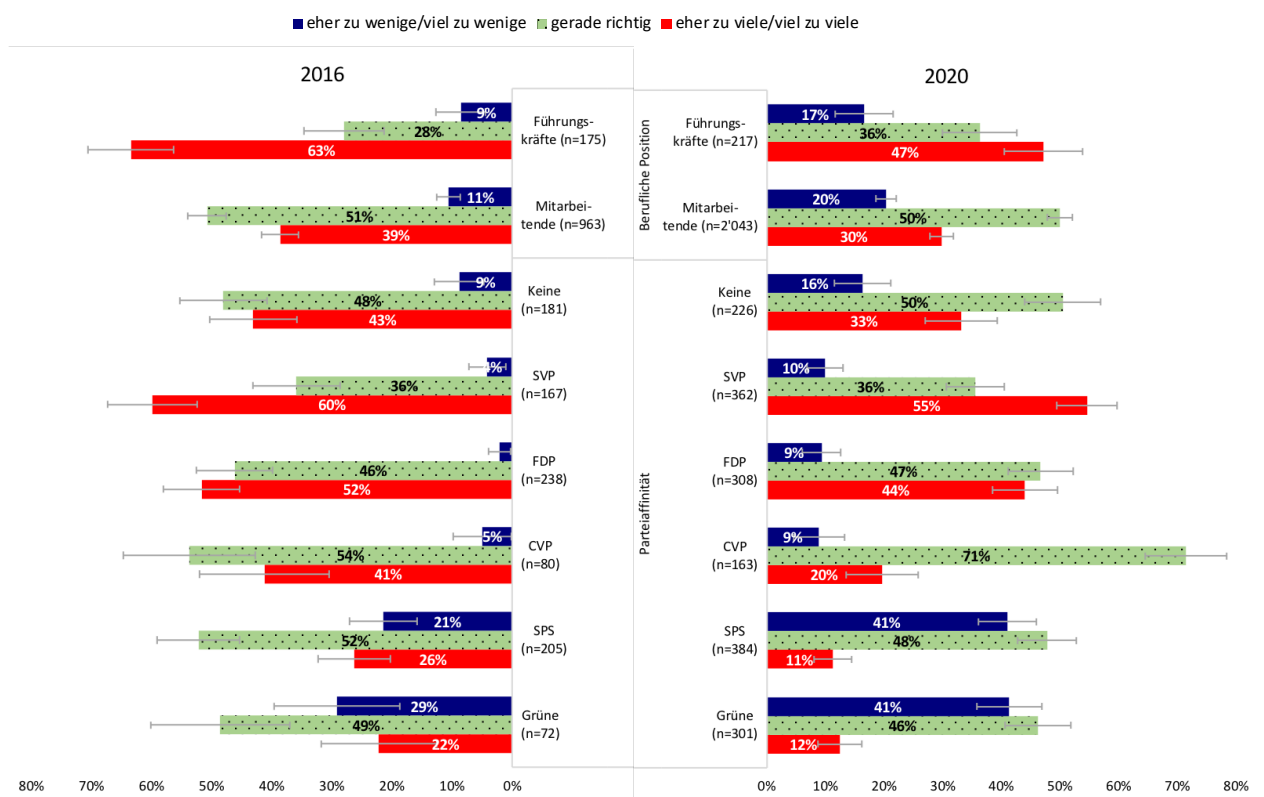
Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

Das markanteste Beispiel dafür sind die über 64-Jährigen: 2016 war noch eine (äusserst) knappe Mehrheit von ihnen der Ansicht, es werde in der Schweiz zu stark reguliert. 2020 teilt noch etwas mehr als ein Drittel (36%) diese Sichtweise. Hinzu kommt, dass die Unterschiede in den Regulierungspräferenzen zwischen den Merkmalsgruppen 2020 fast überall eingeebnet oder zumindest erheblich verringert wurden: In der Deutschschweiz wird beispielsweise nach wie vor stärker über eine hohe Regulierungsdichte geklagt als in der Romandie. Aber der Unterschied beträgt in unserer 2020 erhobenen Stichprobe noch acht Prozentpunkte (2016: 11%). Weiter war das Einkommen 2016 noch ein signifikanter Faktor zur Erklärung der Unterschiede in der Regulierungshaltung. Das ist 2020 nicht mehr der Fall: In allen drei ausgewiesenen Einkommensklassen beträgt der Anteil der regulierungskritischen Personen («eher zu viele» oder «viel zu viele») rund dreissig Prozent. Auch das Alter hat an Erklärungskraft eingebüsst.

Betrug die Differenz bezüglich Regulierungskritik zwischen Alt (über 64-Jährige) und Jung (18-39-Jährige) vor vier Jahren noch über zwanzig Prozentpunkte, so ist dieser Unterschied mittlerweile auf acht Prozentpunkte geschrumpft.

Politische Merkmale wie die Parteidentität haben indessen einen deutlich stärkeren Einfluss darauf, wie das Ausmass an Regulierungen beurteilt wird (siehe Abbildung 2.4). «Gerade richtig» ist mit Ausnahme der SVP-Gefolgschaft zwar bei allen (grösseren) Parteienhängerschaften die häufigste Antwort. Aber der Anteil jener, die eine *höhere* Regulierungsdichte wünschen, beträgt bei den Sympathisierenden der SP und der Grünen je 41 Prozent und ist damit um ein Vielfaches höher als bei den bürgerlichen Gefolgschaften (9 (FDP und CVP¹¹) bzw. 10% (SVP)). Weite Teile der CVP-Anhängerschaft sind mit der aktuellen Regulierungspolitik hingegen vollauf zufrieden (71% «gerade richtig»), während eine Mehrheit der SVP-Sympathisierenden (55%) einen Regulierungsabbau wünscht. Letzterer Anteil beträgt bei der FDP-Anhängerschaft 44 Prozent. Im Zeitvergleich ist ausserdem eine Polarisierung erkennbar: Der Unterschied zwischen Links und Mitte-Rechts hat bei der Regulierungsfrage in den letzten vier Jahren zugenommen. Auch zwischen Führungskräften und Angestellten/Mitarbeitenden ohne Führungsfunktion gehen die Meinungen zur Regulierungsdichte auseinander. Führungskräfte bemängeln öfter als Angestellte eine zu hohe Regulierungsdichte. Aber dieser «Graben» klapft – anders als derjenige zwischen Links und Mitte-Rechts – nicht mehr so weit auseinander wie 2016.

Abbildung 2.4: Einschätzung Ausmass Regulierung nach beruflicher Position und Parteiaffinität



Es werden nur Parteien mit mindestens 50 Nennungen ausgewiesen. Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

¹¹ Die CVP heisst auf nationaler Ebene zusammen mit der früheren BDP seit Januar 2021 «Die Mitte».

Auch bei den politischen Merkmalen fällt generell auf, dass der Wunsch nach Regulierungsabbau in so gut wie allen Merkmalsgruppen abgenommen hat. Besonders spektakulär ist dieser Trend bei der CVP-Anhängerschaft, die vor vier Jahren noch zu 41 Prozent über eine zu hohe Regulierungsdichte klagte. Dieser Anteil hat sich innert vier Jahren halbiert (20%). Das bedeutet indessen noch nicht notwendigerweise, dass damit im Umkehrschluss der Anteil Befürwortender einer wachsenden Regulierung im gleichen Ausmass zugenommen hat. Innerhalb der CVP-Anhängerschaft ist nämlich primär der Anteil jener, welche die Regulierungspraxis für angemessen erachten, gestiegen. Tatsächlich beurteilt in den allermeisten Merkmalsgruppen eine relative Mehrheit das Regulierungsausmass als angemessen, präferiert demnach den Status Quo gegenüber dem Aus- oder dem Abbau.

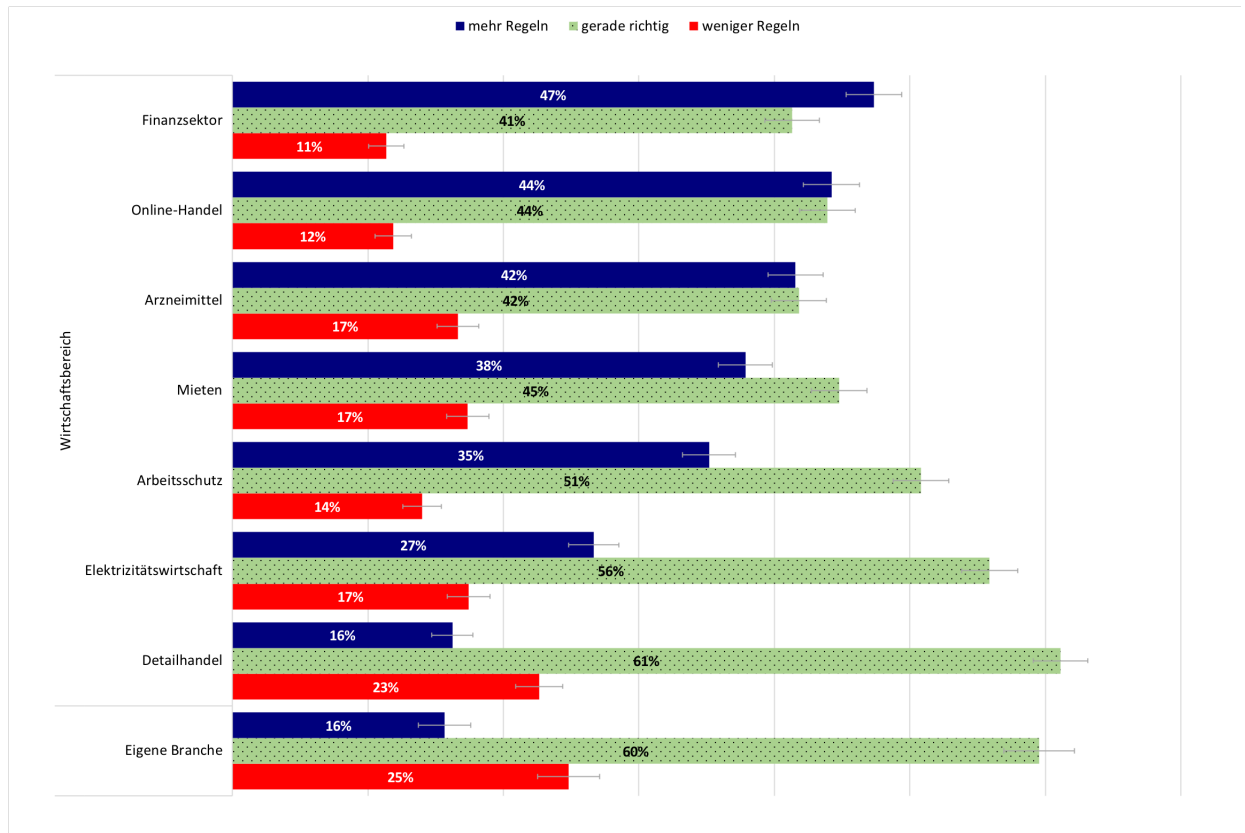
Regulierungsbedarf in einzelnen Wirtschaftsbereichen

Wird in allgemeiner Form nach der Haltung zu staatlichen Regulierungen gefragt, so wird die Antwort in aller Regel auf generellen, abstrakten Wertevorstellungen aufbauen. Fragt man hingegen nach der Einstellung zu staatlichen Vorschriften in einem spezifischen Wirtschaftsbereich, so dürfte das Urteil der Befragten stärker von konkreten, individuellen Erfahrungen geprägt sein. Die in der vorliegenden Studie abgefragten Wirtschaftsbereiche¹² reichen vom Detailhandel, über den Online-Handel, die Banken- und Versicherungsbranche bis hin zur Elektrizitätswirtschaft. Diese Wirtschaftsbereiche wurden bereits 2016 abgedeckt. 2020 wurde zusätzlich auch der Regulierungsbedarf in drei weiteren, alltagsnahen Bereichen abgefragt: Bei den Mieten, bei Arzneimitteln und betreffend Arbeitsschutz. Für diese drei Wirtschaftsbereiche fehlen demzufolge Vergleichswerte von 2016.

Tatsächlich fallen die Ergebnisse für die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich aus (siehe Abbildung 2.5). In der Finanzbranche ortet knapp die Hälfte (47%) aller Befragten mehr Regulierungsbedarf. Erwartungsgemäss ist diese Haltung im linken Lager weit verbreitet (SP: 68%, Grüne: 76%), während sie in den bürgerlichen Anhängerschaften eine Minderheitenposition darstellt. Allerdings fordern selbst 29 bzw. 33 Prozent der FDP- bzw. SVP-Sympathisierenden eine stärkere Finanzmarktregulierung. Auch im Onlinehandel (44%) und im Arzneimittelmarkt (42%) fordern vergleichsweise viele Befragte mehr Regulierungen. Etwas weniger laut erschallt dieser Ruf beim Arbeitsschutz (35%) und den Mieten (38%). Hingegen erkennt nur eine vergleichsweise kleine Minderheit in der Elektrizitätswirtschaft (27%) und im Detailhandel (16%) einen Handlungsbedarf hinsichtlich des regulatorischen Umfeldes. Vergleicht man zudem die Werte der vorliegenden Befragung mit jenen vor vier Jahren, so sind nur geringfügige Veränderungen erkennbar. Einzig beim Onlinehandel hat der Wunsch nach mehr Regulierungen – entgegen dem generellen Trend – abgenommen (von 54 [2016] auf 44% [2020]).

¹² Wenn in diesem Bericht von Wirtschaftsbereichen, -zweigen oder Branchen die Rede ist, so ist damit eine «Zusammenfassung homogener Produktionseinheiten, die Produkte herstellen (oder Dienstleistungen erbringen), welche derselben Gesamtheit einer Wirtschaftszweignomenklatur angehören» gemeint (BFS-Definition, siehe: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/grundlagen/definitionen.html#definition-app-b>).

Abbildung 2.5: Regulierungsbedarf nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen (2020)



Frage: «Ich nenne Ihnen jetzt einige Wirtschaftsbereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie für den genannten Bereich mehr staatliche Regeln und Vorschriften oder weniger staatliche Regeln und Vorschriften befürworten, oder ob das aktuelle Ausmass gerade richtig ist.» (CATI-Version, für Online-Version: siehe Anhang).

Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. Die Fallzahlen für die Wirtschaftsbereiche betragen jeweils zwischen 2'198 und 2'300; Fallzahl eigene Branche = 1'360 (nur erwerbstätige Personen).

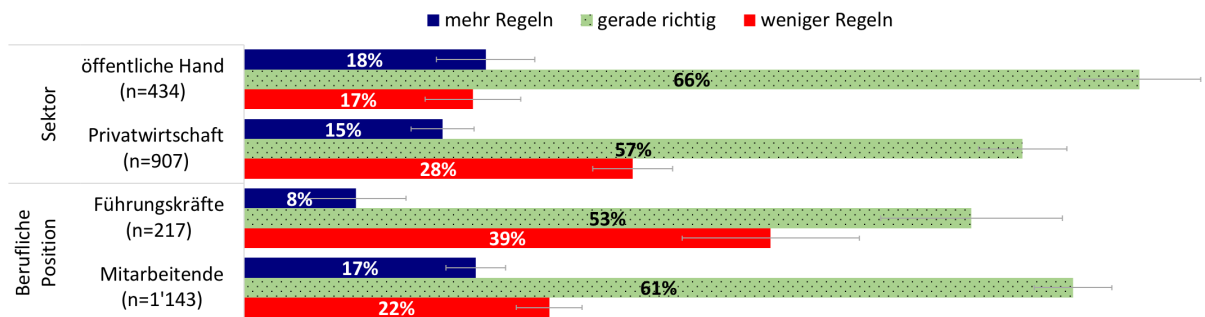
Weiter ist kein allzu starker, direkter Betroffenheitseffekt zu erkennen. Befragte, die aktuell entweder voll- oder teilzeit-erwerbstätig sind, weisen zwar etwas regulierungskritischere Haltungen auf als die aktuell Nicht-Erwerbstätigen. Aber die Differenzen sind in allen hier abgefragten Wirtschaftsbereichen gering. Diese Differenzen werden auch dann nicht grösser, wenn man zusätzlich dafür kontrolliert, ob es um eine Erwerbstätigkeit in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Hand handelt.

Alle derzeit erwerbstätigen Befragten wurden sodann nach dem Regulierungsbedarf in ihrer eigenen Branche gefragt. Die Bewertung des Regulierungsbedarfs in der eigenen Branche dürfte sich in zweifacher Hinsicht von jener in anderen Branchen unterscheiden: Erstens, ist den Erwerbstätigen das eigene Arbeitsumfeld und dessen regulatorischer Kontext aller Voraussicht nach am besten bekannt. Zweitens, wird das regulatorische Umfeld nicht aus der Perspektive der bzw. des durch die Regulierungen zu schützender/n Konsumentin bzw. Konsumenten betrachtet, sondern aus dem Blickwinkel der durch staatliche Regulierungen potentiell eingeschränkten Erwerbsperson.

Tatsächlich ist der Anteil derjenigen, die den regulatorischen Status Quo in der eigenen Branche ändern möchten (entweder weniger oder mehr Regulierungen), tiefer als in allen anderen Wirtschaftsbereichen, die abgefragt wurden – mit Ausnahme des Detailhandels (Abbildung 2.5 unterste Zeile). Hinzu kommt:

Regulierungen werden in der eigenen Branche am ehesten als störend und übermässig empfunden. Ein Viertel aller erwerbstätigen Befragten – und damit mehr als in allen anderen, abgefragten Branchen – vertritt die Ansicht, dass im eigenen wirtschaftlichen Umfeld zu stark reguliert wird. Mit anderen Worten: In der Regel wünscht man eine höhere Regulierungsdichte in jenen Branchen, in denen man selbst *nicht* tätig und von den entsprechenden Vorschriften voraussichtlich auch nicht direkt betroffen ist. Folgendes Beispiel illustriert dieses Phänomen anschaulich: 47 Prozent der Erwerbstätigen will mehr staatliche Vorgaben in der Finanzwirtschaft. Wer hingegen in diesem Wirtschaftszweig selbst tätig ist, betrachtet eine höhere Regulierungsdichte in der Finanzbranche deutlicher skeptischer (24%). Fast ein Drittel der in der Finanzbranche aktuell Erwerbstätigen (30%) wünscht vielmehr einen Regulierungsabbau (Anteil für alle Erwerbstätigen: 13%).¹³

Abbildung 2.6: Regulierungsbedarf der eigenen Branche nach beruflichem Kontext (2020)



Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

Indes, es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass eine Mehrheit der Erwerbstätigen (60%) der Ansicht ist, dass das aktuelle Ausmass an Regulierungen in der eigenen Branche «gerade richtig» sei. Das Gros der Erwerbstätigen sieht demnach keinen akuten Handlungsbedarf hinsichtlich des regulatorischen Umfeldes in der eigenen Branche – weder in die eine noch in die andere Richtung.

Die Regulierungsdichte wird indessen abhängig von der Berufsposition und dem Sektor, in welchem man tätig ist, unterschiedlich eingeschätzt: Führungskräfte befürworten eine Regulierungsreduktion (Anteil «weniger Regeln»: 39%) eher als Mitarbeitende ohne Führungsfunktion (22%). In der Privatwirtschaft Tätige betrachten die Regulierungsdichte zudem skeptischer (Anteil «weniger Regeln»: 28%) als solche, die in einer öffentlichen Verwaltung oder einem staatseigenen Betrieb arbeiten (17%).

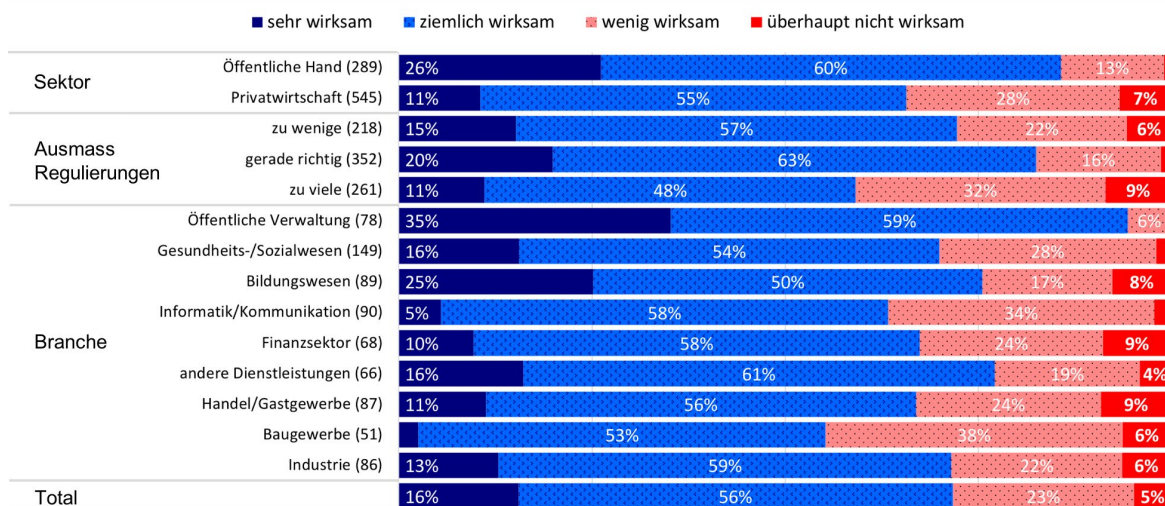
Wirksamkeit der Regulierungsmassnahmen

Die Beurteilung des Ausmasses oder des Bedarfs an Regulierungen und die Beurteilung von deren Wirksamkeit und Effizienz gehen oftmals miteinander einher, sind aber auseinanderzuhalten. Man mag beispielsweise keinen weiteren Bedarf an zusätzlicher staatlicher Regulierung in einem bestimm-

¹³ Für bestimmte Branchen – und zwar jene, die in Abbildung 2.5 aufgeführt sind – liegen im Prinzip doppelte Bewertungen vor. Denn nebst der Einschätzung des Regulierungsbedarfes in diesen sieben Branchen, wurde auch nach dem Regulierungsbedarf in der eigenen Branche gefragt. Für Erwerbstätige in der Finanzbranche liegen demnach *zwei* Einschätzungen für *dieselbe* Branche vor – einmal als Bewertung des Regulierungsbedarfes in der Finanzwirtschaft und das andere Mal als Bewertung des Regulierungsbedarfes in der eigenen Branche. Diese beiden Bewertungen stimmen nicht vollständig überein. Wenn Erwerbstätige in der Finanzbranche nach dem Regulierungsbedarf im eigenen Wirtschaftszweig gefragt werden, steigt der Wunsch nach Abbau von Regulierungen gar auf 42 Prozent.

ten Wirtschaftsbereich erkennen, gleichzeitig aber unzufrieden sein mit der Wirksamkeit der *bestehenden* Regulierungen. Deshalb wurden wiederum nur die Erwerbstätigen (und zwar lediglich innerhalb der Online-Befragung) gefragt, was sie von der *Wirksamkeit der Regeln und Vorschriften in der eigenen Branche* halten (Abbildung 2.7). Eine Mehrheit der Befragten (56%) erteilte den Regulierungen in der eigenen Branche zwar keine Bestnote, aber hielt sie doch für «ziemlich wirksam». Rund ein Viertel (23%) aller Erwerbstätigen beurteilte das regulatorische Umfeld indessen skeptischer: Sie gaben an, die staatlichen Regeln und Vorschriften in ihrem eigenen Arbeitsumfeld seien «wenig wirksam». 16 Prozent wiederum sind vollumfänglich von der Wirksamkeit der Regulierungen im eigenen beruflichen Umfeld überzeugt – eine Sichtweise, der fünf Prozent der Befragten diametral («überhaupt nicht wirksam») widersprachen.

Abbildung 2.7: Beurteilung der Wirksamkeit von Regulierungsmassnahmen in der eigenen Branche



Frage: «Wie denken Sie über die Wirksamkeit der staatlichen Regeln und Vorschriften in der Branche, in der Sie selber tätig sind? Sind diese staatlichen Regeln und Vorschriften wirksam oder nicht?»

Diese Frage wurde nur den Online-Teilnehmenden der Befragung 2020 gestellt. Die Werte in den Klammern neben den einzelnen Merkmalsausprägungen informieren über die entsprechenden Fallzahlen (n). Die Wertelabels von Anteilswertes unter 4 Prozent wurden in der obigen Grafik aus Platzgründen nicht ausgewiesen. Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte bei einer 5%-Irrtumswahrscheinlichkeit beträgt +/- 13.7 Prozentpunkte.

Die Beurteilung der Wirksamkeit geht sodann mit der Einschätzung des aktuellen Ausmasses der Regulierung einher: Wer dieses Ausmass als zu hoch einschätzt, ist auch von der Wirksamkeit dieser Regulierungen nicht (restlos) überzeugt (Anteil «wenig wirksam» und «überhaupt nicht wirksam»: 41%). Aber auch jene, die *mehr* Regulierungen wünschen, sind öfter unzufriedener mit der Wirksamkeit der bestehenden Regulierungen (28%) als die Gruppe derjenigen, welche das Ausmass an Regulierung als «gerade richtig» einstuft (17%). Der vorliegende Befund deutet weiter darauf hin, dass sowohl die Branchen- wie auch die Sektorzugehörigkeit einen Einfluss auf die Beurteilung der Effektivität der darin geltenden Regulierungsmassnahmen hat. Wer in der Privatwirtschaft tätig ist, hat gegenüber der Wirksamkeit von staatlichen Regeln und Vorschriften grössere Vorbehalte (35%) als die im öffentlichen Dienst Tätigen (14%). Am skeptischsten wurde die Wirksamkeit staatlicher Regeln im Baugewerbe be-

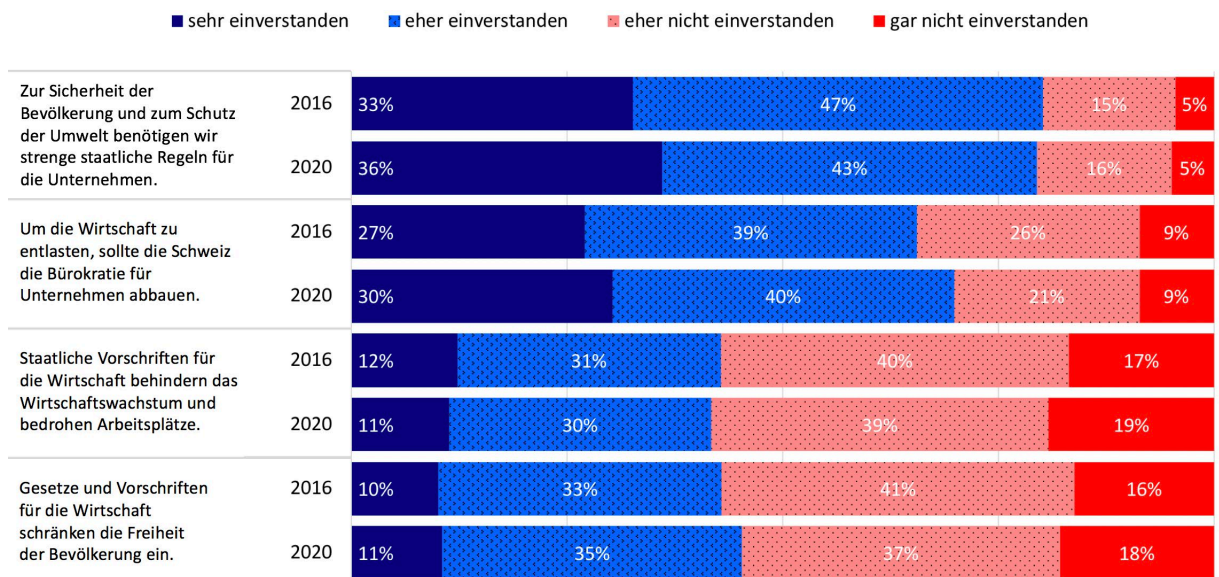
urteilt (44%), während sie in der öffentlichen Verwaltung im Prinzip unbestritten ist (Anteil «sehr wirksam» und «ziemlich wirksam»: 94%). Das hat gewiss auch damit zu tun, ob man, generell gesprochen, für die Schaffung und die Einhaltung dieser Vorschriften zuständig ist (z.B. als Mitarbeitender der FINMA) oder ob man diesen Regulierungen im täglichen Arbeitsleben gewissermassen «unterworfen» ist (zum Beispiel als Mitarbeitende in der Finanzmarktbranche).¹⁴

2.2 Argumente, Kosten-Nutzen-Abwägungen und wechselnde Perspektiven auf die Regulierung

Die Quadratur des Kreises: Stimmberechtigte wünschen strengere Regulierungen bei gleichzeitig geringerer bürokratischer Belastung

Die Frage nach dem Wie und Wieviel an staatlicher Regulierung ist ein politischer Dauerbrenner. Gewisse Argumente werden dabei besonders häufig vorgebracht. Vier dieser einschlägigen Argumente wurden den Befragten zur Bewertung vorgelegt. Die nachfolgende Abbildung 2.8 informiert darüber, welchen Anklang die jeweiligen Argumente aus beiden Lagern – drei Argumente aus dem regulierungskritischen Lager und eines aus dem regulierungsfreundlichen Lager – fanden.

Abbildung 2.8: Zustimmung zu ausgewählten Argumenten der Regulierungsdebatte



Frage: «Über Staatseingriffe in die Wirtschaft und die Regulierung von Unternehmen in der Schweiz gibt es unterschiedliche Ansichten. Geben Sie bitte an, was sie von den folgenden Ansichten halten.» (CATI-Version, für Online-Version: siehe Anhang).

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.0 (2020) bzw. 2.9 Prozentpunkte (2016) (95%-Vertrauensintervall). Fallzahlen: 2020 = 2'235-2'317; 2016 = 1'132-1'178, wobei «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen nicht berücksichtigt wurden.

¹⁴ Es versteht sich von selbst, dass ein einzelnes Individuum nicht bloss Erwerbstätige oder Erwerbstätiger ist, sondern zugleich auch Konsumentin/Konsument, Mutter/Vater, etc. ist. In diesen weiteren Rollen wiederum ist das Individuum mit anderen Regulierungen konfrontiert als in der eigenen Branche und empfindet diese unter Umständen auch als «Regulierungslast». Weil die Erwerbstätigkeit aber einen wesentlichen Teil des alltäglichen Lebens ausmacht, ist davon auszugehen, dass die Haltung der Erwerbstätigen zu Regulierungen stark durch die Verhältnisse im eigenen Arbeitsumfeld geprägt werden.

Die einzige, hier getestete *regulierungsfreundliche* Aussage, wonach strenge Vorschriften für die Unternehmen zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Schutz der Umwelt notwendig sind, findet am meisten Zustimmung von allen Argumenten. 79 Prozent der Befragten sind mit dieser Aussage «eher» oder sogar «sehr einverstanden». Natürlich besteht bei der Interpretation dessen, was «strenge Vorschriften» konkret beinhalten, ein individueller Interpretationsspielraum. So ist beispielsweise gar eine Mehrheit (61%) jener, die eine zu hohe Regulierungsdichte in der Schweiz beklagen, der Ansicht, es brauche zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Schutz der Umwelt strenge staatliche Regelungen für Unternehmen. Offenbar erachtet diese Gruppe, die, wie gesagt, strenge Vorgaben prinzipiell gutheisst, die *bestehenden* Regeln aber als *zu streng*. Auf jeden Fall findet das ordnungspolitische Laissez-Faire-Prinzip keine Mehrheit unter den Schweizer Stimmberechtigten.

Strenge Regeln sind in den Augen einer klaren Mehrheit zwar notwendig, aber beinahe gleich hoch ist die Zustimmung (70%) für das Argument, wonach die Bürokratie für die Wirtschaft verringert werden sollte. Dieses Argument wird von der Regulierungsgegnerschaft oftmals vorgebracht und ist – wie die Auswertung zeigt – auch in der Stimmbevölkerung breit abgestützt. Hinzu kommt, dass die Akzeptanz dieses regulierungsskeptischen Arguments in den letzten Jahren nicht zurückgegangen, sondern stabil geblieben ist bzw. vielleicht gar zugenommen hat.¹⁵ Fast schon verblüffend ist sodann das Ergebnis einer Gegenüberstellung (Kreuztabellierung) beider Argumente – eines davon regulierungskritisch, das andere hingegen regulierungsfreundlich: 63 Prozent jener Befragten, die einen Bürokratieabbau mit Vehemenz fordern («sehr einverstanden»), pflichteten gleichzeitig dem Argument sehr oder zumindest eher bei, wonach es strengere Regelungen für Unternehmen benötige, um die Bevölkerung und die Umwelt zu schützen. Kurz, eine erhebliche Zahl will einen Bürokratieabbau bei gleichzeitig strengeren Vorgaben für Unternehmen. Diese Widersprüchlichkeit kann möglicherweise dadurch aufgelöst werden, dass diese Befragten zwischen (notwendigen) Regelungen und (überflüssiger) Bürokratie differenzieren. Regeln, wie aktuell etwa die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr, werden oftmals als notwendig erachtet (selbst wenn man sie als Ärgernis empfindet), aber ein übermässiger bürokratischer und administrativer Aufwand gilt es zu vermeiden.

Das Argument, dass staatliche Regeln und Vorschriften die Freiheit des Einzelnen einschränken, vermag indessen nur eine (allerdings starke) Minderheit (46%) zu überzeugen. Die Sichtweise, wonach die Regulierung das Wirtschaftswachstum behindere und somit Arbeitsplätze bedrohe, findet noch weniger Anhängerinnen und -anhänger (41%).

Wenig überraschend variiert die Zustimmung zu allen vier Argumenten auch signifikant entlang dem politischen Links-Rechts-Spektrum. Die regulierungsskeptischen Argumente werden dabei besonders von den SVP- und FDP-Anhängerschaften unterstützt, während der regulierungsfreundlichen Aussage primär von Seiten der SP- und Grünen-Anhängerschaft beigeplichtet wird. Die Forderung nach einem Abbau der Bürokratie wird zudem in der Romandie deutlich häufiger unterstützt als in der Deutschschweiz. Vergleicht man die aktuellen Akzeptanzwerte mit jenen vor vier Jahren, so sind auf den ersten Blick keine allzu dramatischen Veränderungen zu beobachten. Indes, eine Feinanalyse nach

¹⁵ Die Zunahme im Vergleich zu 2016 ist statistisch gesprochen nicht signifikant. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil Regulierungsbefürwortender aber generell zugenommen hat, ist der Umstand, dass das vorliegende Argument nicht an Zuspruch verloren hat, durchaus bemerkenswert.

Sprachregion offenbart, dass die Zustimmung zum Argument, wonach es strengere Regeln für Unternehmen zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Umweltschutz brauche, in der Romandie (nochmals) signifikant angestiegen ist (von 78 auf 88%).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich eine erhebliche Zahl der Stimmberechtigten beides wünscht: Zum einen strengere Regeln für Unternehmen, zum anderen aber gleichzeitig auch ein Abbau von (als unnötig empfundener) Bürokratie. Neue Vorschriften und Regulierungen gehen üblicherweise mit einem (gewissen) bürokratischen Aufwand einher. Dieser Aufwand kann unter Umständen so optimiert werden, dass die daraus entstehenden (bürokratischen) Kosten gering ausfallen. Aber Regulierungsmassnahmen ohne jegliche Regulierungsfolgekosten existieren in aller Regel nicht. Trotzdem gilt es zu beachten, dass die Befragten nicht die Regulierung per se ablehnen, sondern kritisch gegenüber deren nicht-intendierten Auswirkungen sind. Auf diesem Hintergrund ist es von besonderem Interesse, wie sich die Befragten zu den durch Regulierung verursachten Kosten stellen.

Geringe Kostensensitivität der Bevölkerung bei der Abwägung von Regulierungsfolgen

Die Kostensensitivität stand im Mittelpunkt zweier Fragen zum Konsumenten- und Datenschutz. Bei beiden Fragen wurden den Befragten zwei konfligierende Ziele vorgelegt, die eine Güterabwägung notwendig machten. In beiden Fällen wurde dem Schutzaspekt der Vorzug (Nutzen) vor dem grösseren und günstigeren Angebot (Kosten) gegeben. So priorisieren beispielsweise 85 Prozent der Befragten den Konsumentenschutz, wenn sie vor die Wahl gestellt werden zwischen dem Konsumentenschutz und einem grösseren Angebot und tieferen Preisen (siehe Abbildung 2.9). Ganz ähnlich verhält es sich beim Datenschutz: Vor die Wahl gestellt zwischen dem Datenschutz im Internet und einem möglichst grossen Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen, entschieden sich 84 Prozent der Befragten, dem Datenschutz den Vorzug zu geben. Inwieweit sich diese Haltungen auch im tatsächlichen (Konsum-)Verhalten niederschlagen, ist wiederum eine andere Frage, die an dieser Stelle unbeantwortet bleiben muss. Aber der Umstand, dass beispielsweise Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke ihre Daten oftmals ohne (allzu grosse) Einschränkungen preisgeben, deutet darauf hin, dass die hohen Anforderungen, die Konsumentinnen und Konsumenten an den Datenschutz stellen, in der Praxis oftmals ohne Not aufgegeben werden.

Abbildung 2.9: Trade-off zwischen Nutzen und Kosten von Regulierung



Frage 1: «Sollte bei der Festlegung staatlicher Regeln und Vorschriften der Schutz der Konsumenten an erster Stelle stehen? Oder sind der tiefere Preis und das grössere Angebot wichtiger?» (CATI-Version, siehe Anhang für Online-Version). N (2016) = 1'158, N (2020) = 2'269.

Frage 2: «Im Internet, sollte da das möglichst grosse Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen an erster Stelle stehen? Oder ist der Schutz der persönlichen Daten wichtiger?» (CATI-Version, siehe Anhang für Online-Version). N (2016) = 1'146; N (2020) = 2'263.

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 1.5 bzw. 2.2 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).

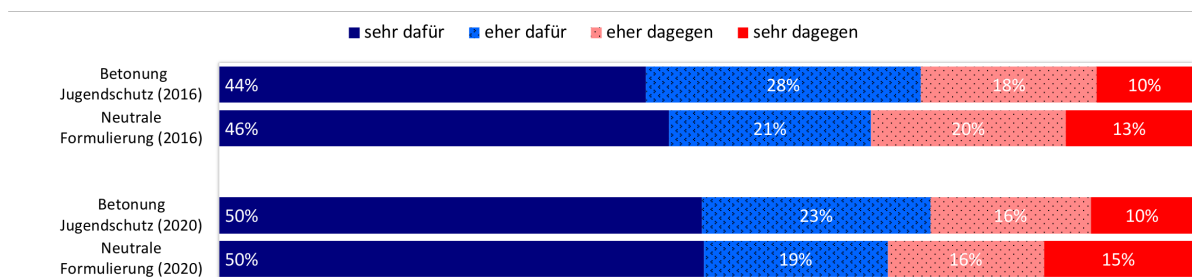
2016 konnten die Befragten sich «voll und ganz» oder «eher» zugunsten einer Variante entscheiden. 2020 wurde hingegen nur binär abgefragt. Die 2016er-Kategorien «voll und ganz» und «eher» wurden deshalb zu Vergleichszwecken zusammengefasst.

Individuelle Meinungen können auf der einen Seite fest verwurzelt und stabil, aber auf der anderen Seite aber auch veränderbar und einem dynamischen Prozess unterworfen sein. Die Stabilität von Haltungen ist im Wesentlichen vom Einstellungsgegenstand abhängig. Zu vertrauten Themen haben Bürgerinnen und Bürger zumeist stabile und kaum veränderliche Haltungen. Die Einstellungen zu komplexen, wenig vertrauten Sachfragen – wie beispielsweise staatliche Regulierungen – ist hingegen deutlich volatiler. Die Meinung zu solchen Sachfragen steht oftmals nicht von vornherein fest, sondern wird ad hoc, auf der Basis jener Informationen, die aktuell im Gedächtnisspeicher präsent sind, bewertet («Framing» bzw. «Priming»). Mit anderen Worten: Fragt man Individuen nach ihrer Haltung zu einem nicht allzu alltagsnahen Einstellungsgegenstand wie staatliche Regulierungen, so wird diese Haltung oftmals ad hoc konstruiert und zwar auf der Basis von mentalen Inhalten, die gerade präsent sind wie beispielsweise ein Argument, das man gerade erst kürzlich vernommen hat. Um solche Framing-Effekte testen zu können, wurden die Befragten mittels Zufallsprinzips in zwei gleich grosse Gruppen geteilt und *unterschiedlich* zu ihrer Haltung zu zwei Sachfragen befragt: Zunächst zu einem Werbeverbot für Tabakprodukte, wie es in ähnlicher Form von der Initiative 'Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)' gefordert wird.¹⁶ Der ersten Gruppe wurde eine Variante vorgelegt, welche den von den Initiantinnen und Initianten postulierten Zweck eines solchen Verbotes – den Jugendschutz – explizit erwähnte, während bei der zweiten Gruppe auf diese zusätzliche Information verzichtet wurde («neutrale Formulierung»).

¹⁶ Die besagte Volksinitiative fordert ein Verbot von Tabakwerbung, «die Kinder und Jugendliche erreicht», d.h. ein Verbot von Tabakwerbung im öffentlichen Raum.

Wie Abbildung 2.10 zeigt, hat die Betonung des Jugendschutzes keinen allzu starken Effekt auf die individuelle Haltung zum Tabakwerbeverbot. Bei der neutralen Formulierung ist der Anteil jener, die sich vehement («sehr dagegen») gegen ein solches Verbot ausspricht, etwas grösser (15%) als in der Variante mit Betonung des Jugendschutzes (10%). Auch 2016, als der derselbe A/B-Test mit denselben Frageformulierungen durchgeführt wurde, blieb ein starker Framing-Effekt aus. Das hat womöglich damit zu tun, dass bei der Bewertung des Tabakwerbeverbots der Schutz der Jugendlichen aus Gewohnheit – d.h., ohne dass dieser speziell hervorgehoben werden muss – «einkalkuliert» wird. Wie gesagt, zu erkennen ist indessen, dass der Hinweis auf den Jugendschutz die Fundamentalopposition gegen ein Tabakwerbeverbot etwas aufweicht, sich die Gruppe der klar Zustimmenden («sehr dafür») aber nicht (2020) oder kaum (2016) vergrössert (vgl. Abbildung 2.10).

Abbildung 2.10: Unterschiedliches Framing beim Verbot von Tabakwerbung



Formulierung der zu bewertenden Aussage mit Erwähnung des postulierten Nutzens: «Wegen des Jugendschutzes sollte die Zigaretten- und Tabakwerbung in der Schweiz ganz verboten werden.» (N (2016) = 609; N (2020) = 1'141)

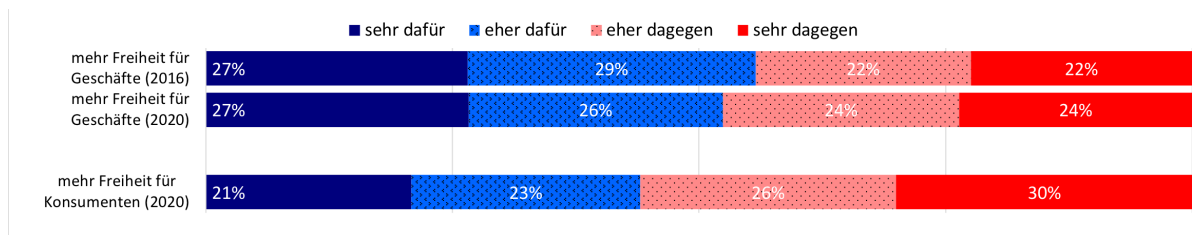
Neutrale Formulierung: «Die Zigaretten- und Tabakwerbung sollte in der Schweiz ganz verboten werden.» (N (2016) = 584; N (2020) = 1'171)

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.9 (2020) bzw. 4.0 Prozentpunkte (2016) (95%-Vertrauensintervall).

Sodann wurden die Befragten zu einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten gefragt. Dabei wurde keine konkrete Ausweitung der Ladenöffnungszeiten vorgeschlagen (z.B. samstags bis 23.00 Uhr), sondern lediglich eine *generelle Lockerung der Ladenöffnungszeiten*. Der einen Gruppe wurde das Argument, wonach die *Konsumentinnen* und Konsumenten dabei profitieren würden, nachgeschoben, während die andere Gruppe den Hinweis erhielt, wonach die *Geschäfte* die Öffnungszeiten selbst bestimmen sollen können. Hier sind nun Framing-Effekte zu erkennen. Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent befürwortet eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (vgl. Abbildung 2.11), wenn Geschäfte als Nutzniesser dieses Abbaus von Regulierungen explizit genannt werden. Auf den ersten Blick verblüffend ist die Tatsache, dass diese Zustimmung um rund zehn Prozentpunkte fällt (auf 44%), wenn dieser Regulierungsabbau damit gerechtfertigt wird, dass die Konsumentinnen und Konsumenten dadurch auch am Abend einkaufen können. Verblüffend deshalb, weil die Gruppe der Konsumentinnen und Konsumenten gewiss grösser ist als die Gruppe der Detailhandelsangestellten und Ladenbesitzerinnen und -besitzer. Mit anderen Worten: Ausgehend vom Menschenbild des *homo oeconomicus* wäre a priori zu erwarten, dass die Variante, welche die Konsumentenfreundlichkeit betont, auf mehr Zuspruch stösst. Indes, das Einkaufen am Abend scheint kein mehrheitliches Bedürfnis zu sein, möglicherweise auch deshalb, weil eine erhebliche Zahl der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten ihre Ein-

käufe traditionellerweise zu anderen Zeiten erledigt. Diese Vermutung wird vor allem durch den Befund genährt, wonach eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten von Vollzeit-Erwerbstätigen, deren Einkaufsmöglichkeiten werktags deutlich eingeschränkt sind, erheblich stärker gefordert wird (Anteil «sehr dafür»: 29%) als von Teilzeit-Erwerbstätigen (14%) oder aktuell Nicht-Erwerbstätigen (19%). Die Befürworter einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten sind zudem vergleichsweise stärker vertreten in der Deutschschweiz, bei Männern, und Personen mittleren Alters.¹⁷

Abbildung 2.11 Einstellungen zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (abends)



Formulierung der zu bewertenden Aussage zugunsten der Geschäfte: «Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit Geschäfte selber entscheiden können, wie lange man am Abend bei ihnen einkaufen kann.» Die Fallzahlen betragen: 2016 = 1'179; 2020 = 1'173.

Formulierung der zu bewertenden Aussage zugunsten der Konsumentinnen und Konsumenten: «Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit die Konsumentinnen und Konsumenten auch am Abend einkaufen können.» Diese Variante wurde bloss 2020 in der Online-Befragung abgefragt (n = 1'154), weshalb Vergleichswerte von 2016 fehlen.

Der maximale statistische Unsicherheitsbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.7 (2020) bzw. 2.6 Prozentpunkte (2016) (95%-Vertrauensintervall).

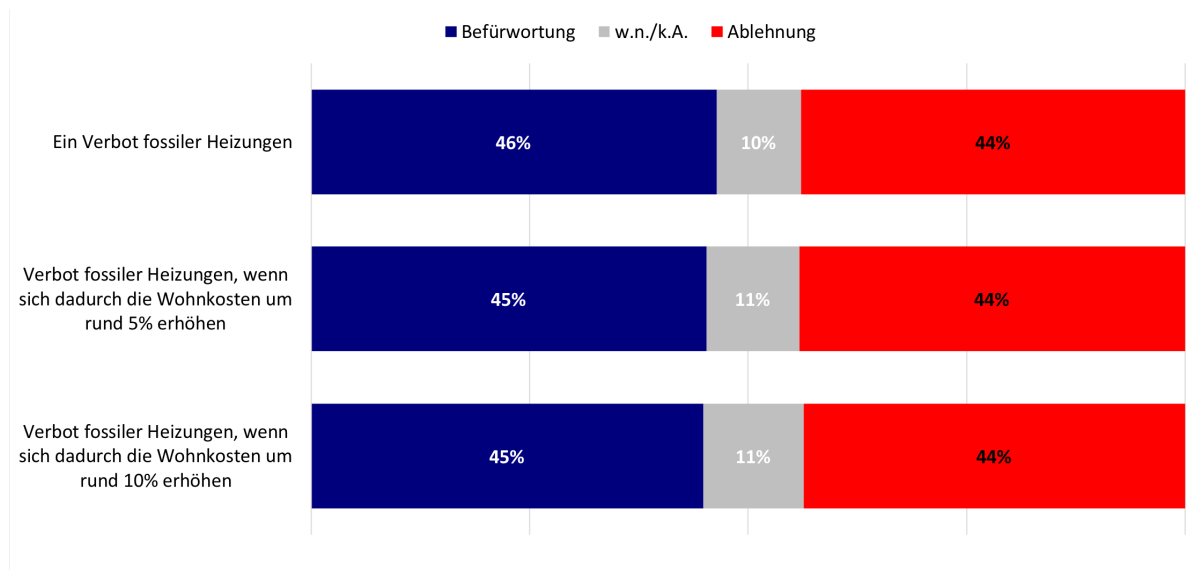
Weiter wurden den Befragten konkrete Regulierungsmassnahmen aus drei verschiedenen Bereichen zur Einschätzung vorgelegt. Die jeweiligen Regulierungsmassnahmen wurden wiederum unterschiedlich gerahmt. Eine Variante, die jeweils einem Drittel von zufällig ausgewählten Befragten vorgelegt wurde, enthielt keine Angaben zu allfälligen Kosten. Die beiden anderen Varianten, die je einem Drittel aller Befragten zugewiesen wurden, enthielten indessen zusätzlich (variiierende) Angaben zu den möglichen Kosten der jeweiligen Massnahme.

Fehler! Ungültiger Eigenverweis auf Textmarke. informiert über die Einstellungen der Befragten zum Verbot fossiler Heizungen in Abhängigkeit der allfälligen Kosten. Ein Drittel der Befragte wurde lediglich gefragt, was sie *generell* über ein Verbot fossiler Heizungen denken. Ein weiteres Drittel wurde indessen gefragt, was sie von einem solchen Verbot halten, *wenn sie dadurch die Wohnkosten um fünf Prozent erhöhen*. Und ein letztes Drittel wurde mit einer verursachten Erhöhung der Wohnkosten *um zehn Prozent* konfrontiert. Überraschenderweise bleibt die Zustimmung zu einem Verbot fossiler Heizungen unabhängig von den zu erwartenden Mehrkosten stabil (Anteil Zustimmung: 46% aller Befragten). Die Erwähnung von Mehrkosten hat offenbar keinen Effekt auf die Haltung zu dieser Sachfrage. Das mag daran liegen, dass die entstehenden Mehrkosten bei dieser Frage bereits eingepreist werden, ohne dass sie speziell erwähnt werden müssen. Sodann sind Signalisationsmotive nicht auszuschliessen. So nimmt die Zustimmung zum Verbot fossiler Heizungen bei Befragten mit tiefem Einkommen tatsäch-

¹⁷ Die Gesetzgebungskompetenz im Bereich Ladenöffnungszeiten liegt aktuell bei den Kantonen. In der Tat werden die Ladenöffnungszeiten in den Kantonen teils unterschiedlich geregelt (vgl. Möckli 2019). Insofern ist zu erwarten, dass sich die unterschiedliche Praxis auch in unterschiedlichen Präferenzen niederschlägt. Allerdings sind die Fallzahlen für viele der einzelnen Kantone in unserer Befragung zu gering, um statistisch verlässliche Aussagen darüber machen zu können.

lich ab, wenn die zusätzlichen Wohnkosten ansteigen. Hingegen beobachten wir den gegenteiligen Effekt bei Befragten mit hohem Einkommen (und ebenso bei Sympathisierenden der Grünen). Diese Gruppen stimmen einem Verbot umso stärker zu, je höher die möglichen Folgekosten veranschlagt werden. Aufgrund der relativ tiefen Fallzahlen sind diese Befunde nur als Tendenz zu interpretieren¹⁸, aber es erstaunt doch, dass die Zustimmung zu einem Verbot steigt, je höher die Kostenfolgen sind. Darum liegt die Vermutung nahe, dass bei dieser Frage möglicherweise Signalisationsmotive im Spiel waren.

Abbildung 2.12 Unterschiedliches Framing beim Verbot von fossilen Heizungen (2020)



Frage: «Wir möchten Ihre Meinung zu drei weiteren, ganz konkreten staatlichen Regulierungsmassnahmen, die derzeit diskutiert werden, wissen. Bitte geben Sie für jede der nachfolgenden Regeln/ Vorschriften an, ob Sie sie befürworten oder ob Sie sie ablehnen.» Diese Frage (bzw. die drei Items) wurde bloss 2020 und nur den Online-Teilnehmenden gestellt. Die Fallzahlen betragen für die drei Varianten 517, 512 und 517.

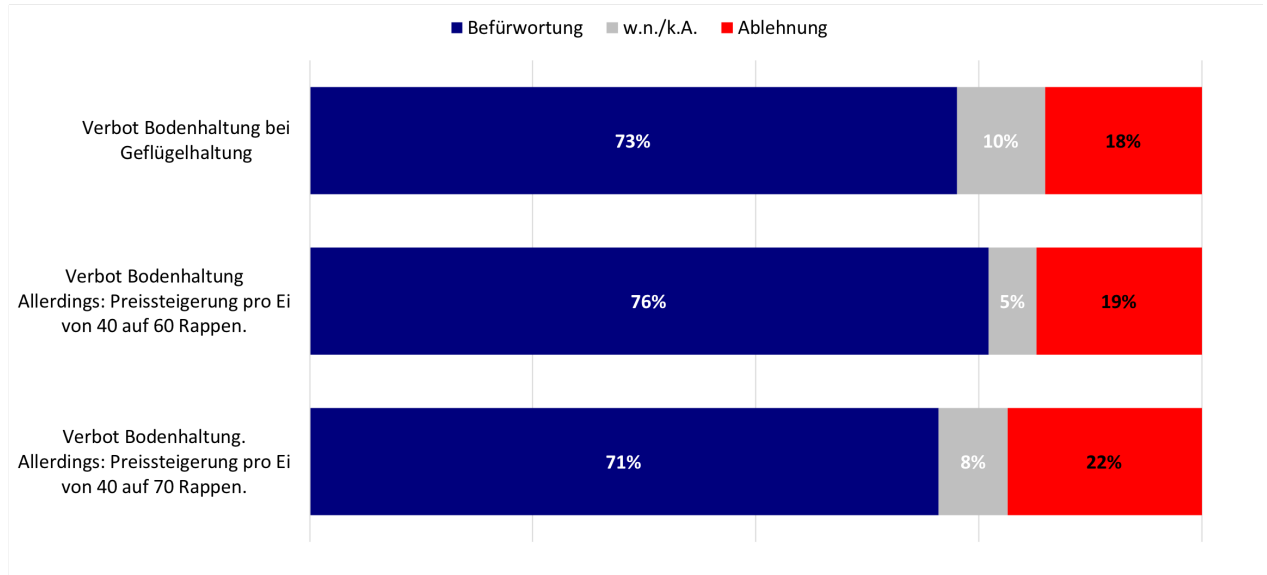
Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 4.3 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).

Immer wieder zur Diskussion stehen der Tierschutz im Allgemeinen und die tiergerechte Geflügelhaltung im Speziellen. Die Bodenhaltung bildet derzeit das gesetzliche Minimum. Indes, von Tierschutzverbänden wird regelmässig die Freiland- oder Bio-Haltung als neuer gesetzlicher Mindeststandard gefordert. Ein Drittel der Befragten wurde nach ihrer Haltung zu dieser Forderung gefragt, ohne dass die notwendigerweise einhergehenden Preiserhöhungen für ein einzelnes Ei im Detailhandel explizit erwähnt wurden. Einem weiteren Drittel wurde hingegen zusätzlich der Hinweis gegeben, dass der Preis pro Ei dadurch von 40 auf 60 Rappen steigen würde, während beim letzten Drittel diese Preissteigerung um zusätzliche 10 Rappen pro Ei (von 40 auf 70 Rappen) höher ausfiel. Auch bei dieser Frage blieb der erwartete Effekt der Erwähnung potentieller Mehrkosten aus (Abbildung 2.13). Zwar ist der Anteil jener, die eine Freilandhaltung als neues gesetzliches Minimum ablehnen, in der «teuersten» Variante (Preis pro Ei von 40 auf bisher 70 Rappen) auch am höchsten. Aber die Differenz zu den beiden

¹⁸ Sympathisierende der Grünen stimmten einem Verbot (ohne Nennung der Folgekosten) mit 65% zu. Die Variante mit 5% höheren Wohnkosten wurde von den Grünen mit 72%, jene Variante mit 10% höheren Wohnkosten gar mit 84% gutgeheissen. Pro Variante wurden rund 75 Sympathisierende der Grünen befragt, womit der Stichprobenfehler zwischen rund +/- 8 und +/- 11 Prozentpunkte zu liegen kommt. Die Anteilswerte für Befragte mit hohem Einkommen wiederum lauten wie folgt: Variante A: 47%; Variante B: 50% und Variante C: 57%. Der Stichprobenfehler liegt hier bei rund +/- 7 Prozentpunkten.

anderen Varianten ist in der vorliegenden Stichprobe (sehr) gering – derart gering, dass nicht statistisch signifikant ausfallen, diese also auch zufällig zustande gekommen sein könnten.

Abbildung 2.13 Unterschiedliches Framing beim Verbot der Bodenhaltung bei der Geflügelhaltung



Frage: «Wir möchten Ihre Meinung zu drei weiteren, ganz konkreten staatlichen Regulierungsmassnahmen, die derzeit diskutiert werden, wissen. Bitte geben Sie für jede der nachfolgenden Regeln/ Vorschriften an, ob Sie sie befürworten oder ob Sie sie ablehnen.» Diese Frage (bzw. die drei Items) wurde bloss 2020 und nur den Online-Teilnehmenden gestellt. Die Fallzahlen betragen für die drei Varianten 501, 537 und 506.

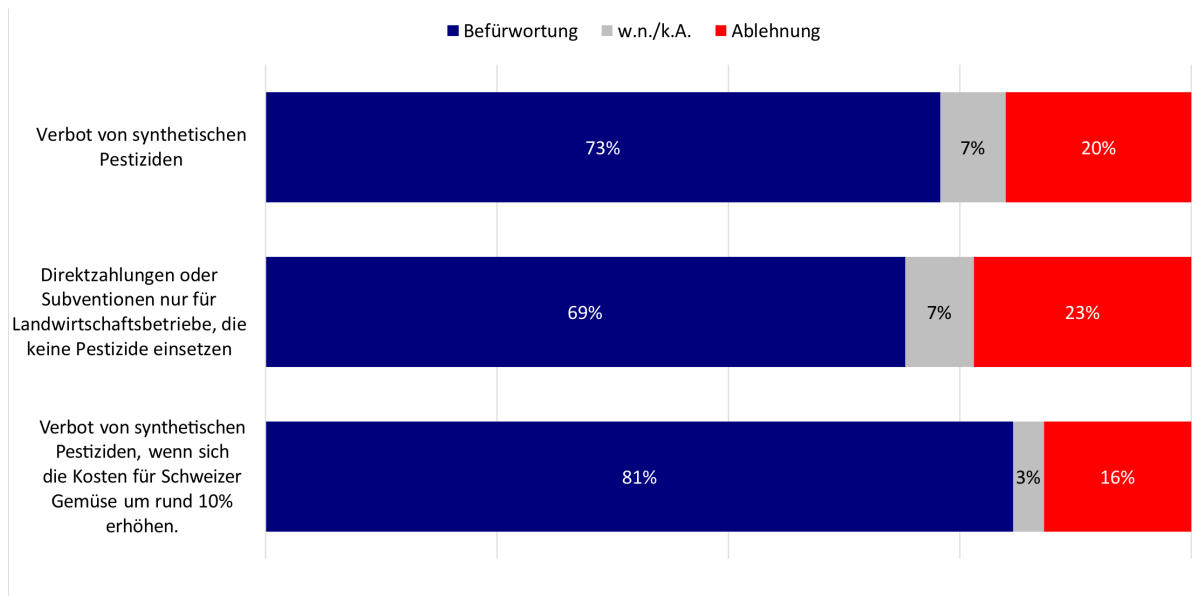
Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 4.0 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).

Die im Mai 2018 eingereichte Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» verlangte (u.a.) ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion und in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Ein zufällig ausgewähltes Drittel aller Befragten wurde gefragt, was es von diesen Forderungen grundsätzlich hält. Auf eine Gegenüberstellung allfälliger Kosten dieser Regulierung wurde bei diesem Drittel verzichtet, nicht aber bei einem weiteren Drittel, welchem die zusätzliche Information, wonach sich der Preis für Schweizer Gemüse dadurch um rund zehn Prozent erhöhen würde, gegeben wurde. Einem letzten Drittel wurde eine Forderung der Trinkwasser-Initiative¹⁹ unterbreitet, wonach nur jene Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlungen oder Subventionen erhalten sollen, die auf Pestizide verzichten.²⁰

¹⁹ Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz». Siehe : <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis473t.html>.

²⁰ Am 13. Juni 2021 wurden beide Initiativen in der Volksabstimmung verworfen: Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» mit 60.56% Nein-Stimmen und die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» mit 60.68% Nein-Stimmen.

Abbildung 2.14 Unterschiedliches Framing beim Verbot synthetischer Pestizide



Frage: «Wir möchten Ihre Meinung zu drei weiteren, ganz konkreten staatlichen Regulierungsmassnahmen, die derzeit diskutiert werden, wissen. Bitte geben Sie für jede der nachfolgenden Regeln/ Vorschriften an, ob Sie sie befürworten oder ob Sie sie ablehnen.» Diese Frage (bzw. die drei Items) wurde bloss 2020 und nur den Online-Teilnehmenden gestellt. Die Fallzahlen betragen für die drei Varianten 531, 508 und 505.

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 4.0 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).

Erstaunlicherweise ist die Zustimmung in unserer Stichprobe am höchsten, wenn die Preissteigerung explizit erwähnt wird (Abbildung 2.14). Aufgrund der Fallzahlen ist die statistische Signifikanz dieser Differenz nicht gesichert. Aber alleine der Umstand, dass die Zustimmung nicht signifikant zurückgeht, wenn die Kosten explizit erwähnt werden, ist erklärungsbedürftig. Auch hier mag es sein, dass die Mehrkosten nicht ausdrücklich erwähnt werden müssen, weil dies von den meisten Befragten auch ohne ausdrücklichen Hinweis mitberücksichtigt wird. Alternativ liesse sich argumentieren, dass die Befragten ohne explizite Angaben zu den Kostenfolgen von höheren Kostenfolgen ausgegangen waren. Diese Erklärung scheint uns jedoch eher wenig plausibel.

2.3 Wie regulieren? Die Beliebtheit unterschiedlicher Instrumente und Regulierungsmodi

Neben der Frage nach dem Ausmass staatlicher Regulierung spielt jene nach der Art der staatlichen Intervention eine zentrale Rolle, gerade auch wenn es um deren Akzeptanz in der Bevölkerung geht. Zumeist haben die politischen Entscheidungsträger verschiedene Formen der Intervention zur Auswahl. Es gibt nicht nur die *eine* Regulierung, sondern ein ganzes Arsenal an regulatorischen Instrumenten, die oft auch noch kombiniert werden können. Klassische regulative Instrumente sind Gebote und Verbote. Staatliche Behörden verfügen jedoch auch über eine Vielzahl an sanfteren, weniger stark eingreifenden Instrumente. Beispiele sind Anreize, in der Form von Lenkungsabgaben oder steuerliche Begünstigungen, oder die gezielte Verbreitung von Information im Rahmen von entsprechenden Kampagnen. Auch der Detaillierungsgrad der Regulierung kann stark variieren, was die Flexibilität bei der Umsetzung bestimmt. Weitere Dimensionen, in denen sich Regulierungen unterscheiden können, betreffen die zuständige staatliche Ebene, aber auch die Frage, ob und wenn ja wie nicht-konformes Ver-

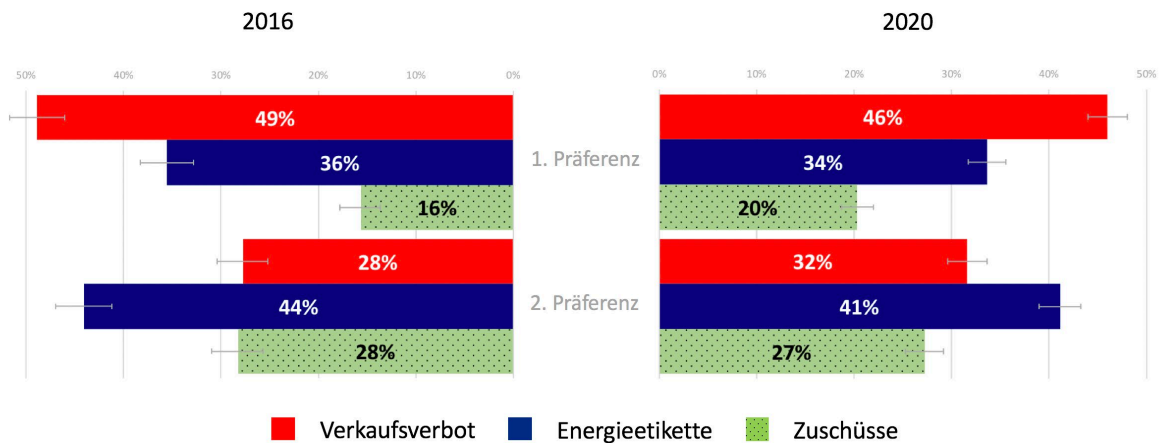
halten sanktioniert werden soll. Alle diese Merkmale prägen die Ausgestaltung einer konkreten Regulierung und können deren Charakter massgeblich verändern. In der Befragung wurde die Haltung der Bevölkerung zu einzelnen dieser Dimensionen näher ausgeleuchtet.

Differenzierte Beurteilung der Interventionsformen

Zur Bemessung der Akzeptanz unterschiedlicher Regulierungsformen in der Bevölkerung wurden die Befragten gebeten, vorgegebene (bestehende oder aktuell debattierte) Regulierungsmassnahmen nach Beliebtheit zu rangieren. Die beiden dafür ausgewählten Regulierungsbereiche waren einerseits Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten sowie andererseits Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses. Die Frage nach dem generellen regulatorischen Handlungsbedarf spielte dabei keine Rolle. Vielmehr ging es dabei darum, welche Interventionsform gegenüber möglichen Alternativen bevorzugt wird. Die Befragung beschränkte sich hierbei auf jeweils drei vorgegebene Optionen.

Bei den Haushaltsgeräten (siehe Abbildung 2.15) präferiert eine relative Mehrheit der Befragten (46 Prozent) ein Verkaufsverbot von Geräten, welche die Mindestanforderung nicht erfüllen. Informationsmassnahmen – konkret die Energieetikette – wurden von rund einem Drittel aller Befragten (34%) als Erstpräferenz angegeben. Staatliche Zuschüsse beim Kauf von energiesparenden Geräten werden indessen nur von rund einem Fünftel bevorzugt. Die Veränderungen von 2016 bis 2020 sind geringfügig, die generellen Befunde stimmen überein.

Abbildung 2.15 Favorisierte Regulierungsinstrumente betreffend Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten

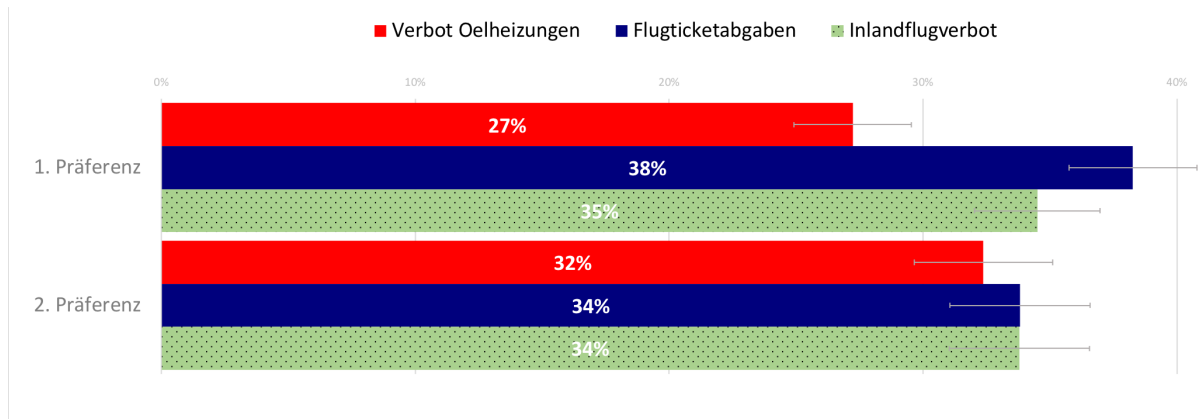


Frage: «Die Schweizer Energiepolitik hat eine höhere Energieeffizienz zum Ziel. Welche der folgenden drei Energiespar-Massnahmen bei neuen Haushaltsgeräten würden Sie an erster Stelle und welche an zweiter Stelle wählen?» N (2016) = 1'191; N (2020) = 2'320. «Weiss nicht»-Antworten (rund 2% bei der Erstpräferenz 2020) wurden nicht berücksichtigt. Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

Die Präferenzen betreffend Verminderung von Treibhausgasemissionen sind erheblich gleichverteilter als bei der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten (siehe Abbildung 2.16). Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass rund neun Prozent aller Befragten keine Präferenz angeben konnten. Das Thema (CO₂-Reduktion) oder die Auswahl der Massnahmen scheint die Stimmbevölkerung etwas stärker zu überfordern als die Wahl der Regulierungsinstrumente betreffend Energieeffizienz bei den Haushaltsgeräten. Von jenen, die eine materielle Antwort gaben, entschied sich eine relative Mehrheit von 38 Prozent

für Flugticketabgaben – also just jene Massnahme, die beide Kammern der Bundesversammlung als Teil des CO₂-Gesetzes am 10. Juni 2020 beschlossen hatten.²¹

Abbildung 2.16 Favorisierte Regulierungsinstrumente betreffend Reduktion CO₂-Emissionen



Frage: «Im Rahmen der parlamentarischen Behandlung der Totalrevision des CO₂-Gesetzes wurden verschiedene Massnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen diskutiert. Welche der folgenden drei Massnahmen würden Sie an erster Stelle und welche an zweiter Stelle setzen?» Diese Frage wurde nur 2020 in der Online-Befragung gestellt. N = 1'426. «Weiss nicht»-Antworten (rund 9% bei der Erstpräferenz) wurden nicht berücksichtigt.

Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

Rund ein Drittel (35%) der Befragten setzte ein Inlandflugverbot an erster Stelle, während etwas mehr als ein Viertel (27%) ein Verbot von Ölheizungen in Altbauten bevorzugt – eine Massnahme, die im Grundsatz im vorgeschlagenen, aber vom Volk verworfenen CO₂-Gesetz angelegt war²². Die oben erwähnten Entscheidungsschwierigkeiten der Befragten haben im Übrigen weniger damit zu tun, dass einige – darunter wohl namentlich solche, die sich im linken Lager verorten – im Prinzip alle drei Massnahmen gleichermassen unterstützen. Denn Grünen- und SP-Sympathisierende antworteten auf die Frage nach ihrer Präferenzmassnahme nur selten mit «weiss nicht». Viel öfter war dies indessen bei SVP- und CVP-Sympathisierenden der Fall, vielleicht auch deshalb, weil sich einige von ihnen für *keine* der drei Optionen erwärmen konnten.

Für Selbstregulierung und gegen föderalistischen Flickenteppich

Neben der Instrumentenart ist auch die Frage nach dem zuständigen Regulator und der politischen Ebene, auf welcher eine Regulierung angesiedelt sein soll, politisch oft umstritten. Die Befragten wurden diesbezüglich nach ihrer grundsätzlichen Haltung gefragt. Gerade in der Schweiz ist es traditionell in zahlreichen Wirtschaftsbereichen weit verbreitete Praxis, dass nicht oder nicht exklusiv der Staat als Regulator auftritt, sondern dass diese Rolle (in unterschiedlichem Ausmass) von Branchenorganisationen wahrgenommen wird. Sachkenntnis und Effizienz, so wird häufig argumentiert, sind bei der Selbstregulierung besser gewährleistet. Kritisch angemerkt wird auf der anderen Seite der (vermeintliche) Mangel an Unabhängigkeit.

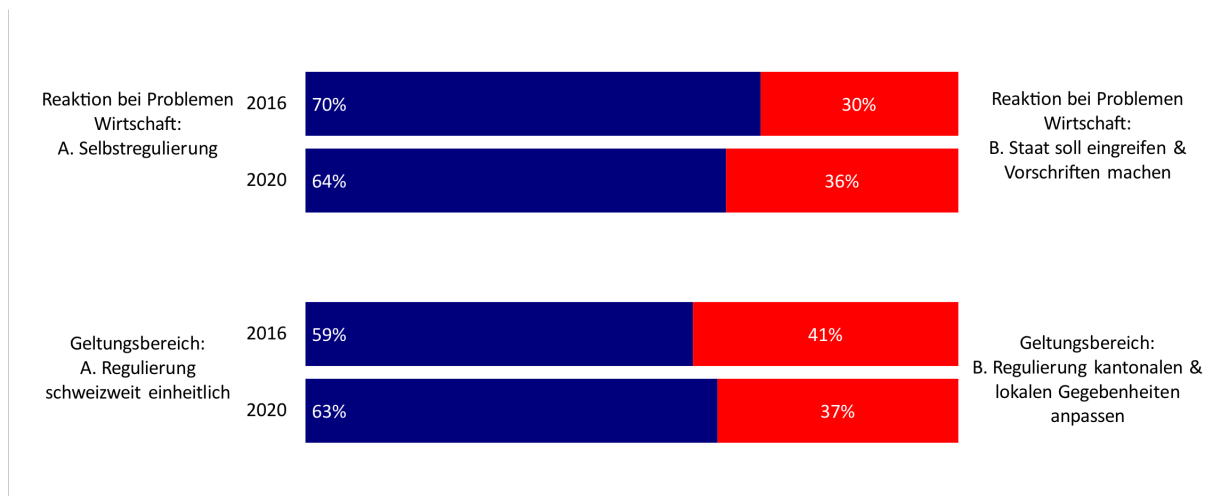
²¹ National- und Ständerat beschlossen am 10. Juni 2020 entfernungsabhängige Flugticketabgaben zwischen 30 und 120 CHF.

²² Das Schweizer Volk hat das «Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen» in der Referendumsabstimmung vom 13. Juni 2021 mit 51.59% der Stimmen verworfen.

Stehen in der vorliegenden Befragung ansonsten die Einstellungen zu staatlicher Regulierung im Zentrum, wurden die Teilnehmenden bei dieser Frage deshalb gebeten, sich zwischen dem Staat und den Branchenverbänden als Regulator zu entscheiden. Nach wie vor gibt eine klare Mehrheit von 64 Prozent der Befragten der Selbstregulierung den Vorzug vor staatlichen Eingriffen (vgl. Abbildung 2.17). 2016 waren es noch 70 Prozent gewesen. Dieser leichte Rückgang hat im Wesentlichen damit zu tun, dass Sympathisierende der Grünen inzwischen mehrheitlich eine staatliche Lösung bevorzugen. 2016 votierten die Grünen mit 55 Prozent noch knapp zugunsten einer Selbstregulierung. In den bürgerlichen Parteianhängerschaften hat sich indessen wenig geändert: Für weite Teile der FDP- und SVP-Anhängerschaft ist die in der Schweiz weit verbreitete Branchenselbstregulierung weiterhin *das* Mittel der Wahl.

Auf die durchaus aktuelle Frage²³ hin, ob Regulierungen schweizweit einheitlich sein oder ob sie regional angepasst werden sollen, optiert eine klare Mehrheit (63%) für die «zentralistische» Lösung (siehe Abbildung 2.17). Dieser Anteil ist seit 2016 geringfügig gestiegen (um 4 Prozentpunkte). Wenig überraschend unterstützt man in der Deutschschweiz eine bundesweite Vereinheitlichung stärker (68%) als in der Romandie, wo eine knappe (statistisch jedoch nicht signifikante) Mehrheit von 53 Prozent regionale Anpassungen bevorzugt.

Abbildung 2.17 Wer soll regulieren und auf welcher Ebene soll reguliert werden?



Frage Regulator: «Wenn es Probleme in einer Wirtschaftsbranche gibt: Sollten dann die Branchenverbände selber verbindliche Regeln festlegen? Oder sollte der Staat eingreifen und Vorschriften machen?» N (2016) = 1'119; N (2020) = 2'217. Die Frageformulierung der Online-Befragung wurde leicht angepasst (siehe Anhang).

Frage Ebene: «Allgemein gesehen, sollten staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft den kantonalen und lokalen Gegebenheiten angepasst werden? Oder sollten sie in der ganzen Schweiz einheitlich sein?» N (2016) = 1'154; N (2020) = 2'280. Die Frageformulierung der Online-Befragung wurde leicht angepasst (siehe Anhang).

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.0 (2020) bzw. 2.8 Prozentpunkte (2016) (95%-Vertrauensintervall).

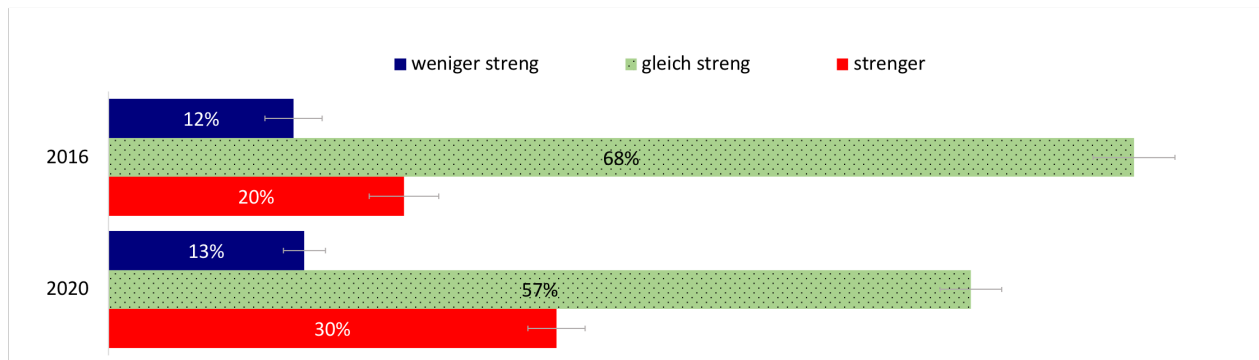
Mehrheit für unveränderte Übernahme der EU-Regeln, wachsende Unterstützung für «Swiss finish»

Eine Frage, die ebenfalls die Regulierungsebenen betrifft, ist jene, wie EU-Regulierungen ins Schweizer Recht übernommen werden sollen. Der autonome Nachvollzug von EU-Regeln ist aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung weit verbreitet und für den Zugang zum europäischen Binnenmarkt für

²³ Dieselbe Frage stellte sich auch im Zusammenhang mit der Corona-Krise, in welcher beide Strategien – Führungsrolle des Bundes oder Anpassung der Corona-Massnahmen an regionale/ kantonale Gegebenheiten – kontrovers diskutiert wurden.

die Schweizer Wirtschaft essentiell. Die kontinuierliche Überprüfung von Schweizer Regulierungen auf ihre EU-Kompatibilität ist mit wenigen Ausnahmen im Grundsatz denn auch unbestritten. Kontrovers ist hingegen, wie genau diese Übernahme gestaltet werden soll. In der Befragung wurde konkret gefragt, ob die Schweiz bei der Übernahme der EU-Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit diese unverändert übernehmen, abschwächen oder verschärfen soll.

Abbildung 2.18 Übernahme der EU-Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit



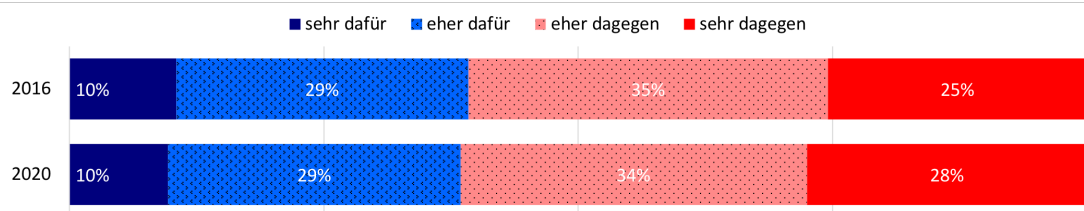
Frage: «Wegen den engen wirtschaftlichen Beziehungen mit den EU-Staaten stellt sich für die Schweiz regelmässig die Frage, wie stark sie EU-Regeln und Vorschriften übernehmen sollte. Was meinen Sie, sollten die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit in der Schweiz im Vergleich zur EU strenger, gleich streng, oder weniger streng sein?» Die Frageformulierung der Online-Befragung wurde leicht angepasst (siehe Anhang).

Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. N = 1'132 (2016); N = 2'223 (2020).

Nach wie vor ist eine (nicht mehr ganz so deutliche) Mehrheit der Stimmberechtigten (2020: 57%; 2016 68%) der Ansicht, dass eine Übernahme der EU-Vorschriften ausreicht (siehe Abbildung 2.18). Rund ein Drittel (30%) präferiert indessen schärfere Regulierungen im Inland («Swiss finish»). Der Anteil jener, die über die EU-Regelungen hinausgehen wollen, ist seit der letzten Erhebung 2016 um 10 Prozentpunkte gestiegen. Was der Bundesrat und eine Mehrheit im Parlament vermeiden möchten – die Übernahme und Anreicherung von EU-Recht mit zusätzlichen Schweizer Bestimmungen – findet in der Stimmbevölkerung demnach vermehrt Zuspruch – zumindest, wenn es um die Frage der Lebensmittelsicherheit geht. Bei dieser spezifischen Frage sind es im Übrigen die Anhängerinnen und Anhänger der SVP, die mit Abstand am häufigsten (25%) für eine Abschwächung eintreten, während der «Swiss Finish» von Sympathisierenden der Grünen am stärksten gefordert wird (42%).

Abgestufte Regulierungen sind kein Selbstläufer

Eine oftmals vorgetragene politische Forderung – primär von Seiten der KMU – besteht darin, für kleinere Unternehmen und Firmen vereinfachte Regulierung zu fordern als für Grossunternehmen. Kleinere Unternehmen geniessen generell mehr Sympathien als Grosskonzerne. Insofern ist es zumindest vorstellbar, dass das Prinzip der abgestuften Regulierungen in der Bevölkerung auf breite Akzeptanz stösst.

Abbildung 2.19 Vereinfachte Vorschriften für Kleinbetriebe (Lebensmittelkontrolle)

Zu bewertende Aussage: «Kleine Metzgereien und Bäckereien mit unter 10 Mitarbeitern sollten weniger aufwändige Lebensmittelkontroll-Vorschriften befolgen müssen als Grossbetriebe». Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.8 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall). N (2016) = 1'172; N (2020) = 2'301.

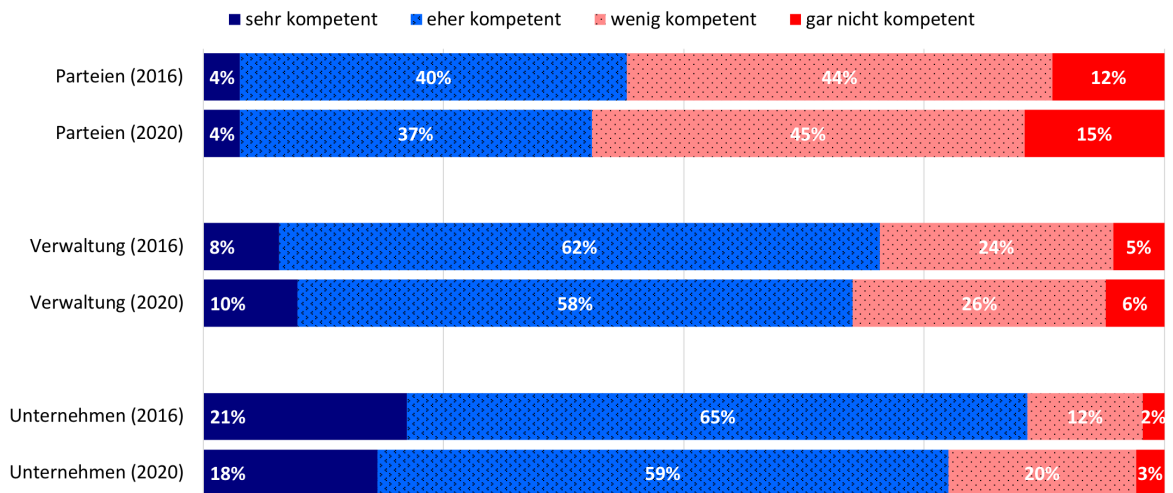
Um diese Akzeptanz zu testen, wurde den Befragten eine Frage zum Lebensmittelrecht gestellt, das am 1. Mai 2017 in Kraft getreten ist. Das revidierte Lebensmittelrecht beabsichtigt unter anderem eine Vereinfachung für kleinere Betriebe vor. In diesem Zusammenhang wurden die Befragten nach ihrer Haltung zu solch abgestuften Regelungen gefragt (siehe Abbildung 2.19). Eine robuste Mehrheit von 62 Prozent spricht gegen eine gelockerte Regelung der Lebensmittelkontrolle für Kleinbetriebe aus. Die Ablehnung ist seit 2016 (60%) noch geringfügig angewachsen und ist in der Deutschschweiz stärker als in der Romandie. Erstaunlicherweise wird der Grad an Zustimmung auch nicht durch die Grösse des Unternehmens beeinflusst, in welcher die bzw. der befragte Erwerbstätige arbeitet. Erwerbstätige in KMU-Betrieben akzeptieren vereinfachte Regelungen bei der Lebensmittelkontrolle für Betriebe ihrer Grösse nicht sonderlich öfter als Angestellte von Grossunternehmen. Wohl aber hat die Branchenzugehörigkeit einen Einfluss darauf, wie wohlwollend man solchen differenzierten Regelungen gegenüber eingestellt ist. Erwerbstätige in der Gastronomie und in der Landwirtschaft begrüssen derartige abgestufte Regelungen mehrheitlich (57 bzw. 64%). Der Umstand, dass trotz weit verbreiteter Sympathien für KMU gelockerte Regelungen für ebendiese bei der Lebensmittelkontrolle oftmals verweigert werden, hat vermutlich auch mit dem Regulierungsgegenstand zu tun: Wenn es um Lebensmittel geht, wird das Risiko von Qualitätseinbussen seltener hingenommen als bei anderen Konsumgütern.

2.4 Beurteilung der Regulierungskompetenz von Unternehmen, Verwaltung und Parteien

Unternehmen und Verwaltung kompetenter wahrgenommen als Parteien

Staatliche Regulierung spielt sich zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft ab. Während die Politik oft Regulierung veranlasst gibt und sie demokratisch legitimiert, befasst sich die Verwaltung in erster Linie um die Umsetzung der Massnahmen, wirkt aber auch bei deren Ausgestaltung mit. Einzelne Unternehmen sind es schliesslich, deren Tätigkeit von Regulierungen konkret betroffen sind und welche die anfallenden Kosten oder den Mehraufwand zu tragen haben. Die Wirtschaft bringt sich aber auch frühzeitig in den Rechtssetzungsprozess ein, sei dies direkt oder vermittelt über Interessenverbände und politische Parteien.

Abbildung 2.20 Kompetenzzuschreibung in Regulierungsfragen



Frage: «Wenn es um die Frage geht, wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind: Für wie kompetent halten Sie da...»

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.1 (2020) bzw. 2.9 Prozentpunkte (2016) (95%-Vertrauensintervall). N (2016) jeweils zwischen 1'107 und 1'045, N (2020) jeweils zwischen 2'193 bis 2'227.

Wie 2016 wurden die Befragten auch in der aktuellen, zweiten Befragungswelle (2020) gebeten, die Kompetenz der drei Akteure Parteien, Unternehmen und öffentliche Verwaltung in Regulierungsfragen einzuschätzen. Dabei schwingen die Unternehmen nach wie vor oben aus – 77 Prozent der Befragten schätzen sie bei der Frage, wie Vorschriften für die Wirtschaft zu gestalten sind, als «eher kompetent» oder als «sehr kompetent» ein (siehe Abbildung 2.20). Die Kompetenzzuschreibung zugunsten der Unternehmen hat indessen seit 2016 etwas abgenommen. Damals betrug derselbe Anteil noch 86 Prozent. Anders verhält es sich bei der Verwaltung: Die Kompetenzzuschreibung blieb hier im Grossen und Ganzen konstant. Vor vier Jahren stuften 70 Prozent die Verwaltung als kompetent ein, während es heuer 68 Prozent sind. Die geringe Differenz von zwei Prozentpunkten fällt noch in den statistischen Unschärfbereich. Die Parteien schneiden hier deutlich schlechter ab: Nur eine Minderheit von 41 Prozent der Befragten beurteilt sie in Regulierungsfragen als «eher kompetent» oder «sehr kompetent». Dieser tiefe Wert ist allerdings nicht derart überraschend. Auch in Wahl- und Abstimmungsfragen sind die Parteien oftmals jene Akteure, welche von allen abgefragten Akteuren die tiefsten Vertrauens- oder Kompetenzwerte aufweisen. Es ist indessen oftmals unklar, auf welche Parteien sich die individuelle Kompetenzvermutung bezieht: Auf alle Parteien, auf gewisse Parteien (speziell solche, die dem einzelnen Befragten ideologisch nicht nahestehen) oder auf die bevorzugte, eigene Partei? Die Auswertung zeigt, dass sich die Kompetenzwerte innerhalb der verschiedenen Parteianhängerschaften weder allzu gross voneinander noch allzu sehr von der Kompetenzzuschreibung der Parteungebundenen unterscheiden. Es ist deshalb denkbar, dass die Befragten bei der Kompetenzzuschreibung jeweils eher andere Parteien und nicht die selbst präferierte Partei im Sinn hatten und diesen in der Folge – wenig überraschend – keine sonderlich gute Note gaben.

FDP nach wie vor Themenführerin in Regulierungsfragen, aber mit erheblichen Verlusten seit 2016

Aus diesem Grund wurde anschliessend nach der kompetentesten Partei in Regulierungsangelegenheiten gefragt. Gesucht war demnach die Partei, der man die Themenführerschaft bei Fragen rund um die Regulierung am ehesten zutraut.²⁴ Die am häufigsten genannte Partei ist dabei mit rund 22 Prozent aller Nennungen die FDP.²⁵ Sie war bereits vor vier Jahren die Spitzenreiterin in dieser Rangliste. Indes, damals teilten noch 38 Prozent der Befragten diese Ansicht, während es 2020, wie gesagt, nur noch 22 Prozent sind. Mit anderen Worten: Der Anteil jener, welche die FDP gewissermassen als die «Benchmark-Partei» bei Regulierungsfragen betrachtet, übersteigt – anders als vor vier Jahren – den eigenen Wähleranteil nur noch um einige wenige Prozentpunkte. Die FDP hat dabei vor allem bei der glp-Anhängerschaft und den Parteiungebundenen an Kompetenzzuweisung verloren.

Der FDP folgt neu die SVP dicht auf den Fersen. Rund zwanzig Prozent aller Befragten sind der Ansicht, die SVP sei die kompetenteste Partei in Regulierungsfragen. Tatsächlich hat bei den eidgenössischen Wahlen 2019 eine relative Mehrheit der Wahlberechtigten, die sich «eher» oder «sehr gegen» Staatseingriffe in der Wirtschaft aussprach, die SVP gewählt (Tresch et al. 2020: 26). Die dritthäufigste Antwort auf die Frage nach der kompetentesten Partei in Regulierungsfragen lautete: «Keine». Erst an vierter Stelle folgt die SP, welche vor vier Jahren noch hinter der FDP an zweiter Stelle rangierte.

²⁴ Dabei haben wir jene Befragten, die mit «Weiss nicht» antworteten oder generell die Antwort verweigerten, unberücksichtigt gelassen. Sie machen rund elf Prozent aller Befragten aus.

²⁵ Dieser Befund wird auch durch die nationale Wahlstudie SELECTS bestätigt. Die FDP wurde von einer relativen Mehrheit (43%) der Wählenden auch bei den zurückliegenden eidgenössischen Wahlen von 2019 als Themenführerin in Wirtschaftsfragen betrachtet (Tresch et al. 2020: 33). Der Anteil von 43 Prozent liegt zudem deutlich über dem Wähleranteil der FDP. Allerdings ist dabei zu beachten, dass in der SELECTS-Befragung nicht nach der Kompetenz in *Regulierungsfragen* im Speziellen gefragt wurde, sondern nach der *Wirtschaftskompetenz im Allgemeinen*.

Abbildung 2.21 Kompetenzteste Partei in Regulierungsfragen (Themenführerschaft)



Für jede Gruppe von Parteisympathisanten werden auf der entsprechenden Zeile die Anteile ausgewiesen, mit der eine bestimmte Partei als in Regulierungsfragen am kompetentesten genannt wird. Die Anteile über eine ganze Zeile ergeben jeweils 100 Prozent. Nur Parteien mit mindestens 50 Nennungen bei der Parteiaffinität werden ausgewiesen.

Frage: «Und welches ist Ihrer Meinung nach die kompetenteste politische Partei bei diesem Thema, also wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für die Unternehmen zu gestalten sind?» Die Frageformulierung der Online-Befragung wurde leicht angepasst (siehe Anhang).

Nun ist die Kompetenzzuschreibung wenig überraschend von der Parteiaffinität abhängig: Wer sich zu einer Partei bekennt, tut dies oftmals aus sachpolitischen Überzeugungen. Und selbst wo Sachorientierungen eine untergeordnete Rolle spielen, wird sich umgekehrt die affektive Bindung an eine Partei auch auf die Einschätzung von deren Kompetenz abfärben. Kurz, in der Regel schreibt man der eigenen, bevorzugten Partei die Führerschaft bei allen oder zumindest den meisten Themenbereichen zu. Demzufolge sind die oben genannten Kompetenzwerte stark von der Grösse der Anhängerschaft der jeweiligen Partei abhängig. Weniger trivial ist indessen die Frage, wie gut es den Parteien gelingt, *ausserhalb* der eigenen Parteianhängerschaft in Regulierungsfragen zu punkten. Abbildung 2.21 informiert über die Parteien-Themenführerschaft in Abhängigkeit von der Parteiidentität der Befragten. Was zunächst auffällt, sind die hohen Häufigkeitszahlen in der Diagonalen. Dabei handelt es sich um genau jene Parteisympathisierenden, welche die eigene Partei als kompetenteste Partei in Regulierungsfragen betrachten. Dieses zu erwartende Muster setzt sich im Übrigen selbst bei jenen fort, die keine Bindung zu einer Partei haben. Ihre mit Abstand häufigste Antwort auf die Frage, welche Partei die kompetenteste in Regulierungsfragen sei, lautete infolgedessen: «Keine». Die vertikalen Häufungen sind indessen aufschlussreicher. Zu erkennen ist, dass die FDP – trotz Verlusten im Vergleich zu 2016

– nach wie vor jene Partei ist, die am ehesten Kompetenzpunkte auch ausserhalb der eigenen Parteianhänger-schaft sammeln kann. Sodann stuft die Grünen-Anhänger-schaft die SP ungewöhnlich oft als die kompetenteste Partei in Regulierungsfragen ein. Das war bereits 2016 so und liegt wohl primär an der ideologischen Nähe zwischen den beiden Parteien, wobei die SP in den Augen linker Wählerinnen und Wähler in Wirtschaftsfragen den Lead hat, während die Grünen wohl die Themenführung bei Umweltfragen beanspruchen dürfen.

2.5 Beurteilung der Corona-Massnahmen des Bundes und der Kantone

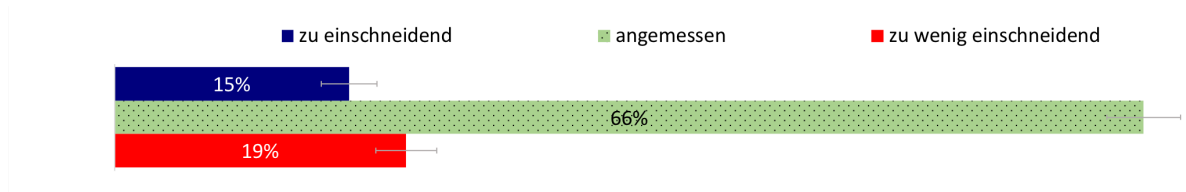
Am 28. Februar 2020 rief der Bundesrat gestützt auf das Epidemiegesezt eine «besondere Lage» aus und verabschiedete erstmals Massnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus' (Einschränkungen bei Versammlungen, etc.), die im weiteren Verlauf des Frühlings und Sommers 2020 (unter anderem mit der Deklaration einer «ausserordentlichen Lage») mehrfach verschärft, aber auch gelockert wurden. Die Befragung, auf die sich die vorliegende Studie stützt, lief (vorwiegend) Anfang April 2020, als gemäss Epidemiegesezt noch die «ausserordentliche Lage» galt (u.a. Verbot öffentlicher und privater Veranstaltungen, Schliessung aller Restaurants und Bars, etc.). Angesichts sinkender Infektionszahlen kündigte der Bundesrat am 16. April 2020, d.h. im letzten Drittel der Erhebungsphase, die ersten Lockerungen an. Mit anderen Worten: Ein Teil der Befragten wurde interviewt, als die Infektionszahlen noch hoch waren, während ein anderer Teil kontaktiert wurde, als sich die Pandemielage (zwischenzeitlich) etwas beruhigt hatte. Die zum Befragungszeitpunkt vorherrschende Pandemiesituation dürfte sich aber in den Antworten zur Frage, wie man die Massnahmen des Bundes und der Kantone zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie hinsichtlich Schärfe und Zeitpunkt bewertet, (bis zu einem gewissen Grad) niedergeschlagen haben.²⁶ Dieser Umstand ist bei der Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse stets zu berücksichtigen.

Massnahmenschärfe: Grossmehrheitliche Akzeptanz der Behördenmassnahmen zur Bekämpfung von Covid-19

Eine Zweidrittel-Mehrheit hielt die Massnahmen zum Zeitpunkt der Befragung für angemessen, während ein knappes Fünftel (19%) die selbigen als zu *wenig* einschneidend einschätzte (siehe Abbildung 2.22). Nur etwas mehr als ein Sechstel (15%) war der Ansicht, diese Massnahmen seien *zu* einschneidend. Sprachregionale Unterschiede gab es vor allem bei jenen, welche mit den Corona-Massnahmen unzufrieden waren: Während fast einem Fünftel (18%) aller Deutschschweizer Befragten die Massnahmen zu weit gingen («zu einschneidend»), waren bloss vier Prozent der Romand(e)s gleicher Ansicht. Hingegen hätte sich mehr als ein Viertel (26%) der Romand(e)s einschneidendere Massnahmen gewünscht. Für die italienischsprachige Schweiz, die vom Virus ähnlich oder gar noch stärker betroffen war als die französischsprachige Schweiz, liegen keine Befragungswerte vor.

²⁶ Tatsächlich zeigen sich Unterschiede in der Bewertung der Schärfe der Corona-Massnahmen zwischen Personen, die ab dem 16. April (an diesem Datum kündigte der Bundesrat erstmals Lockerungen an) an der Befragung teilnahmen und solchen, die zuvor teilnahmen. Der Anteil jener, die der Meinung sind, die Massnahmen seien zu wenig einschneidend gewesen, fällt in der zweiten Hälfte des Aprils von 28 Prozent (erste Monatshälfte) auf 13 Prozent. Diese Differenz ist in der Romandie noch drastischer: Derselbe Anteil («zu wenig einschneidend») ging von 35 auf 17 Prozent zurück.

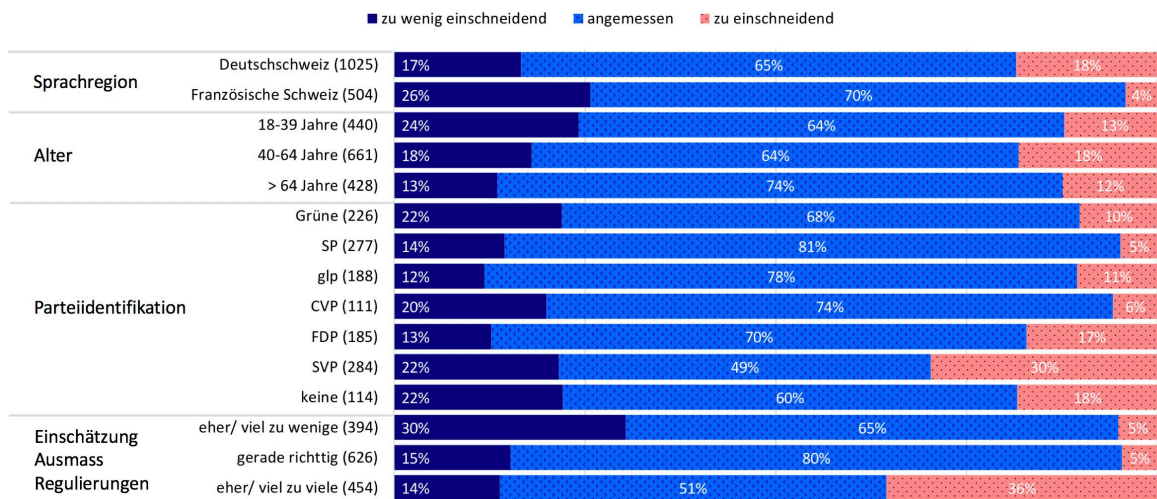
Abbildung 2.22 Einschätzung der Schärfe der Corona-Massnahmen



Frage: «Wie beurteilen Sie die derzeitigen Massnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus’ des Bundes und Ihres Kantons? Bezüglich der Schärfe». Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. Diese Frage wurde nur den Online-Teilnehmenden gestellt (n = 1'526).

Die Parteianhängerschaften beurteilten die vom Bund und den Kantonen erlassenen Massnahmen im Frühjahr 2020 unterschiedlich (vgl. Abbildung 2.23): Die Sympathisantinnen und Sympathisanten der SP teilten weitestgehend die Linie des Bundesrates und der Kantone. 81 Prozent von ihnen hielten die Massnahmen für angemessen. Auch in den Anhängerschaften von GLP, CVP, FDP und den Grünen stiessen die Covid-19-Massnahmen auf breite Zustimmung – in allen vier Parteifolgschaften liegen die Anteile jener, welche die Massnahmen als angemessen betrachten, bei über siebzig Prozent. Anders bei der SVP: Mehr als die Hälfte SVP-Anhängerschaft beurteilte die Massnahmen als unverhältnismässig: Rund einem Fünftel (22%) gingen die Massnahmen zu wenig weit, während rund ein Drittel (30%) sie als zu drastisch betrachtete. Die Parteiungebundenen beurteilten die Massnahmen zum Schutz gegen das Corona-Virus auch eher etwas skeptischer als das Gros der Parteianhängerschaften: Vierzig Prozent von ihnen wären entweder weiter («zu wenig einschneidend») oder – umgekehrt – weniger weit («zu einschneidend») gegangen als Bund und Kantone.

Abbildung 2.23 Einschätzung der Schärfe der Corona-Massnahmen nach ausgewählten Merkmalen



Frage: «Wie beurteilen Sie die derzeitigen Massnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus’ des Bundes und Ihres Kantons? Bezüglich der Schärfe». Diese Frage wurde nur den Online-Teilnehmenden gestellt (n = 1'526).

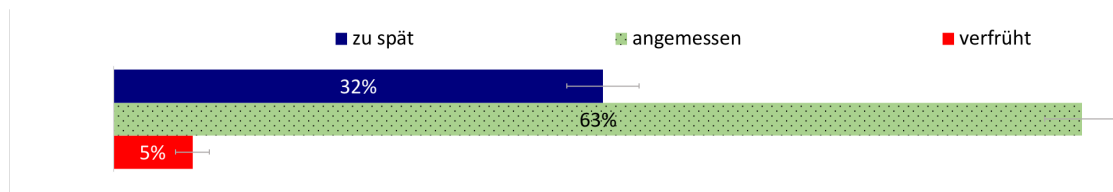
Angesichts des Kenntnisstandes, dass das Risiko einer schweren Erkrankung mit dem Alter ansteigt, waren altersabhängige Unterschiede bei der Beurteilung der Schärfe zu erwarten. Tatsächlich zeigten sich auch solche altersspezifischen Differenzen, aber nicht zwingend in jene Richtung, die zu erwarten war: Die Massnahmen fanden nämlich bei den über 70-Jährigen am stärksten Anklang (75%), während die 18 bis 39-Jährigen von allen Altersgruppen am ehesten *einschneidendere* Massnahmen forderten

(25%). Obwohl die Corona-Krise eine gesundheitspolitische Ausnahmesituation darstellt, in welcher die individuelle Bewertung der betreffenden Schutzmassnahmen/Regulierungen wohl nicht (immer) auf der Basis derselben Kriterien durchgeführt wird wie ausserhalb von Krisenzeiten, so sind auch hier gewisse, gängige Muster erkennbar: Wer der Meinung war, das Ausmass staatlicher Regulierungen sei generell angemessen, hielt auch die Corona-Massnahmen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit (80%) für angemessen. Wer hingegen eine zu hohe generelle Regulierungsdichte beklagte («viel zu viele» oder «eher zu viele staatliche Regulierungen für die Wirtschaft»), teilte obige Ansicht signifikant seltener (51%). Mehr als ein Drittel von ihnen (36%) hielten die Schutzmassnahmen von Bund und Kantone stattdessen für zu einschneidend. Wer schliesslich generell mehr Regulierungen wünscht («viel zu wenige» oder «eher zu wenige staatliche Regulierungen für die Wirtschaft»), hätte sich auch in der Corona-Krise vergleichsweise oft (30%)²⁷ einschneidendere Massnahmen von Seiten der staatlichen Behörden gewünscht. Kurz, die Kritik an den Corona-Massnahmen hat auch – mit Betonung auf «auch» – mit der generellen Haltung zur Rolle des Staates in der Wirtschaft zu tun.

Zeitpunkt der Einführung der Massnahmen: Starke Minderheit hätte sich früheres Eingreifen gewünscht

Auch der Zeitpunkt der Einführung der entsprechenden Corona-Massnahmen wurde von einer deutlichen Mehrheit von 63 Prozent als angemessen bewertet (siehe Abbildung 2.24). Allerdings war rund ein Drittel (32%) aller Befragten – in der Romandie waren es gar vierzig Prozent – der Ansicht, die Massnahmen seien zu spät eingeführt worden. Die Gruppe jener Befragten, welche den Behörden ein verfrühtes Agieren zuschrieben, war mit einem Anteil von lediglich fünf Prozent sehr klein.

Abbildung 2.24 Einschätzung der Geschwindigkeit der Corona-Massnahmen



Frage: «Wie beurteilen Sie die derzeitigen Massnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus' des Bundes und Ihres Kantons? Bezüglich der Geschwindigkeit». Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. Diese Frage wurde nur den Online-Teilnehmenden gestellt (n = 1'516).

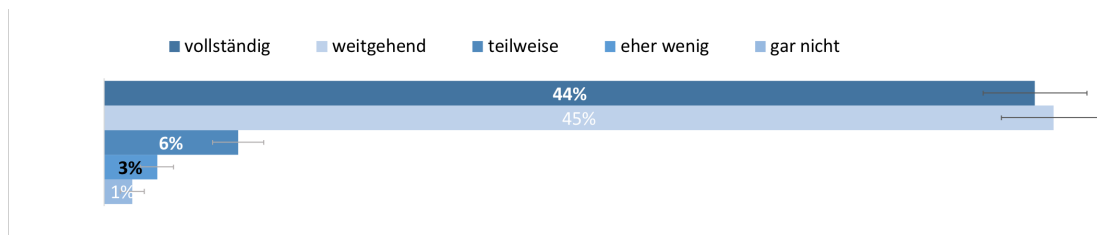
Befolgung der Massnahmen: Hohe Disziplin

Schliesslich wurden die Umfrageteilnehmenden gebeten anzugeben, wie weit sie die staatlichen Vorgaben im Alltag befolgt hätten. Diese staatlichen Vorgaben wurden in der entsprechenden Frage nicht weiter präzisiert. Infolgedessen ist davon auszugehen, dass die Befragten damit individuell unterschiedliche Massnahmen assoziierten. Worauf sich die Antworten konkret bezogen (Distanzregel, Hygieneregeln, Versammlungsverbot etc.), ist unbekannt. Auf jeden Fall versicherten 44 Prozent aller Befragten, sich «vollständig» an die Vorgaben gehalten zu haben (vgl. Abbildung 2.25). Gewiss wird bei dieser Frage auch das Phänomen der sozialen Erwünschtheit dazu beigetragen haben, dass der Anteil

²⁷ Zum Vergleich: Bei jenen, die das Ausmass staatlicher Regulierungen als «angemessen» beurteilten, hielten 15 Prozent die Corona-Massnahmen für zu wenig einschneidend, während dieser Anteil bei jenen, die das Ausmass staatlicher Regulierungen als «viel zu viel» oder «eher zu viel» beurteilten, 14 Prozent betrug.

jener, die sich diszipliniert an die Corona-Vorgaben des Bundes hielten, derart hoch ausfiel. Eine relative Mehrheit von 45 Prozent räumte damals ein, sich weitgehend, aber eben nicht vollständig an die staatlichen Vorgaben und Empfehlungen gehalten zu haben. Es ist anzunehmen, dass die Grenzen zwischen «vollständiger» und «weitgehender» Befolgung von staatlichen Vorgaben in der Selbsteinschätzung der Befragten fließend sind. Nur wenige (10%) bekannten indessen freimütig, sie hätten sich nur «teilweise», «eher wenig» oder «gar nicht» an die Vorgaben gehalten.

Abbildung 2.25 Befolgung der staatlichen Empfehlungen



Frage: «Wie weit befolgen Sie in Ihrem Alltag die staatlichen Vorgaben und Empfehlungen zur Bekämpfung des Coronavirus?». Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. Diese Frage wurde nur den Online-Teilnehmenden gestellt (n = 1'539).

Unterschiede zwischen einzelnen Merkmalsgruppen gab es bei der Selbsteinschätzung der Befolgung von Corona-Vorgaben kaum. Obwohl beispielsweise die Romand(e)s strengere und schnellere Massnahmen forderten als die Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer, gab es nur sehr geringfügige (und demnach statistisch nicht belastbare) Unterschiede betreffend Befolgungsdisziplin. In unserer Stichprobe war der Anteil jener, die angaben, sich «vollständig» an die Vorgaben gehalten zu haben, auf der Deutschschweizer Seite des «Röschtigrabens» leicht höher (45%) als auf der französischsprachigen Seite (42%). Auch zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen gab es nur geringe Unterschiede und sie betreffen in aller Regel die beiden Antwortkategorien «vollständig» und «weitgehend», deren Grenzen, wie oben ausgeführt, ineinander überfliessen. Auf jeden Fall gab es keine Merkmalsgruppen, die sich in Scharen den Vorgaben des Bundes und der Kantone widersetzen. Selbst die zahlenmässig (eher) geringe Gruppe jener Befragten, die staatliche Regelungen im Gesundheitsbereich als «weniger wichtig» erachteten, befolgten gemäss eigenen Aussagen mehrheitlich die Vorgaben von Bund und Kantonen.

3 Fazit

Die Regulierungsdebatte in der Schweiz hat in der Corona-Krise sicherlich neue Anstösse erhalten. Die aktuelle Kontroverse dreht sich weniger um Regulierungen in den «klassischen» Wirtschaftsbereichen wie der Finanzbranche oder dem Baugewerbe, sondern vielmehr um Vorschriften zum Gesundheitsschutz. Diese Vorschriften – «social distancing», Versammlungsverbot, Betriebsschliessungen, Maskentragepflicht, etc. – prägten das alltägliche Leben der Menschen dieser Generation wie kaum eine andere Regulierungsmassnahme zuvor. Das hat mutmasslich zu einer erhöhten Sichtbarkeit staatlicher Regulierung geführt. Denn während Regulierungsinstrumente in der Wirtschaft für viele Personen, darunter auch Erwerbstätige, einen eher wenig vertrauten, alltagsfernen und oftmals abstrakten Gegenstand darstellen, sind die Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie für alle hautnah spürbar. Wie steht es nun um die Akzeptanz dieser ungewöhnlich scharfen Massnahmen in der Bevölkerung? Wie denken Schweizerinnen und Schweizer über staatliche Regulierung im Allgemeinen? Hat die Covid-Ausnahmesituation einen Einfluss darauf, wie die Menschen generell über staatliche Vorschriften und Regeln denken? Teilen sie weitestgehend den Tenor der Wirtschaftselite und der bürgerlichen Parteien, wonach in der Schweiz zu viel reguliert werde und die Kosten der Bürokratie aus dem Ruder laufen? Um auf diese Fragen Antworten zu finden, wurde zwischen Ende März und Ende April 2020 eine Befragung von 2'350 Stimmberechtigten aus der französischen Schweiz und der Deutschschweiz durchgeführt. Die Befragung baut im Wesentlichen auf der Studie von 2016 (Höglinger/Widmer 2016) auf. Der Umstand, dass viele der damals abgefragten Items auch den Befragungsteilnehmenden von 2020 vorgelegt wurden, ermöglicht uns, einen Vergleich der Haltungen zu Regulierungsfragen zwischen 2016 und 2020 anzustellen.

Zunächst muss festgehalten werden, dass eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten *nach wie vor zufrieden ist mit der hiesigen Regulierungsdichte*. Das Gros der Stimmberechtigten will demnach weder mehr noch will es weniger Regulierung, sondern bevorzugt den Status quo. Aber der Anteil jener, die in der Schweiz ein regulatorisches Defizit verorten, hat innert vier Jahren zugenommen, während der Anteil der dezidierten Regulierungskritikerinnen und -kritiker kleiner geworden ist. Das gilt zwar nicht für jeden einzelnen Wirtschaftsbereich, aber im Grossen und Ganzen erschallt der Ruf nach mehr Regulierungen lauter als vier Jahre zuvor. Der Anteil Regulierungsbefürwortender ist überdies in allen politischen Lagern gestiegen – gewiss, im linken Lager erheblich stärker als im bürgerlichen Lager. Aber selbst bei den Sympathisierenden der SVP, FDP und CVP ist ein leichter Anstieg an Regulierungsbefürwortenden zu konstatieren. Natürlich drängt sich hierbei sogleich die Frage auf, inwieweit dies mit der Corona-Ausnahmesituation zu tun hat(te). Der empirische Befund deutet darauf hin, dass gerade dem Gesundheitsschutz eine deutlich höhere Bedeutung zugewiesen wird als vier Jahre zuvor. Die Bedeutungswerte anderer Regulierungsziele blieben im Vergleich zu 2016 indessen mehr oder minder konstant. So haben die Bedeutungswerte des Umweltschutzes – trotz der «Klimawahlen» im Herbst 2019 – nicht zugenommen. Während dieser Befund für einen *temporären, der Ausnahmesituation geschuldeten* Anstieg an Regulierungsbefürwortenden spricht, der sich nach der Corona-Krise wieder auf normalem Niveau zurückentwickeln wird, gibt es gleichzeitig auch Indizien dafür, dass dieser Anstieg bis zu ei-

nem gewissen Grad einen generellen Trend darstellt. Denn der Anteil jener, die sich eine höhere Regulierungsdichte wünscht, hat sich generell verdoppelt (von 10% in 2016 auf 20% in 2020) und hat zudem selbst in der eigenen Branche, in welcher man tätig ist, zugenommen. Mit anderen Worten: Selbst wenn es um Regulierungen in der eigenen Branche geht, hat der Anteil jener, die hier einen weitergehenden Regulierungsbedarf erkennen, zwischen 2016 und 2020 zugenommen. Dieser Anstieg hat wohl nur wenig mit der Pandemie-Lage zu tun, sondern ist Ausdruck dessen, dass die Akzeptanz für staatliche Regulierungen – unabhängig von der Corona-Situation – zugenommen hat.

Die Analyse hat zudem gezeigt, dass die Haltungen der Schweizerinnen und Schweizer zu staatlicher Regulierung nicht in Stein gemeisselt, sondern vielmehr kontextabhängig sind. Ab und an erscheinen sie gar widersprüchlich. So lautet die Idealvorstellung vieler Stimmberechtigter: Strengere Regeln für Unternehmen bei gleichzeitigem Abbau aufwändiger Bürokratie. Man möchte also zugleich «de Foifer und s'Weggli». Zudem werden vielfach strengere Regulierungsinstrumente für verschiedenste Wirtschaftsbereiche gefordert, während man gleichzeitig aber die eigene Branche – also jene Branche, in der man selbst tätig ist – davon ausnehmen möchte. Kurz: Die Regulierungsziele sind weitestgehend unbestritten und nicht selten werden strengere Regulierungsbestimmungen gefordert, aber möglichst nicht im eigenen Arbeitsumfeld und ohne dabei den bürokratischen Aufwand zu erhöhen.

Die Erwähnung von Kostenfolgen bleibt jedoch oftmals ohne Wirkung. Konfrontiert man die Stimmberechtigten mit möglichen Kostenfolgen einer Regulierung, so reagieren diese nur geringfügig, wenn überhaupt darauf. Ein Verbot von Ölheizungen beispielsweise fand unabhängig davon, ob die Wohnkosten um fünf oder gar zehn Prozent steigen könnten, in etwa gleich hohen Zuspruch von Seiten der Befragten. Auch die individuelle Haltung zu einem Verbot der Bodenhaltung beim Geflügel ist weitestgehend «immun» gegen Preisveränderungen. Das mag an einer geringen Preissensibilität oder aber daran liegen, dass die Kostenfolgen auch ohne deren explizite Nennung von vielen Befragten eingepreist werden.

Was die Regulierungskompetenz der für Regulierungen massgeblichen Akteure – Verwaltung, Wirtschaft und politische Parteien – betrifft, so blieben die Ergebnisse zwischen 2016 und 2020 weitestgehend stabil: Die Wirtschaft bzw. die Unternehmen gelten in Regulierungsfragen immer noch am kompetentesten, allerdings dicht gefolgt von der Verwaltung. Parteien hingegen traut man betreffend Regulierung nur wenig zu. Als Themenführerin bei Regulierungsfragen wird unter den politischen Parteien nach wie vor die FDP betrachtet. Aber sie hat im Stimmvolk seit 2016 erheblich an Kompetenzzuweisung eingebüsst. Inwieweit dies mit dem «Umschwung» in der Klimadebatte unter der Ägide der abtretenden Parteipräsidentin Petra Gössi innerhalb der FDP zu tun hat, bleibt Spekulation.

Was hielt die Schweizer Bevölkerung im Frühling 2020 von den Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19? Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die Aufarbeitung der Corona-Politik von Bund und Kantonen zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Studie noch andauert und womöglich noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Das «endgültige Urteil» über die Corona-Politik steht demnach noch aus. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung (Ende März bis Ende April 2020) erhielten Bund und Kantone von der

Bevölkerung indessen gute Noten, was ihre Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise betrifft. Eine Mehrheit hielt die Massnahmenschärfe für angemessen und das Eingreifen für zeitgerecht. Es gab bei dieser Beurteilung allerdings Unterschiede zwischen den Parteilanhängerschaften und vor allem zwischen den Sprachregionen: Die Romand(e)s hätten sich ein harscheres und früheres Eingreifen gewünscht als dies in der Deutschschweiz der Fall war. Ausserdem war die Beurteilung der Schärfe der Corona-Massnahmen mit der generellen Haltung zum Regulierungsausmass in der Schweiz verknüpft. Nicht in einer deterministischen Weise, aber in der Tendenz war es so, dass Personen, die der Meinung waren, die Schweizer Wirtschaft sei überreguliert, auch die Corona-Massnahmen für zu einschneidend erachteten.

4 Bibliographie

- Baldwin, Robert/Cave, Martin/Lodge, Martin (2012): *Understanding regulation: theory, strategy, and practice*. Oxford: Oxford University Press.
- Baldwin, Robert/Cave, Martin/Lodge, Martin (2010): *The Oxford handbook of regulation*. Oxford: Oxford University Press.
- Bieri, Oliver/Dolder, Olivier (2015): Evaluation des Bürokratiemonitors. Luzern: Interface.
- Bozeman, Barry (1993): A theory of government "Red Tape". *Journal of Public Administration Research and Theory* 3(3): 273-303.
- Buomberger, Peter (2014): *Auswege aus dem Regulierungsdickicht. Beunruhigende Fakten und erfolversprechende Lösungsansätze für die Schweiz*. Zürich: Avenir Suisse.
- Buomberger, Peter/Schlegel, Tobias (2016): *Auswege aus dem Regulierungsdickicht. Lernen von ausländischen Erfahrungen*. Zürich: Avenir Suisse.
- Cancik, Pascale (2017): Zuviel Staat? – Die Institutionalisierung der «Bürokratie»-Kritik im 20. Jahrhundert. *Der Staat* 56: 1-38.
- Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF (2013): Regulierungsfolgenabschätzung. Handbuch. Bern: WBF.
- FreshMinds (2009): The benefits of regulation. A public and business perceptions study. Report commissioned by the Better Regulation Executive, the Environment Agency, the Food Standards Agency and the Health and Safety Executive. London.
- GfK Switzerland (2014): *Bürokratiemonitor 2014*. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO.
- Glaser, Andreas (2018): Die Regulierungsbremse – effizient, aber undemokratisch? *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI)* 2/2018: 66-73.
- Höglinger, Dominic/Widmer, Thomas (2016): Die Einstellungen der Bevölkerung zu staatlicher Regulierung. Studie im Auftrag der Stiftung StrategieDialog21. *Zürcher Politik- & Evaluationsstudien* Nr. 17.
- Kaufman, Herbert (1977): *Red Tape: Its Origins, Uses, and Abuses*. Washington: Brookings.
- Linder, Wolf/Schwager, Stefan/Comandini, Fabrizio (1985): *Inflation législative? Une recherche sur l'évolution quantitative du droit suisse*. Lausanne: IDHEAP.
- Linder, Wolf/Hümbelin, Oliver/Sutter, Michael (2009): Die Entwicklung der Eidgenössischen Gesetzgebungstätigkeit 1983-2007. Eine quantitative Analyse. Bern: IPW, Universität Bern.
- Mayntz, Renate/Feick, Jürgen (1982). Gesetzesflut und Bürokratiekritik: Das Problem der Überregulierung im Spiegel der öffentlichen Meinung. *Die Verwaltung*, 15(3), 281-299.
- Möckli, Andreas (2019): Ladenöffnungszeiten werden immer länger. *Luzerner Zeitung*, 18. Januar 2019. (<https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/immer-langer-einkaufen-ld.1086159>).
- Müller, Erika/Nuding, Wolfgang (1984): Gesetzgebung – „Flut“ oder „Ebbe“? *Politische Vierteljahresschrift*, 25(1): 74-96.
- Organisation for Economic Co-operation and Development OECD (2012): *Measuring Regulatory Performance: A Practitioner's Guide to Perception Surveys*. Paris: OECD Publishing.
- Phillips, Todd/Winter, Ethan (2020): *Voters support strong regulations that protect the public*. San Francisco: Data for Progress.
- Rüefli, Christian (2017a): Regulierungsprüfstellen – ausländische Beispiele und Erfahrungen. *LeGes – Gesetzgebung & Evaluation* 28(2): 265-277.
- Rüefli, Christian (2017b): Ansätze und Instrumente besserer Regulierung – eine Auslegeordnung. *LeGes – Gesetzgebung & Evaluation* 28(3): 445-467.

- Schurig, Antonia (2020): Bessere Rechtssetzung im europäischen Vergleich. Genese und Handlungswirklichkeit der Normenkontrollräte in Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich. Baden-Baden: Nomos.
- Schöchli, Hansueli (2018): Absage an den Bürokratie-Sheriff. *Neue Zürcher Zeitung*, 20. Dezember 2018: 25.
- Schweizerischer Bundesrat (2013): Bericht über die Regulierungskosten. Schätzung der Kosten von Regulierungen sowie Identifizierung von Potenzialen für die Vereinfachung und Kostenreduktion. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO.
- Schweizerischer Bundesrat (2016): Massnahmen zur Reduktion von Regulierungskosten – Umsetzungsstand und weiteres Vorgehen. Bericht in Erfüllung des Postulates Föhn 15.3787 vom 19. Juni 2015. Vorgehen zur Umsetzung der Motion Fournier 15.3210 vom 19. März 2015. Bern: Bundesrat.
- Schweizerischer Bundesrat (2018): Regulierungsbremse: Möglichkeiten und Grenzen unterschiedlicher Ansätze und Modelle. Bericht in Erfüllung des Postulats Caroni 15.3421. 7. Dezember 2018. Bern: Bundesrat.
- Schweizerischer Bundesrat (2019a): Administrative Entlastung. Bilanz 2016-2019. 27. November 2019. Bern: Bundesrat
- Schweizerischer Bundesrat (2019b): Richtlinien des Bundesrates für die Regulierungsfolgenabschätzung bei Rechtsetzungsvorhaben des Bundes (RFA-Richtlinien) vom 6. Dezember 2019. BBl 2019: 8519-22.
- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2021a): Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz, UEG). Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. 28. April 2021. Bern: SECO.
- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2021b): Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes). Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. 28. April 2021. Bern: SECO.
- Stoll, Marius/Graf, Susanne (2019): Bürokratiemonitor 2018. Im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO, Direktion für Standortförderung, Ressort KMU-Politik. April 2019. Luzern: LINK.
- Tresch, Anke/Lauener, Lukas/Bernhard, Laurent/Lutz, Georg/Scaperrotta, Laura (2020). Eidgenössische Wahlen 2019. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: FORS. (DOI: 10.24447/SLC-2020-00001)
- Widmer, Thomas/Neuenschwander, Peter (2004): Embedding Evaluation in the Swiss Federal Administration. *Evaluation* 10(4): 388-409.

5 Anhang

5.1 Datenerhebung und methodisches Vorgehen

Für die Studie wurden insgesamt 2'350 zufällig ausgewählte stimmberechtigte Personen in der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz befragt. Die Befragung erfolgte im sogenannten «Mixed-Modus»: 808 Stimmberechtigte wurden im Zeitraum vom 31. März bis 18. April 2020 *telefonisch* befragt, wobei (wie schon 2016) das Befragungsinstitut gfs.bern die Feldarbeit ausführte. Gleichzeitig wurden zwischen dem 2. und 28. April 2020 1'542 Stimmberechtigte durch das Befragungsinstitut LeeWas *online* befragt. Die Frageformulierungen der einzelnen Items unterscheiden sich geringfügig zwischen dem CATI- (telefonische Befragung) und dem CAWI-Fragebogen (Online). Bei diesen Unterschieden handelt es sich weitgehend um Formulierungen, die Modus-abhängig sind («Geben Sie bitte an, ...» [online] statt «Können Sie mir sagen, ... [telefonisch]). Gewisse Fragen wurden allerdings nur den Online-Respondenten gestellt. Dazu gehören all jene Fragen, die 2020 erstmals gestellt wurden (siehe nachfolgenden Abschnitt). Die neuen, 2020 erstmals abgefragten Items wurden von LeeWas ins Französische übersetzt. Beide Sprachvarianten des Fragebogens sind im Anhang enthalten. Die Auswertung der Daten schliesslich hat das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich vorgenommen.

Design des Fragebogens

Der Fragebogen baut grossmehrheitlich auf die Studie von 2016 auf (für weitergehende Details siehe Höglinger/Widmer 2016). Der Wortlaut einiger Items wurde im Vergleich zu 2016 leicht abgeändert, während gewisse Items neu entwickelt wurden. Die neuen Items wurden nur den Online-Teilnehmenden vorgelegt.

Stichprobenziehung

Die Grundgesamtheit der Befragung bildet die *aufeidgenössischer Ebene stimmberechtigte Bevölkerung der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz*. Die italienischsprachige Schweiz wurde aus Ressourcengründen nicht abgedeckt. Die Grundlage für die Stichprobenziehung der Telefonbefragung war eine sogenannte RDD-/ Dual Frame-Stichprobe²⁸ aus Festnetz- (80%) und Mobilfunknummern (20%). Weil Telefonnummern oftmals nicht nur einer Person, sondern vielmehr einem Mehrpersonenhaushalt zugewiesen werden können, wurde die Zielperson innerhalb eines solchen Haushalts mittels der «Geburtstagsmethode» ausgewählt: Befragt wurde jeweils diejenige Person im betreffenden Haushalt, welche als letzte im Kalenderjahr Geburtstag hat. Die Geburtstagsmethode dient dazu, repräsentative Verzerrungen aufgrund von rollenspezifischem Verhalten (in einem Mehrpersonenhaushalt nehmen Frauen Telefonanrufe eher entgegen als Männer) zu verhindern. Bei der Telefonstichprobe handelt es sich weiter um eine proportional geschichtete Stichprobe, die ausserdem mit maximalen Quoten für Geschlecht und drei Alterskategorien angereichert wurde.

²⁸ RDD steht für Random Digit Dialing. Dabei werden gewisse Elemente («Blöcke») einer Telefonnummer zufällig generiert. Dieses Verfahren garantiert den Einschluss nicht-registrierter Telefonnummern, die in der Schweiz inzwischen einen erheblichen Anteil aller Nummern ausmachen. In einem Dual Frame-Verfahren wiederum werden zwei unabhängige Ausgangsstichproben generiert: Im Falle der vorliegenden Erhebung wurden ein Festnetznummern-Sample und ein Handynummern-Sample generiert.

Die Basis der Online-Befragung wiederum bildete der Respondentenpool von LeeWas GmbH. Die Online-Teilnehmenden der Befragung wurden mittels Zufallsprinzips aus dem Pool ausgewählt, wobei Subgruppen mit tieferer Teilnahmewahrscheinlichkeit eine höhere Ziehungswahrscheinlichkeit haben.

Durchführung der Befragung

Die telefonische Befragung basiert auf dem CATI-System des gfs-Befragungsdienstes. Die Interviews wurden zum einen im zentralen Telefonlabor, zum anderen aber auch dezentral durch insgesamt 60 Interviewerinnen und Interviewer innerhalb von 19 Tagen, vom 31. März bis 18. April 2020, durchgeführt. Von jenen Zielpersonen, die kontaktiert werden konnten, willigten 10.8 Prozent einer Interviewteilnahme zu. Die mittlere Länge (arithmetischer Mittelwert) der Telefoninterviews betrug 18.8 Minuten, während der Median der Länge der Online-Interviews 12 Minuten betrug.

Die Reihenfolge der Items innerhalb einer Fragebatterie sowie der Antwortkategorien bestimmter Fragen und zuletzt auch der gegensätzlichen Standpunkte (bei Kosten/Nutzen-Abwägungsfragen) und der zu rangierenden Regulierungsmassnahmen wurden randomisiert. Das heisst, dass diese Reihenfolge individuell zufällig festgelegt wurde. Diese Massnahme dient dazu, unerwünschte Positionseffekte der Items wie auch der Antworten soweit als möglich zu verhindern.

Aufbereitung und Gewichtung der Daten

Die erhobenen Daten beider Befragungen wurden zunächst gesondert gewichtet. Die Daten der telefonischen Befragung wurden zunächst nach Anschlussstyp (Festnetz und Mobile: Prävalenz und Erreichbarkeit) gewichtet. Sodann erfolgte eine Kalibration der Daten nach dem sogenannten Raking-Verfahren anhand folgender Merkmale: Alter und Geschlecht kombiniert nach Sprachregion (DCH und FCH), Parteiwahl 2019 nach Sprachregion (wobei Parteiungebundene kein Gewicht erhielten), Kantonszugehörigkeit und Bildungsniveau. Die Daten der Online-Befragung wurden nach exakt denselben Kriterien gewichtet – mit Ausnahme der Gewichtung nach Anschlussstyp. Anschliessend wurden beide Datensätze zusammengeführt. Die Auswertung beruht demnach auf den zusammengelegten, «gepoolten» Daten.

Prüfung und Analyse der Daten

Die erhobenen Daten wurden von beiden Befragungsinstituten (gesondert) aufbereitet, plausibilisiert und bereinigt. Die Antworten der Online-Teilnehmenden wurden von LeeWas GmbH zusätzlich auf Konsistenz mit früheren Antworten überprüft und nur nach einem zusätzlichen Verifikationsschritt genutzt. Die Daten wurden anschliessend noch durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (IPZ) vor der Analyse geprüft. Das IPZ hat sodann auch die notwendigen Rekodierungen vorgenommen.

Nebst den Punktschätzungen werden im Bericht stets auch Intervall-Schätzungen ausgewiesen. Diese Intervalle geben jeweils jenen Bereich an, innerhalb welchen sich der «wahre» Werte in der Grundgesamtheit mit einer 95-prozentigen Sicherheit bewegt. Abhängig vom Typ der Abbildung werden entweder die Vertrauensintervalle für jeden einzelnen Wert angegeben oder es wird – in der Regel aus Gründen der Praktikabilität – der Maximalwert aller ausgewiesenen Werten einer Abbildung in den Anmerkungen vermerkt.

5.2 Fragebögen²⁹

Deutsche Version 2016

Guten Tag/Abend, da ist ... vom Forschungsinstitut gfs.bern. Wir machen eine wissenschaftliche Studie im Auftrag der Universität Zürich und der Stiftung SD21. Das Thema sind gesetzliche Regeln und Vorschriften für Unternehmen, die uns ja alle betreffen, speziell auch als Konsumenten. Egal wie Sie über das Thema denken und ob sich damit schon beschäftigt haben, für uns ist es sehr wichtig, dass wir Ihre persönliche Meinung dazu wissen. Die Befragung ist anonym und dauert 12 Minuten.

Soziodemographische Fragen (I)

DEM2. Sind Sie auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

- Ja
- Nein -> führt zu Abschluss der Befragung

DEM0. Wie viele Personen ab 18 Jahren leben in Ihrem Haushalt (Sie miteingeschlossen)?

DEM1. Darf ich fragen, wie alt Sie sind?

Einstellungen Regulierung allgemein

Wir möchten zuerst wissen, was Sie über staatliche Eingriffe in die Wirtschaft denken. Genauer gesagt geht es um all die Gesetze und Vorschriften, die sagen, wie sich Unternehmen zu verhalten haben.

RA1. Ganz allgemein, sind Sie für eine Schweiz, wo der Staat stark in die Wirtschaft eingreift, oder für eine Schweiz, wo man sich voll auf den freien Markt verlässt? [1]

- 01 Für eine Schweiz, wo der Staat stark eingreift
- 02 Weder noch
- 03 Für eine Schweiz, wo der Markt bestimmt
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

Sind Sie eher dafür oder stark dafür?

- 01 Eher dafür
- 02 stark dafür
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

RA2. Staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft haben unterschiedliche Ziele. Bitte sagen Sie mir jeweils, für wie wichtig Sie Gesetze und Vorschriften mit den folgenden Zielen halten:

[1. Item vorlesen]

Finden Sie diese: Sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, oder gar nicht wichtig?

1. Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung
2. Gesetze und Vorschriften um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen
3. Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Umwelt
4. Gesetze und Vorschriften für eine bessere Information und den Schutz der Konsumenten

(Nach erstem Item der Batterie vorlesen, danach nur, wenn nötig)

Finden sie diese:

- sehr wichtig
- wichtig
- weniger wichtig
- gar nicht wichtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

RA3. Schauen wir die aktuelle Situation in der Schweiz an: Wie schätzen Sie das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft ein. Gibt es da viel zu viele Regeln und Vorschriften, eher zu viele, eher zu wenige, viel zu wenige; oder ist das Ausmass gerade richtig?

- Viel zu viele
- Eher zu viele

²⁹ Fragen, welche aus den SELECTS Swiss Electoral Studies [1] sowie den VOX-Abstimmungsanalysen [2] entnommen wurden (teilweise leicht modifiziert), sind entsprechend gekennzeichnet.

- Gerade richtig
- Eher zu wenige
- Viel zu wenige
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

DEM5a. Für die späteren Fragen sollten wir noch wissen, was Ihre aktuelle Beschäftigungssituation ist. Sind Sie... (*vorlesen beginnen; erste Kategorie, welche zutrifft, wird gewählt*)

Interviewer: Achtung wenn jemand angibt, weniger als 5 Stunden zu arbeiten, nachfragen zu welchen Kategorien (3-8) er/sie hauptsächlich dazugehört.

- 01 Vollzeit erwerbstätig (40 Stunden und mehr pro Woche)
- 02 Teilzeit erwerbstätig (5-39 Stunden pro Woche)
- 03 In Ausbildung (Lehrling, Schüler/-in, Student/-in)
- 04 Hausfrau/-mann
- 05 Rentner/-in (AHV)
- 06 Rentner/-in (IV)
- 07 Arbeitslos
- 08 Anderes (berufliche Weiterbildung, Urlaub etc.)
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

RA4. Ich nenne Ihnen jetzt einige Wirtschaftsbereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie für den genannten Bereich mehr staatliche Regeln und Vorschriften oder weniger staatliche Regeln und Vorschriften befürworten, oder ob das aktuelle Ausmass gerade richtig ist. *Beispiele in Klammern immer auch vorlesen*

[1. Item vorlesen]

Sind Sie da: für mehr staatliche Regeln und Vorschriften, für weniger staatliche Regeln und Vorschriften, oder ist das Ausmass gerade richtig?

1. Im Detailhandel (Lebensmittel- und Kleiderläden, Elektrogeschäfte etc.)
2. Bei Banken und Versicherungen
3. Beim Internet und Online-Handel
4. Bei der Elektrizitätswirtschaft (also Produktion und Vertrieb von Strom)

(Nach erstem Item vorlesen, danach nur, wenn nötig)

- für mehr staatliche Regeln und Vorschriften
- für weniger staatliche Regeln und Vorschriften
- Ausmass gerade richtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

(IF DEM5a=01 «Vollzeit erwerbstätig» OR 02 «Teilzeit erwerbstätig»: ASK RA5; IF DEM5a=ELSE: GO TO INT1)

RA5. Und wie ist das in der Branche, in welcher Sie selber tätig sind? Sind Sie da: für mehr staatliche Regeln und Vorschriften, für weniger staatliche Regeln und Vorschriften, oder ist das Ausmass gerade richtig?

- für mehr staatliche Regeln und Vorschriften
- für weniger staatliche Regeln und Vorschriften
- Ausmass gerade richtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

INT1. Wie häufig, wenn überhaupt, diskutieren Sie mit Kollegen und Bekannten über wirtschaftspolitische Fragen? (*Antwortkategorien vorlesen*)

- Nie
- Einmal im Monat oder weniger
- Einige Male pro Monate
- Einige Male pro Woche
- Fast täglich oder täglich
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Argumente und Prioritäten

ARG1. Über Staatseingriffe in die Wirtschaft und die Regulierung von Unternehmen in der Schweiz gibt es unterschiedliche Ansichten. Geben Sie bitte an, was sie von den folgenden Ansichten halten.

Sind sie da jeweils

- sehr einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden, oder
- gar nicht einverstanden?
- [Weiss nicht/kann sich nicht entscheiden]
- [Keine Antwort]

(Zu Beginn vorlesen, danach nur falls nötig wiederholen)

1. Staatliche Regeln und Vorschriften behindern das Wirtschaftswachstum und bedrohen Arbeitsplätze.
2. Zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Schutz der Umwelt benötigen wir strenge staatliche Regeln und Vorschriften für die Unternehmen.
3. Gesetze und Vorschriften für die Wirtschaft schränken die Freiheit der Bevölkerung ein.
4. Um die Wirtschaft zu entlasten, sollte die Schweiz die Bürokratie für Unternehmen abbauen. [1]

ARG2. Im Alltag muss man sich oft zwischen unterschiedlichen Standpunkten entscheiden. Ich sage Ihnen im Folgenden jeweils zwei Standpunkte und Sie sagen mir, welchem Sie eher zustimmen.

1. Wenn es Probleme in einer Wirtschaftsbranche gibt: Sollten dann die Branchenverbände selber verbindliche Regeln festlegen? Oder sollte der Staat eingreifen und Vorschriften machen?
2. Sollte bei der Festlegung staatlicher Regeln und Vorschriften der Schutz der Konsumenten an erster Stelle stehen? Oder sind der tieferer Preis und das grössere Angebot wichtiger?
3. Allgemein gesehen, sollten staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft in der ganzen Schweiz einheitlich sein? Oder sollten sie den kantonalen und lokalen Gegebenheiten angepasst werden?
4. Im Internet, sollte da das möglichst grosse Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen an erster Stelle stehen? Oder ist der Schutz der persönlichen Daten wichtiger?

Stimmen Sie dem ersten oder dem zweiten Standpunkt zu?

- erster Standpunkt
- zweiter Standpunkt
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Stimmen Sie diesem Standpunkt

- voll und ganz zu, oder
- stimmen sie eher zu?
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Präferenzen konkrete Regulierungsmassnahmen

Jetzt möchten wir noch Ihre Meinung zu einigen ganz konkreten staatliche Regeln und Vorschriften wissen.

Sind Sie da jeweils 'sehr dafür', 'eher dafür', 'eher dagegen' oder 'sehr dagegen'?

(Für erstes Item vorlesen, danach nur falls nötig wiederholen)

- Sehr dafür
- Eher dafür
- Eher dagegen
- Sehr dagegen
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

PR1. Kleine Metzgereien und Bäckereien mit unter 10 Mitarbeitern sollten weniger aufwändige Lebensmittelkontroll-Vorschriften befolgen müssen als Grossbetriebe.

PR2. Variante A: Wegen des Jugendschutzes sollte die Zigaretten- und Tabakwerbung in der Schweiz ganz verboten werden.

❖ **Variante B:** Die Zigaretten- und Tabakwerbung sollte in der Schweiz ganz verboten werden.

PR3. Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit Geschäfte selber entscheiden können, wie lange man am Abend bei ihnen einkaufen kann.

PR6. Wegen den engen wirtschaftlichen Beziehungen mit den EU-Staaten stellt sich für die Schweiz regelmässig die Frage, wie stark sie EU-Regeln und Vorschriften übernehmen sollte. Was meinen Sie, sollten die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit in der Schweiz im Vergleich zur EU strenger, gleich streng oder weniger streng sein?

- Strenger
- Gleich streng
- Weniger streng
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

PR5a. Die gesetzlichen Vorschriften im Banken- und Versicherungsbereich werden zurzeit überarbeitet. Wenn Sie sich für eine der diskutierten neuen Konsumentenschutzmassnahmen entscheiden müssten, welche würden Sie an erster Stelle wählen:

1. Eine verschärfte Informationspflicht zu den Risiken von Finanzprodukten
 2. Ein Verkaufsverbot von besonders riskanten Finanzprodukten
 3. Ein erleichterter Rechtsweg für Privatkunden im Streitfall
- [Keine Antwort]
 - [Weiss nicht]

PR5b. Und welche Massnahme kommt für Sie an zweiter Stelle? *(die verbliebenen zwei Optionen nochmals vorlesen)*

PR4a. Die Schweizer Energiepolitik hat eine höhere Energieeffizienz zum Ziel. Welche der folgenden drei Energiespar-Massnahmen bei neuen Haushaltsgeräten würden Sie an erster Stelle wählen? *[Beispiel «Energieetikette» in Klammern immer auch vorlesen]*

1. Die Konsumenten beim Kauf über den Energieverbrauch zu informieren (bspw. mit Energieetiketten).
 2. Staatliche Zuschüsse beim Kauf von besonders energiesparenden Geräten.
 3. Ein Verkaufsverbot von Geräten, welche die Mindestanforderungen bei der Energieeffizienz nicht erfüllen.
- [Keine Antwort]
 - [Weiss nicht]

PR4b. Und welche Massnahme kommt für Sie an zweiter Stelle? *(die verbliebenen zwei Optionen nochmals vorlesen)*

Akteurskompetenz

Und bereits sind wir beim letzten thematischen Frageblock.

AK1. Wenn es um die Frage geht, wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind: Für wie kompetent halten Sie da....

[1. Item vorlesen]

Halten Sie diese bei dieser Frage für: sehr kompetent, eher kompetent, wenig kompetent, oder gar nicht kompetent?

1. Die Verwaltung
2. die Unternehmen
3. die Parteien

(Nach erstem Item vorlesen, danach nur, wenn nötig)

Halten Sie diese bei dieser Frage für :

- sehr kompetent
- eher kompetent
- wenig kompetent
- gar nicht kompetent
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

AK2. Und welches ist Ihrer Meinung nach die kompetenteste politische Partei bei diesem Thema, also wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind? *Antwortkategorien nicht vorlesen*

- Antwortkategorien von DEM6

Soziodemographische Fragen (II)

Zum Schluss noch einige allgemeine Fragen, die uns helfen, Ihre Antworten besser auszuwerten.

DEM4. Welches ist die höchste Ausbildung oder der höchste Abschluss, den Sie gemacht haben? *Antwortkategorien nicht lesen*

- 01 Keine Schulbildung
- 02 Primarschule
- 03 Sekundarschule (Sekundar-, Real-, Bezirksschule, Untergymnasium)
- 05 Berufslehre, Berufsschule (z.B. KV), inkl. Anlehre
- 07 Handelsschule, Handelsdiplom
- 08 Berufsmatura
- 09 Maturitätsschule, Gymnasium, Lehrerseminar
- 10 Höhere Berufsbildung mit eidg. Fachausweis, eidg. Diplom, Meisterdiplom
- 11 Höhere Fachschule (HF)
- 12 Fachhochschule (FH), Pädagogische Hochschule (PH)
- 13 Universität, ETH
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

(IF DEM5a=01 Vollzeit erwerbstätig OR 02 Teilzeit erwerbstätig: ASK DEM5b & DEM5c & DEM5d & DEM5e

IF DEM5a= 05 Rentner (AHV) OR 06 Rentner (IV) OR 07 Arbeitslos OR 08 Anderes: GO TO DEM5b_VORHERIGER_BERUF

IF DEM5a=04 Hausfrau OR DEM5a=03 in Ausbildung OR 98 DK OR 99 NA: GO TO DEM6)

DEM5b. Was ist Ihre berufliche Stellung? Sind sie... *Antwortkategorien vorlesen*

- 01 Angestellt ohne Vorgesetztenfunktion
- 03 Angestellt mit Vorgesetztenfunktion
- 02 Angestellt und Mitglied der Geschäftsleitung (ev. mit Vorgesetztenfunktion)
- 04 Selbständig erwerbend
- 08 [Weiss nicht]
- 09 [Keine Antwort]

Falls die befragte Person mehrere Jobs hat, ist bei dieser und den folgenden Fragen zur beruflichen Tätigkeit immer der Haupterwerb (mit dem grössten Pensum) relevant. Geschäftsleitung=Direktion; «angestellt mit Vorgesetztenfunktion»= verantwortlich für die Überwachung und die Arbeitskontrolle von anderen Personen (aber ohne Lehrlinge)

❖ *Variante DEM5b_VORHERIGER_BERUF: Was ist ihre berufliche Stellung bei ihrer letzten Tätigkeit gewesen?*

- gleiche Antwortkategorien wie DEM5b
- zusätzliche Antwortkategorie bei dieser Variante: «07 keine vorherige Berufstätigkeit»
(IF DEM5b_VORHERIGER_BERUF=07 «keine vorherige Berufstätigkeit»: GO TO DEM6
IF DEM5b_VORHERIGER_BERUF=ELSE: ASK DEM5c_VORHERIGER_BERUF & DEM5d_VORHERIGER_BERUF & DEM5e_VORHERIGER_BERUF)

DEM5c. Wie viele Personen beschäftigt Ihr Unternehmen insgesamt (Sie miteingeschlossen)? *(Kategorien nur falls nötig vorlesen)*

- 1 Person
- 2 bis 10 Personen
- 10 bis 50 Personen
- 50 bis 250 Personen
- 250 oder mehr Personen
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

❖ *Variante DEM5c_VORHERIGER_BERUF: Wie viele Personen hat Ihr Unternehmen insgesamt beschäftigt (Sie miteingeschlossen)? (Kategorien nur falls nötig vorlesen; falls unklar: Unternehmen, bei welchem die befragte Person zuletzt tätig war)*

- gleiche Antwortkategorien wie DEM5c

DEM5d. Arbeiten Sie in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Hand? *(Antwortkategorien nur falls nötig vorlesen)*

- 01 Privatwirtschaft
- 02 Öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden)
- 03 Staatseigene oder gemischtwirtschaftliche Betriebe (wie SBB, Post, Swisscom, SRG)
- 08 [Weiss nicht]
- 09 [Keine Antwort]

❖ *Variante DEM5d_Variante_VORHERIGER_BERUF: Haben Sie bei ihrer letzten Tätigkeit in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Hand gearbeitet? (Antwortkategorien nur falls nötig vorlesen)*

- gleiche Antwortkategorien wie DEM5d

DEM5e. In welcher Branche sind sie tätig? (*Antwort entsprechend codieren, Antwortkategorien nicht vorlesen*)

- 01 Bildungswesen (Schulen, Universität etc.)
 - 02 Landwirtschaft und Forstwirtschaft
 - 03 Industrie und verarbeitendes Gewerbe (z.B. Maschinenbau; Chemie; Fertigung von Geräten und Lebensmitteln etc.)
 - 05 Baugewerbe
 - 06 Handel und Reparaturgewerbe (mit Detailhandel)
 - 07 Gastgewerbe (Restaurants, Hotels)
 - 08 Transport und Verkehr (auch Bahn)
 - 09 Banken und Versicherungen
 - 10 Immobilien, Vermietung
 - 11 Informatik und Kommunikation/Medien
 - 12 öffentliche Verwaltung
 - 13 Gesundheits- und Sozialwesen
 - 98 [Weiss nicht]
 - 99 [Keine Antwort]
- ❖ *Variante DEM5e_VORHERIGER BERUF:* In welcher Branche sind sie zuletzt tätig gewesen? (*Antwort entsprechend codieren, Antwortkategorien nicht vorlesen*)
- gleiche Antwortkategorien wie DEM5e

DEM6. Ganz allgemein, welche politische Partei entspricht in den Zielen und Forderungen am ehesten ihren eigenen Ansichten und Wünschen? *nicht vorlesen, nur entsprechend codieren* [2]

- 040 SVP - Schweizerische Volkspartei
- 030 SP - Sozialdemokratische Partei
- 010 FDP/Die Liberalen - Freisinnig-Demokratische Partei / Liberale Partei
- 020 CVP - Christlichdemokratische Volkspartei
- 110 BDP - Bürgerlich-Demokratische Partei
- 120 GP - Grüne, Grüne Partei, Grünes Bündnis
- 130 GLP - Grünliberale Partei
- 070 EVP - Evangelische Volkspartei
- 080 CSP - Christlich-soziale Partei
- 090 PdA - Partei der Arbeit
- 091 POP - Parti Ouvrier et Populaire, POP & Gauche en mouvement
- 093 AL – Alternative Linke / Alternative Liste / solidaritéS
- 160 EDU - Eidgenössisch-Demokratische Union
- 171 MCR - Mouvement Citoyens Genevois/Romand
- 180 Lega dei Ticinesi
- 190 Piratenpartei
- 996 Keine Partei
- 997 Andere
- 998 [Weiss nicht]
- 999 [Keine Antwort]

DEM7. Ich sollte noch eine Angabe zum Netto-Monatseinkommen Ihres Haushalts haben. Denken Sie dabei an Ihr eigenes Einkommen oder Ihre Rente, aber auch an das Einkommen oder die Rente von allfällig weiteren Personen in Ihrem Haushalt. Sie können sicher sein, dass die Angabe streng vertraulich und anonym behandelt wird. Ich nenne Ihnen jeweils eine Kategorie und einen Buchstaben hierzu. Nennen Sie mir einfach den zutreffenden Buchstaben...

- R - unter Fr. 3'000.-
- T - zwischen Fr. 3'000.- und 5'000.-
- H - zwischen Fr. 5'000.- und 7'000.-
- I - zwischen Fr. 7'000.- und 9'000.-
- B - zwischen Fr. 9'000.- und 11'000.-
- X - zwischen Fr. 11'000.- und 13'000.-
- A - zwischen Fr. 13'000.- und 15'000.-
- O – mehr als Fr. 15'000.-
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Damit wären wir schon am Schluss vom Interview. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie bei unserer Befragung mitgemacht haben und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend/Tag.

Französische Version 2016

Bonjour/Bonsoir, je suis ... de l'institut de recherche gfs.bern. Nous effectuons une étude scientifique pour le compte de l'Université de Zurich et de la fondation SD21. L'étude porte sur les règles et les lois qui règlementent les entreprises, ce qui nous concerne tous, surtout en tant que consommateur. Peu importe que vous vous soyez déjà intéressé ou non à ce sujet par le passé, c'est votre opinion personnelle qui est importante pour nous. Le sondage est anonyme et dure environ 12 minutes.

Questions sociodémographiques (I)

DEM2. Avez-vous le droit de vote au niveau fédéral ?

- Oui
- Non -> *fin du questionnaire*

DEM0. Combien de personnes de plus de 18 ans vivent dans votre ménage (vous y compris) ?

DEM1. Quel âge avez-vous ?

Impressions générales sur la réglementation

Nous aimerions tout d'abord savoir ce que vous pensez des interventions de l'Etat dans l'économie. Il s'agit plus précisément des lois et des normes règlementant le travail des entreprises.

RA1. Etes-vous pour une Suisse dans laquelle l'Etat intervient fortement dans l'économie, ou pour une Suisse dans laquelle on se repose entièrement sur le libre marché ? [2]

- 01 Pour une Suisse dans laquelle l'Etat intervient fortement
- 02 Ni l'un, ni l'autre
- 03 Pour une Suisse dans laquelle on se repose entièrement sur le libre marché
- 98 [Ne sait pas]
- 99 [Pas de réponse]

Etes-vous plutôt pour ou fortement pour ?

- 01 plutôt pour
- 02 fortement pour
- 98 [Ne sait pas]
- 99 [Pas de réponse]

RA2. La réglementation étatique de l'économie a différents objectifs. Dites-moi, svp, pour chaque proposition, quelle importance ont les lois et règlements ayant les objectifs suivants :

[Lire 1^{er} élément]

Trouvez-vous cela : très important, important, peu important ou pas du tout important

1. Les lois et les règlements visant la protection de la santé de la population
2. Les lois et les règlements visant une concurrence loyale
3. Les lois et les règlements visant la protection de l'environnement
4. Les lois et les règlements visant à une meilleure information et protection du consommateur

(Lire après la lecture du premier élément, ensuite seulement si nécessaire)

Trouvez-vous cela :

- Très important
- Important
- Peu important
- Pas du tout important
- [ne sait pas]
- [pas de réponse]

RA3. Regardons la situation actuelle en Suisse : Comment évaluez-vous l'ampleur de la réglementation étatique de l'économie. Y a-t-il beaucoup trop de règles, plutôt trop de règles, plutôt pas assez de règles, absolument pas assez de règles ou alors est-ce qu'il y en a juste ce qu'il faut ?

- Beaucoup trop
- Plutôt trop
- Juste ce qu'il faut
- Plutôt pas assez
- Absolument pas assez

- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

DEM5a. Pour la suite du questionnaire, nous aimerions encore savoir, quelle est votre occupation actuelle. [Commencer à lire; la première catégorie qui est juste, est choisie]

Interviewer : Attention, lorsque quelqu'un dit travailler moins de 5 heures, demandez-lui de préciser à quelle catégorie (03-08) il appartient.

- 01 Travail rémunéré à plein temps (40 h. et plus de travail rég. par semaine)
- 02 Travail rémunéré à temps partiel (5-39 h. de travail rég. par semaine)
- 03 En formation (apprenti, écolier/-ère, étudiant/-e)
- 04 Femme/homme au foyer
- 05 Rentier/ère AVS
- 06 Rentier/ère (AI)
- 07 Au chômage
- 08 Autre (formation complémentaire, congé)
- 98 [Ne sait pas]
- 99 [Pas de réponse]

RA4. Je vous énumère à présent quelques branches économiques. Veuillez m'indiquer pour chacune d'entre elles, si vous êtes en faveur de plus de réglementation étatique, de moins de réglementation ou si la réglementation actuelle est appropriée selon vous. [Lire également les exemples entre parenthèses]

[Lire 1^{er} élément]

Etes-vous en faveur de plus de réglementation, de moins de réglementation ou la réglementation actuelle vous semble appropriée ?

1. Dans le commerce de détail (magasins d'alimentation, boutiques de vêtements, magasins d'électroménager, etc.)
2. Dans le secteur des banques et des assurances
3. Sur Internet et dans le commerce en ligne
4. Dans le secteur de l'électricité (c'est-à-dire, la production et la distribution d'électricité)

(Lire après la lecture du premier élément, ensuite seulement si nécessaire)

- Pour plus de réglementation
- Pour moins de réglementation
- La réglementation actuelle est appropriée
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

(IF DEM5a=01 «Vollzeit erwerbstätig» OR 02 «Teilzeit erwerbstätig»: ASK RA5; IF DEM5a=ELSE: GO TO INT1)

RA5. Et qu'en est-il dans votre branche ? Etes-vous en faveur de plus de réglementation, de moins de réglementation ou la réglementation actuelle vous semble appropriée.

- Pour plus de réglementation
- Pour moins de réglementation
- La réglementation actuelle est appropriée
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

INT1. A quelle fréquence, si tel est le cas, discutez-vous de questions de politique économique avec vos amis et vos connaissances ?

- Jamais
- Une fois par mois ou moins
- Quelques fois par mois
- Quelques fois par semaine
- Pratiquement tous les jours ou tous les jours
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

Arguments et priorités

ARG1. Nous avons réuni une série d'arguments sur l'intervention de l'Etat dans l'économie et la réglementation des entreprises en Suisse. Veuillez m'indiquer si vous êtes...

- Tout à fait d'accord
- Plutôt d'accord
- Plutôt pas d'accord
- Pas du tout d'accord
- [ne sait pas]
- [pas de réponse]

(Au début lire la liste de réponse, ensuite répéter seulement si nécessaire)

1. La réglementation étatique empêche la croissance économique et menace l'emploi.
2. Afin d'assurer la sécurité de la population et de protéger l'environnement, il est nécessaire d'avoir des réglementations sévères pour les entreprises.
3. Les normes étatiques régulant l'économie restreignent la liberté de la population.
4. Pour soulager l'économie, la Suisse devrait réduire la bureaucratie pour les entreprises. [1]

ARG2. Dans la vie quotidienne, nous devons souvent choisir entre différents points de vue. Je vous donne maintenant à chaque fois deux points de vue, dites-moi avec lequel vous êtes plutôt d'accord.

1. Lorsqu'une branche économique fait face à des problèmes : Les associations professionnelles devraient-elles établir elles-mêmes des règles contraignantes ? Ou alors l'Etat devrait-il intervenir et établir les règles ?
2. Lors de la conception des réglementations, la protection du consommateur devrait être une priorité ? Ou alors les prix bas ainsi que la richesse de l'offre sont plus importants ?
3. De manière générale, la réglementation de l'économie devrait être uniforme dans toute la Suisse ? Ou alors devrait-elle être adaptée aux réalités locales et cantonales ?
4. Sur internet, la plus grande offre possible de services novateurs et gratuits devrait être une priorité ? Ou alors la protection des données personnelles est plus importante ?

Etes-vous d'accord avec le premier ou le deuxième point de vue ?

- Le premier point de vue
- Le deuxième point de vue
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

Dans quelle mesure êtes-vous d'accord avec ce point de vue ?

- Tout à fait d'accord, ou
- Plutôt d'accord
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

Préférences lors de mesures réglementaires concrètes

A présent, nous aimerions connaître votre avis par rapport à quelques mesures réglementaires concrètes.

Pour chaque proposition êtes-vous très favorable, plutôt favorable, plutôt opposé ou très opposé ?
(Lire pour le premier élément, répéter seulement si nécessaire)

- Très favorable
- Plutôt favorable
- Plutôt opposé
- Très opposé
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

PR1. Les petites boucheries et boulangeries employant moins de 10 employés doivent se conformer à moins de contrôles alimentaires réglementés et coûteux que les grandes entreprises.

PR2. Variante A : Pour la protection de la jeunesse, la publicité pour les cigarettes et le tabac devraient être totalement interdite en Suisse.

❖ **Variante B :** La publicité pour les cigarettes et le tabac devraient être totalement interdite en Suisse.

PR3. Les horaires d'ouverture des magasins devraient être libéralisés, afin que chaque commerce puisse décider lui-même, jusqu'à quelle heure il est possible de faire ses courses le soir.

PR6. La question de la reprise des règlements et directives de l'Union européenne en Suisse se pose fréquemment, à cause des échanges économiques étroits entretenus avec les Etats membres. Qu'en pensez-vous ? Les règles en matière de sécurité alimentaire en Suisse devraient être plus sévères, aussi sévères ou moins sévères que dans l'Union européenne ?

- Plus sévères
- Aussi sévères
- Moins sévères
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

PR5a. Les lois réglementant le secteur des banques et des assurances sont actuellement en révision. Si vous deviez décider d'une nouvelle mesure de protection du consommateur, laquelle choisiriez-vous en premier lieu ?

4. Un renforcement du devoir d'informer concernant les risques liés aux produits financiers
 5. Une interdiction de vente de produits financiers particulièrement risqués
 6. Des démarches juridiques facilitées pour les clients privés en cas de litige
- [Pas de réponse]
 - [Ne sait pas]

PR5b. Et quelle mesure viendrait en deuxième position selon vous ? *[lire les deux options restantes]*

PR4a. La politique énergétique suisse a pour objectif l'augmentation de l'efficacité énergétique. Parmi les trois propositions suivantes, quelle mesure d'économie d'énergie lors de l'achat de nouveaux appareils électroménagers choisiriez-vous en premier lieu ? *[Exemple « étiquette-énergie » entre parenthèses doit toujours être lu]*

4. Informer les consommateurs lors de l'achat sur la consommation d'énergie (p. ex. avec les étiquettes-énergie).
 5. Subventionner l'achat d'appareils consommant particulièrement peu d'énergie.
 6. Interdire la vente d'appareils ne remplissant pas les exigences minimales d'efficacité énergétique.
- [Pas de réponse]
 - [Ne sait pas]

PR4b. Et quelle mesure viendrait en deuxième position selon vous ? *[lire les deux options restantes]*

Compétences des acteurs

Nous arrivons à l'avant-dernière partie du sondage.

AK1. Lorsqu'il s'agit de savoir si l'Etat doit intervenir dans l'économie et comment la réglementation des entreprises doit être conçue : considérez-vous que...

[Lire 1^{er} élément]

... est/sont très compétente/s, plutôt compétente/s, peu compétente/s ou pas du tout compétente/s en la matière ?

4. L'administration
5. Les entreprises
6. Les partis politiques

(Lire après le premier élément, ensuite seulement si nécessaire)

Concernant ces questions, vous la/les considérez :

- Très compétent(e/s)
- Plutôt compétent(e/s)
- Peu compétent(e/s)
- Pas du tout compétent(e/s)
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

AK2. Et à votre avis, quel est le parti politique le plus qualifié pour traiter de ce thème, c'est-à-dire l'intervention de l'Etat dans l'économie et la conception de la réglementation pour les entreprises ? *[Ne pas lire les catégories de réponse]*

- Utiliser les catégories de réponses de DEM6 ci-dessous

Questions sociodémographiques (II)

Pour terminer, encore quelques questions pour nous aider à mieux analyser vos réponses.

DEM4. Quelle est la formation la plus élevée que vous avez achevée, ou quel est le diplôme le plus élevé que vous avez obtenu ?
[Ne pas lire les catégories de réponse]

- 01 Aucune formation scolaire
- 02 Ecole primaire
- 03 Ecole secondaire, cycle
- 05 Apprentissage, école professionnelle, école des métiers
- 07 Ecole supérieure de commerce, diplôme de commerce
- 08 Maturité professionnelle
- 09 Ecole conduisant à la maturité/baccalauréat (gymnase/collège/école normale etc.)
- 10 Formation professionnelle supérieure avec brevet fédéral ou diplôme fédéral (ou diplôme de maîtrise)
- 11 Ecoles techniques ou écoles techniques supérieures, écoles professionnelles supérieures
- 12 Haute école spécialisée (HES), Haute école pédagogique (HEP)
- 13 Université, Ecole polytechnique fédérale
- 98 [Ne sait pas]
- 99 [Pas de réponse]

IF DEM5a=01 Vollzeit erwerbstätig OR 02 Teilzeit erwerbstätig: ASK DEM5b & DEM5c & DEM5d & DEM5e

IF DEM5a= 05 Rentner (AHV) OR 06 Rentner (IV) OR 07 Arbeitslos OR 08 Anderes: GO TO DEM5b_VORHERIGER_BERUF

IF DEM5a=04 Hausfrau OR DEM5a=03 in Ausbildung OR 98 DK OR 99 NA: GO TO DEM6

DEM5b. Quelle est votre situation professionnelle ? Etes-vous ... [Lire les catégories de réponse]

- 01 Employé(e) sans fonction de cadre
- 03 Employé(e) avec fonction de cadre
- 02 Employé(e) et membre de la direction (ev. avec fonction de cadre)
- 04 Indépendant(e)
- 08 [Ne sait pas]
- 09 [Pas de réponse]

Si la personne interrogée a plusieurs emplois, nous prenons en compte ici et pour les questions suivantes seulement l'occupation principale (celle avec le taux d'occupation le plus élevé). « Employé(e) avec fonction de cadre » = être responsable de la supervision et du contrôle du travail d'autres personnes (sans compter les apprentis)

❖ Variante DEM5b_VORHERIGER_BERUF: Quelle était votre situation professionnelle, lorsque vous avez travaillé pour la dernière fois ? [Lire les catégories de réponse]

- Catégorie de réponse supplémentaire dans cette variante : «07 pas d'activité professionnelle antérieure »

IF DEM5b_VORHERIGER_BERUF=07 «keine vorherige Berufstätigkeit»: GO TO DEM6

IF DEM5b_VORHERIGER_BERUF=ELSE: ASK DEM5c_VORHERIGER_BERUF & DEM5d_VORHERIGER_BERUF & DEM5e_VORHERIGER_BERUF

DEM5c. Combien de personnes votre entreprise emploie-t-elle au total, y compris vous-même ? [lire les catégories de réponse seulement si nécessaire]

- 1 personne
- 2 à 10 personnes
- 10 à 50 personnes
- 50 à 250 personnes
- 250 personnes ou plus
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

❖ Variante DEM5c_VORHERIGER_BERUF: Combien de personnes votre ancienne entreprise employait-elle au total, vous y compris ? [lire les catégories de réponse seulement si nécessaire ; dernière entreprise pour laquelle l'interviewé a travaillé]

- Mêmes catégories de réponse qu'en DEM5c

DEM5d. Travaillez-vous dans le secteur privé ou dans le secteur public ? [Lire les catégories de réponse seulement si nécessaire]

- 01 Secteur privé
- 02 Secteur public (Confédération, canton, commune)
- 03 Entreprises publiques ou entreprises mixtes (CFF, La Poste, Swisscom, RTS)
- 08 [Ne sait pas]
- 09 [Pas de réponse]

❖ Variante DEM5d_Variante_VORHERIGER_BERUF: Lors de votre dernier emploi, travailliez-vous dans le secteur privé ou dans le secteur public ? [Lire les catégories de réponse seulement si nécessaire]

- Mêmes catégories qu'en DEM5d

DEM5e. Dans quelle branche travaillez-vous ? [Coder la réponse en fonction de la réponse, ne pas lire les catégories de réponse]

- 01 Enseignement/Formation (Ecoles, universités etc.)
- 02 Agriculture et sylviculture
- 03 Industrie de transformation (p. ex. : ingénierie, chimie, production d'appareils et de produits alimentaires, etc.)
- 05 Bâtiment
- 06 Commerce et secteur des réparations
- 07 Hôtellerie (Restaurants, Hôtels)
- 08 Transports et communications (trafic ferroviaire inclus)
- 09 Banques et assurances
- 10 Secteur de l'immobilier, locations
- 11 Informatique et communication/Médias
- 12 Administration publique
- 13 Santé publique et services sociaux
- 98 Ne sait pas
- 99 Pas de réponse

❖ Variante DEM5e_VORHERIGER BERUF: Dans quelle branche avez-vous travaillé en dernier lieu ? [Coder la réponse en fonction de la réponse, ne pas lire les catégories de réponse]

- Mêmes catégories qu'en DEM5e

DEM6. De manière générale, quel parti politique correspond le mieux à vos propres opinions de par ses objectifs et ses revendications ? [Ne pas lire les catégories de réponse] [2]

- 040 UDC - Union Démocratique du Centre
- 030 PS - Parti socialiste
- 010 PLR - Les Libéraux-Radicaux / parti libéral
- 020 PDC - Parti démocrate-chrétien
- 110 PBD - Parti Bourgeois-Démocratique
- 120 Les Verts; Parti Ecologiste; Mouvement écologiste
- 130 PVL - Vert'libéraux
- 070 PEV - Parti évangélique populaire suisse
- 080 PCS - Parti chrétien-social
- 090 PdT - Parti du Travail
- 091 POP - Parti Ouvrier et Populaire, POP & Gauche en mouvement
- 093 SolidaritéS / AL – Alternative Linke / Alternative Liste
- 160 UDF - Union démocratique fédérale
- 171 MCR - Mouvement Citoyens Genevois/Romand
- 180 La Lega (dei Ticinesi)
- 190 Parti pirate
- 996 Aucun parti
- 997 Autre
- 998 Ne sait pas
- 999 Pas de réponse

DEM7. J'aimerais encore avoir quelques informations concernant le revenu mensuel net de votre ménage. Pensez à votre propre revenu ou à votre retraite, ainsi qu'aux revenus de tous les autres membres de votre ménage. Nous vous assurons que ces informations seront anonymisées et traitées de manière strictement confidentielle. Je vous énumère à présent différentes catégories, qui sont associées à une lettre de l'alphabet. Veuillez simplement me dire la lettre correspondant à votre situation.

- 01 R – Moins de 3'000 CHF
- 02 T – Entre 3'000 et 5'000 CHF
- 03 H – Entre 5'000 et 7'000 CHF
- 04 I – Entre 7'000 et 9'000 CHF
- 05 B – Entre 9'000 et 11'000 CHF
- 06 X – Entre 11'000 et 13'000 CHF
- 07 A – Entre 13'000 et 15'000 CHF
- 08 O - Plus de 15'000 CHF
- 98 Ne sait pas
- 99 Pas de réponse

Nous avons à présent terminé le sondage. Je vous remercie d'y avoir participé et vous souhaite une bonne journée/soirée.

Deutsche Version CATI 2020

Guten Tag/Abend, da ist ... vom Forschungsinstitut gfs.bern. Wir machen eine wissenschaftliche Studie im Auftrag der Universität Zürich. Das Thema sind gesetzliche Regeln und Vorschriften für Unternehmen, die uns ja alle betreffen, speziell auch als Konsumentinnen und Konsumenten. Unabhängig davon, wie Sie über das Thema denken und ob sich damit schon beschäftigt haben, ist es für uns sehr wichtig, Ihre persönliche Meinung dazu wissen. Die Befragung ist anonym und dauert xx Minuten.

Soziodemographische Fragen (I)

DEM2. Sind Sie auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

- Ja
- Nein -> führt zu Abschluss der Befragung

DEM1. Darf ich fragen, wie alt Sie sind?

Einstellungen Regulierung allgemein

Wir möchten zuerst wissen, was Sie über staatliche Eingriffe in die Wirtschaft denken. Genauer gesagt geht es um all die Gesetze und Vorschriften, die regeln, wie sich Unternehmen zu verhalten haben.

RA1. Ganz allgemein, sind Sie für eine Schweiz, wo der Staat stark in die Wirtschaft eingreift, oder für eine Schweiz, wo man sich voll auf den freien Markt verlässt? [1]

- 01 Für eine Schweiz, wo der Staat stark eingreift
- 02 Weder noch
- 03 Für eine Schweiz, wo der Markt bestimmt
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

(IF RA1=01 OR 03: ASK RA1_b; IF RA1=03, 98 OR 99: GO TO RA2)

Sind Sie eher dafür oder stark dafür?

- 01 Eher dafür
- 02 stark dafür
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

RA2. Staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft haben unterschiedliche Ziele. Bitte sagen Sie mir jeweils, für wie wichtig Sie Gesetze und Vorschriften mit den folgenden Zielen halten:

[1. Item vorlesen]

Finden Sie diese: Sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, oder gar nicht wichtig?

1. Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung
2. Gesetze und Vorschriften um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen
3. Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Umwelt
4. Gesetze und Vorschriften für eine bessere Information und den Schutz der Konsumenten

(Nach erstem Item der Batterie vorlesen, danach nur, wenn nötig)

Finden sie diese:

- sehr wichtig
- wichtig
- weniger wichtig
- gar nicht wichtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

RA3. Und jetzt zur aktuellen Situation in der Schweiz: Wie schätzen Sie das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft ein? Gibt es da viel zu viele Regeln und Vorschriften, eher zu viele, eher zu wenige, viel zu wenige; oder ist das Ausmass gerade richtig?

- Viel zu viele
- Eher zu viele
- Gerade richtig
- Eher zu wenige
- Viel zu wenige
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

DEM5a. Für die späteren Fragen sollten wir noch wissen, was Ihre aktuelle Beschäftigungssituation ist. Sind Sie... *(vorlesen beginnen; erste Kategorie, welche zutrifft, wird gewählt)*

- 01 Vollzeit erwerbstätig (40 Stunden und mehr pro Woche)
- 02 Teilzeit erwerbstätig (5-39 Stunden pro Woche)
- 03 In Ausbildung (Lehrling, Schüler/-in, Student/-in)
- 04 Aktuell nicht-erwerbstätig
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

RA4. Ich nenne Ihnen jetzt einige Wirtschaftsbereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie für den genannten Bereich mehr staatliche Regeln und Vorschriften oder weniger staatliche Regeln und Vorschriften befürworten, oder ob das aktuelle Ausmass gerade richtig ist. *Beispiele in Klammern immer auch vorlesen*

[1. Item vorlesen]

Sind Sie da: für mehr staatliche Regeln und Vorschriften, für weniger staatliche Regeln und Vorschriften, oder ist das Ausmass gerade richtig?

5. Im Detailhandel (Lebensmittel- und Kleiderläden, Elektrogeschäfte etc.)
6. Bei Banken und Versicherungen
7. Beim Online-Handel
8. Bei der Elektrizitätswirtschaft (also Produktion und Vertrieb von Strom)
9. In Bezug auf den Schutz von den Arbeitnehmenden (z.B. Arbeitszeiterfassung)
10. Bei Arzneimitteln
11. Bei Mieten

(Nach erstem Item vorlesen, danach nur, wenn nötig)

- für mehr staatliche Regeln und Vorschriften
- für weniger staatliche Regeln und Vorschriften
- Ausmass gerade richtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

(IF DEM5a=01 «Vollzeit erwerbstätig» OR 02 «Teilzeit erwerbstätig»: ASK RA5; IF DEM5a=ELSE: GO TO ARG1)

RA5. Und wie ist das in der Branche, in welcher Sie selber tätig sind? Sind Sie da: für mehr staatliche Regeln und Vorschriften, für weniger staatliche Regeln und Vorschriften, oder ist das Ausmass gerade richtig?

- für mehr staatliche Regeln und Vorschriften
- für weniger staatliche Regeln und Vorschriften
- Ausmass gerade richtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Argumente und Prioritäten

ARG1. Über Staatseingriffe in die Wirtschaft und die Regulierung von Unternehmen in der Schweiz gibt es unterschiedliche Ansichten. Geben Sie bitte an, was sie von den folgenden Ansichten halten.

Sind sie da jeweils

- sehr einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden, oder
- gar nicht einverstanden?
- [Weiss nicht/kann sich nicht entscheiden]
- [Keine Antwort]

(Zu Beginn vorlesen, danach nur falls nötig wiederholen)

5. Staatliche Regeln und Vorschriften behindern das Wirtschaftswachstum und bedrohen Arbeitsplätze.
6. Zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Schutz der Umwelt benötigen wir strenge staatliche Regeln und Vorschriften für die Unternehmen.
7. Gesetze und Vorschriften für die Wirtschaft schränken die Freiheit der Bevölkerung ein.
8. Um die Wirtschaft zu entlasten, sollte die Schweiz die Bürokratie für Unternehmen abbauen. [1]

ARG2. Im Alltag muss man sich oft zwischen unterschiedlichen Standpunkten entscheiden. Ich sage Ihnen im Folgenden jeweils zwei Standpunkte zu einer Frage oder einer Problematik und Sie sagen mir, welchem Sie eher zustimmen.

5. Wenn es Probleme in einer Wirtschaftsbranche gibt: Sollten dann eher die Branchenverbände selber verbindliche Regeln festlegen? Oder sollte eher der Staat eingreifen und Vorschriften machen?
6. Sollte bei der Festlegung staatlicher Regeln und Vorschriften der Schutz der Konsumenten an erster Stelle stehen? Oder sind der tieferer Preis und das grössere Angebot wichtiger?
7. Allgemein gesehen, sollten staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft eher in der ganzen Schweiz einheitlich sein? Oder sollten sie eher den kantonalen und lokalen Gegebenheiten angepasst werden?
8. Im Internet, sollte da das möglichst grosse Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen an erster Stelle stehen? Oder ist der Schutz der persönlichen Daten wichtiger?

Stimmen Sie dem ersten oder dem zweiten Standpunkt zu?

- erster Standpunkt
- zweiter Standpunkt
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Präferenzen konkrete Regulierungsmassnahmen

Jetzt möchten wir noch Ihre Meinung zu einigen ganz konkreten staatliche Regeln und Vorschriften wissen.

Sind Sie da jeweils 'sehr dafür', 'eher dafür', 'eher dagegen' oder 'sehr dagegen'?

(Für erstes Item vorlesen, danach nur falls nötig wiederholen)

- Sehr dafür
- Eher dafür
- Eher dagegen
- Sehr dagegen
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

PR1. Kleine Metzgereien und Bäckereien mit unter 10 Mitarbeitern sollten weniger aufwändige Lebensmittelkontroll-Vorschriften befolgen müssen als Grossbetriebe.

Hier A/B-Test (50% Variante A; 50% Variante B):

PR2. *Variante A:* Wegen des Jugendschutzes sollte die Zigaretten- und Tabakwerbung in der Schweiz ganz verboten werden.

❖ *Variante B:* Die Zigaretten- und Tabakwerbung sollte in der Schweiz ganz verboten werden.

Hier A/B-Test (50% Variante A; 50% Variante B):

PR3. *Variante A:* Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit Geschäfte selber entscheiden können, wie lange man am Abend bei ihnen einkaufen kann.

Variante B: Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit die Konsumentinnen und Konsumenten auch am Abend einkaufen können.

PR6. Wegen den engen wirtschaftlichen Beziehungen mit den EU-Staaten stellt sich für die Schweiz regelmässig die Frage, wie stark sie EU-Regeln und Vorschriften übernehmen sollte. Was meinen Sie, sollten die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit in der Schweiz im Vergleich zur EU strenger, gleich streng oder weniger streng sein?

- Strenger
- Gleich streng
- Weniger streng
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

PR4a. Die Schweizer Energiepolitik hat eine höhere Energieeffizienz zum Ziel. Welche der folgenden drei Energiespar-Massnahmen bei neuen Haushaltsgeräten würden Sie an erster Stelle wählen? [*Beispiel «Energieetikette» in Klammern immer auch vorlesen*]

7. Die Konsumenten beim Kauf über den Energieverbrauch zu informieren (bspw. mit Energieetiketten).
8. Staatliche Zuschüsse beim Kauf von besonders energiesparenden Geräten.
9. Ein Verkaufsverbot von Geräten, welche die Mindestanforderungen bei der Energieeffizienz nicht erfüllen.
10. [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

PR4b. Und welche Massnahme kommt für Sie an zweiter Stelle? (*die verbliebenen zwei Optionen nochmals vorlesen*)

Akteurskompetenz

Und bereits sind wir beim letzten thematischen Frageblock.

AK1. Wenn es um die Frage geht, wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind: Für wie kompetent halten Sie da....

[1. Item vorlesen]

Halten Sie diese bei dieser Frage für: sehr kompetent, eher kompetent, wenig kompetent, oder gar nicht kompetent?

7. Die Verwaltung
8. die Unternehmen
9. die Parteien

(Nach erstem Item vorlesen, danach nur, wenn nötig)

Halten Sie diese bei dieser Frage für:

- sehr kompetent
- eher kompetent
- wenig kompetent
- gar nicht kompetent
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

AK2. Und welches ist Ihrer Meinung nach die kompetenteste politische Partei bei diesem Thema, also wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind? *Antwortkategorien nicht vorlesen*

- Antwortkategorien von DEM6

Soziodemographische Fragen (II)

Zum Schluss noch einige allgemeine Fragen, die uns helfen, Ihre Antworten besser auszuwerten.

DEM4. Welches ist die höchste Ausbildung oder der höchste Abschluss, den Sie gemacht haben? *Antwortkategorien nicht lesen*

- 01 obligatorische Schule
- 02 Berufslehre, Berufsschule, Handelsschule, Handelsdiplom
- 03 Berufsmatura, Maturitätsschule, Gymnasium, Lehrerseminar
- 04 Höhere Berufsbildung/ Höhere Fachschule (HF)
- 05 Universität, ETH, Fachhochschule
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

(IF DEM5a=01 Vollzeit erwerbstätig OR 02 Teilzeit erwerbstätig: ASK DEM5b & DEM5c & DEM5d & DEM5e

IF DEM5a= ELSE: GO TO DEM6)

DEM5b. Was ist Ihre berufliche Stellung? Sind sie... *Antwortkategorien vorlesen*

- 01 Angestellt ohne Vorgesetztenfunktion
- 03 Angestellt mit Vorgesetztenfunktion
- 02 Angestellt und Mitglied der Geschäftsleitung (ev. mit Vorgesetztenfunktion)
- 04 Selbständig erwerbend
- 08 [Weiss nicht]
- 09 [Keine Antwort]

Falls die befragte Person mehrere Jobs hat, ist bei dieser und den folgenden Fragen zur beruflichen Tätigkeit immer der Haupterwerb (mit dem grössten Pensum) relevant. Geschäftsleitung=Direktion; «angestellt mit Vorgesetztenfunktion»= verantwortlich für die Überwachung und die Arbeitskontrolle von anderen Personen (aber ohne Lehrlinge)

DEM5c. Wie viele Personen beschäftigt Ihr Unternehmen insgesamt (Sie miteingeschlossen)? *(Kategorien nur falls nötig vorlesen)*

- 1 Person
- 2 bis 10 Personen
- 10 bis 50 Personen
- 50 bis 250 Personen
- 250 oder mehr Personen
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

DEM5d. Arbeiten Sie in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Hand? *(Antwortkategorien nur falls nötig vorlesen)*

- 01 Privatwirtschaft
- 02 Öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden)
- 03 Staatseigene oder gemischtwirtschaftliche Betriebe (wie SBB, Post, Swisscom, SRG)
- 08 [Weiss nicht]
- 09 [Keine Antwort]

❖

DEM5e. In welcher Branche sind sie tätig? *(Antwort entsprechend codieren, Antwortkategorien nicht vorlesen)*

- 01 Bildungswesen (Schulen, Universität etc.)
- 02 Landwirtschaft und Forstwirtschaft
- 03 Industrie und verarbeitendes Gewerbe (z.B. Maschinenbau; Chemie; Fertigung von Geräten und Lebensmitteln etc.)
- 05 Baugewerbe
- 06 Handel und Reparaturgewerbe (mit Detailhandel)
- 07 Gastgewerbe (Restaurants, Hotels)
- 08 Transport und Verkehr (auch Bahn)
- 09 Banken und Versicherungen
- 10 Immobilien, Vermietung
- 11 Informatik und Kommunikation/Medien
- 12 öffentliche Verwaltung
- 13 Gesundheits- und Sozialwesen
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

DEM6. Ganz allgemein, welche politische Partei entspricht in den Zielen und Forderungen am ehesten ihren eigenen Ansichten und Wünschen? *nicht vorlesen, nur entsprechend codieren [2]*

- 040 SVP - Schweizerische Volkspartei
- 030 SP - Sozialdemokratische Partei
- 010 FDP/Die Liberalen - Freisinnig-Demokratische Partei / Liberale Partei

- 020 CVP - Christlichdemokratische Volkspartei
- 110 BDP - Bürgerlich-Demokratische Partei
- 120 GP - Grüne, Grüne Partei, Grünes Bündnis
- 130 GLP - Grünliberale Partei
- 070 EVP - Evangelische Volkspartei
- 080 CSP - Christlich-soziale Partei
- 090 PdA - Partei der Arbeit
- 091 POP - Parti Ouvrier et Populaire, POP & Gauche en mouvement
- 093 AL – Alternative Linke / Alternative Liste / solidarités
- 160 EDU - Eidgenössisch-Demokratische Union
- 171 MCR - Mouvement Citoyens Genevois/Romand
- 180 Lega dei Ticinesi
- 190 Piratenpartei
- 996 Keine Partei
- 997 Andere
- 998 [Weiss nicht]
- 999 [Keine Antwort]

DEM7. Ich sollte noch eine Angabe zum Netto-Monatseinkommen Ihres Haushalts haben. Denken Sie dabei an Ihr eigenes Einkommen oder Ihre Rente, aber auch an das Einkommen oder die Rente von allfällig weiteren Personen in Ihrem Haushalt. Sie können sicher sein, dass die Angabe streng vertraulich und anonym behandelt wird. Ich nenne Ihnen jeweils eine Kategorie und einen Buchstaben hierzu. Nennen Sie mir einfach den zutreffenden Buchstaben...

- R - unter Fr. 3'000.-
- T - zwischen Fr. 3'000.- und 5'000.-
- H - zwischen Fr. 5'000.- und 7'000.-
- I - zwischen Fr. 7'000.- und 9'000.-
- B - zwischen Fr. 9'000.- und 11'000.-
- X - zwischen Fr. 11'000.- und 13'000.-
- A - zwischen Fr. 13'000.- und 15'000.-
- O – mehr als Fr. 15'000.-
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Damit wären wir schon am Schluss vom Interview. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie bei unserer Befragung mitgemacht haben und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend/Tag.

Version française CATI 2020

Bonjours, Bonsoir, je suis ... de l'institut de recherche gfs.bern. Nous effectuons une étude scientifique commandée par l'Université de Zurich. Cette enquête s'intéresse aux règles et aux réglementations juridiques pour les entreprises qui concernent tout le monde, en particulier les consommateurs. Quelle que soit votre opinion et votre connaissance du sujet, il est très important pour nous de connaître votre opinion personnelle. L'enquête est anonyme et dure environ xx minutes.

Questions sociodémographiques (I)

DEM2. Avez-vous le droit de vote au niveau fédéral ?

- Oui
- Non -> mène à la conclusion de l'entretien

DEM1. Quel âge avez-vous ?

Réglementation des paramètres en général

Nous aimerions tout d'abord savoir ce que vous pensez des interventions de l'État dans l'économie. Il s'agit plus précisément des lois et des normes réglementant le travail des entreprises.

RA1. Êtes-vous pour une Suisse dans laquelle l'État intervient fortement dans l'économie, ou pour une Suisse dans laquelle on se repose entièrement sur le marché libre ? [1]

- 01 Pour une Suisse dans laquelle l'État intervient fortement
- 02 Ni l'un, ni l'autre
- 03 Pour une Suisse dans laquelle on se repose entièrement sur le libre marché
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

(IF RA1=01 OR 03: ASK RA1_b; IF RA1=03, 98 OR 99: GO TO RA2)

Êtes-vous plutôt pour ou fortement pour ?

- 01 Plutôt pour
- 02 Fortement pour
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

RA2. Les réglementations étatiques de l'économie ont différents objectifs. Dites-moi, svp, pour chaque proposition, quelle importance ont les lois et règlements ayant les objectifs suivants :

[Lire 1er élément]

Trouvez-vous cela : très important, important, peu important ou pas du tout important

1. Les lois et les règlements visant la protection de la santé de la population
2. Les lois et les règlements visant une concurrence loyale
3. Les lois et les règlements visant la protection de l'environnement
4. Les lois et les règlements visant à une meilleure information et protection du consommateur

[Lire après la lecture du 1er élément, ensuite seulement si nécessaire]

Trouvez-vous cela :

- Très important
- Important
- Peu important
- Pas du tout important
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

RA3. Regardons la situation actuelle en Suisse : Comment évaluez-vous l'ampleur des réglementations étatiques de l'économie? Y-a-t-il beaucoup trop de règles, plutôt trop de règles, plutôt pas assez de règles, aboutement pas assez de règles ou alors est-ce qu'il y en a juste ce qu'il faut ?

- Beaucoup trop
- Plutôt trop
- Juste ce qu'il faut
- Plutôt pas assez
- Absolument pas assez
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

DEM5a. Pour la suite de questionnaire, nous aimerons encore savoir, quelle est votre occupation actuelle ?

[Commencer à lire, la première catégorie qui est juste, est choisi.]

- 01 Travail rémunéré à plein temps (40 heures ou plus par semaine)
- 02 Travail rémunéré à temps partiel (5-39 heures par semaine)
- 03 En formation (apprenti, élève, étudiant)
- 04 Actuellement pas d'activité lucrative
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

RA4. Je vous énumère à présent quelques branches économiques. Veuillez m'indiquer, pour chacune d'entre elles, si vous êtes en faveur de plus de réglementations étatiques, de moins de réglementations ou si les réglementations actuelles sont appropriées selon vous. *[Lire également les exemples entre parenthèses]*

[Lire 1er élément]

Êtes-vous en faveur de plus de réglementations, de moins de réglementations ou les réglementations actuelles vous semble appropriées ?

12. Dans le commerce de détail (épiceries et magasins de vêtements, magasins d'électricité, etc.)
13. Les banques et les compagnies d'assurance
14. Le commerce en ligne
15. L'industrie de l'électricité (c'est-à-dire la production et la distribution d'électricité)
16. La protection des salariés (enregistrement du temps de travail)
17. Les médicaments
18. Le loyers résidentiels

[Lire après la lecture du premier élément, ensuite seulement si nécessaire]

- Pour plus de réglementations
- Pour moins de réglementations
- Les réglementations actuelles sont appropriées
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

(IF DEM5a=01 « employé à temps plein » OR 02 « travailler à temps partiel »: ASK RA5; IF DEM5a=ELSE: GO TO ARG1)

RA5. Quelle est la situation de la branche dans laquelle vous êtes vous-même actif ? Êtes-vous en faveur de plus de réglementations étatiques, de moins de réglementations ou si les réglementations actuelles sont appropriées selon vous ?

- Pour plus de réglementations
- Pour moins de réglementations
- Les réglementations actuelles sont appropriées
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

Arguments et priorités

ARG1. Les avis divergent sur l'intervention de l'État dans l'économie et les réglementations des entreprises en Suisse. Nous avons réuni quatre de ces points. Veuillez m'indiquer si vous êtes ...

- Tout à fait d'accord
- Plutôt d'accord
- Plutôt pas d'accord
- Pas du tout d'accord
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

[Au début lire la liste de réponse, ensuite répéter seulement si nécessaire]

1. Les réglementations étatiques empêchent la croissance économique et menacent l'emploi.
2. Afin d'assurer la sécurité de la population et de protéger l'environnement, il est nécessaire d'avoir des réglementations strictes pour les entreprises.
3. Les normes étatiques régulant l'économie restreignent la liberté de la population
4. Pour soulager l'économie, la Suisse devrait réduire la bureaucratie pour les entreprises. [1]

ARG2. Dans la vie quotidienne, nous devons souvent choisir entre différents points de vue. Je vous donne maintenant à chaque fois deux points de vue sur chaque question ou problème. Dites-moi avec lequel vous êtes plutôt d'accord.

9. Lorsqu'une branche économique fait face à des problèmes : Les organisations interprofessionnelles devraient-elles établir elles-mêmes des règles contraignantes. Ou alors l'État devrait-il intervenir et établir les règles ?
10. Lors de la conception des réglementations, la protection des consommateurs devrait être la première priorité ? Ou alors le prix le plus bas et l'offre sont plus importants ?
11. De manière générale, le champ d'application privilégié des règles et réglementations publiques pour l'économie devraient être uniformes dans toute la Suisse ? Ou alors devrait-elle être adaptés aux conditions cantonales et locales ?
12. Sur l'Internet, l'éventail le plus large possible de services innovants et gratuits devraient être une priorité ? Ou alors la protection des données à caractère personnel est plus importante ?

[Lire pour le 1er élément, répéter seulement si nécessaire]

Êtes-vous d'accord avec le premier ou le deuxième point de vue ?

- Le premier point de vue
- Le deuxième point de vue
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

Préfère des mesures réglementaires concrètes

À présent, nous aimerions connaître votre avis sur certaines mesures réglementaires concrètes. Pour chaque proposition, dites-moi si vous êtes "très favorable", "plutôt favorable", "plutôt opposé" ou "très opposé" ?

[Lire pour le 1ere élément, répéter seulement si nécessaire]

- Très favorable
- Plutôt favorable
- Plutôt opposé
- Très opposé
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

PR1. Les petites boucheries et boulangeries employant moins de 10 personnes doivent se conformer à moins de contrôles alimentaires réglementés et couteaux que les grandes entreprises.

PR2. Variante A : Pour la protection de la jeunesse, la publicité pour les cigarettes et le tabac devrait être totalement interdite en Suisse.

Variante B : La publicité pour les cigarettes et le tabac devrait être totalement interdite en Suisse.

PR3. Variante A : Les heures d'ouverture des magasins devraient être libéralisées afin que chaque commerce puisse décider lui-même jusqu'à quelle heure il est possible de faire ses courses le soir.

Variante B : Les heures d'ouverture des magasins devraient être libéralisées pour permettre aux consommateurs de faire leurs achats le soir.

PR6. La question de la reprise des règlements et directives de l'Union européenne en Suisse se pose fréquemment, à cause des échanges économiques étroits entretenus avec les États membres. Qu'en pensez-vous ? Les règles en matière de sécurité alimentaires en Suisse devraient être plus strictes, aussi strictes ou moins strictes que dans l'Union européenne ?

- Plus strictes
- Tout aussi strictes
- Moins strictes
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

PR4a. La politique énergétique suisse a pour objectif l'augmentation de l'efficacité énergétique. Parmi les trois propositions suivantes quelle mesure d'économie d'énergie lors de l'achat de nouveaux appareils électroménagers choisiriez-vous en premier lieu ? *[Exemple « étiquettes-énergie » entre parenthèses doit toujours être lu]*

1. Informer les consommateurs lors de l'achat sur la consommation d'énergie (p. ex. avec les étiquettes-énergie)
 2. Subventionner l'achat d'appareils consommant particulièrement peu d'énergie.
 3. Interdire la vente d'appareils ne remplissant pas les exigences minimales en matière d'efficacité énergétique.
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

PR4b. Et quelle mesure viendrait en deuxième position selon vous ? *(Lire les deux options restantes)*

Compétence des acteurs

Nous arrivons à l'avant-dernière partie du sondage.

AK1. Lorsqu'il s'agit de savoir comment l'État doit intervenir dans l'économie et comment la réglementation des entreprises doit être conçue. Considérez-vous ...

[Lire le 1er élément]

... *est/sont* très compétente/s, plutôt compétente/s, peu compétente/s ou pas du tout compétente/s en la matière ?

1. L'administration
2. Les entreprises
3. Les partis politiques

[Lire après 1er élément, ensuite seulement si nécessaire]

- Très compétent(e/s)
- Plutôt compétent(e/s)
- Peu compétent(e/s)
- Pas du tout compétent(e/s)
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

AK2. Et à votre avis, quel est le parti politique le plus qualifié pour traiter de ce thème, c'est-à-dire l'intervention de l'État dans l'économie et la conception de la réglementation pour les entreprises ? *[Ne pas lire les catégories de réponse]*

- *Utiliser les catégories de réponse de DEM6*

Questions sociodémographiques (II)

Pour terminer, quelques questions générales qui nous aideront à mieux évaluer vos réponses.

DEM4. Quel est le niveau d'études le plus élevé ou le diplôme le plus élevé que vous avez obtenu ?

- 01 école obligatoire
- 02 Apprentissage, école professionnelle, école de commerce, diplôme de commerce
- 03 Baccalauréat professionnel, école de maturité, lycée, séminaire de formation des enseignants
- 04 Formation professionnelle supérieure/ École supérieure technique (HF)
- 05 Université, ETH, Haute école spécialisée
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

(IF DEM5a=01 Travail rémunéré à plein temps OR 02 Travail rémunéré à temps partiel : ASK DEM5b & DEM5c & DEM5d & DEM5e

IF DEM5a= ELSE: GO TO DEM6)

DEM5b. Quel est votre statut professionnel ? Êtes-vous...

- 01 Employé sans fonction cadre
- 03 Employé avec une fonction cadre
- 02 Employé et membre de la direction (éventuellement avec une fonction supérieure)
- 04 Travailleurs indépendants
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

Si la personne interrogée a plusieurs emplois, nous prenons en compte ici et pour les questions suivantes seulement l'occupation principale (celle avec le taux d'occupation le plus élevé). Employé avec une fonction cadre = être responsable de la supervision et du contrôle du travail d'autres personnes (sans compter les apprentis).

DEM5c. Combien de personnes votre entreprise emploie-t-elle au total (y compris vous-même) ?

- 1 personne
- 2 à 10 personnes
- 10 à 50 personnes
- 50 à 250 personnes
- 250 personnes ou plus
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

DEM5d. Travaillez-vous dans le secteur privé ou dans le secteur public ?

- 01 Secteur privé
- 02 Secteur public (Confédération, cantons, communes)
- 03 Entreprises publiques ou entreprises mixtes (telles que CFF, Poste, Swisscom, SRG)
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

DEM5e. Dans quelle branche travaillez-vous ?

- 01 Enseignement/Formation (écoles, universités, etc.)
- 02 Agriculture et sylviculture
- 03 Industrie et fabrication (par exemple, construction mécanique, produits chimiques, fabrication d'équipements et de produits alimentaires, etc.)
- 05 Construction
- 06 Commerce et réparations (y compris le commerce de détail)
- 07 Hébergement et restauration (restaurants, hôtels)
- 08 Transport et trafic (trafic ferroviaire inclus)
- 09 Activités financières et assurances
- 10 Secteur de l'immobilier, locations
- 11 Technologies de l'information et des communications/médias
- 12 Administration publique
- 13 Santé et action sociale
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

DEM6. Plus généralement, quel est le parti politique qui correspond le mieux à vos propres vues et souhaits dans ses objectifs et sa vision ?

- 040 UDC - Union démocratique du centre
- 030 PS - Parti socialiste suisse
- 010 PLR - Parti libéral-radical
- 020 PDC - Parti démocrate-chrétien
- 110 PBD - Parti bourgeois-démocratique

- 120 PES - Les Verts
- 130 PVL - Vert'libéraux
- 070 PEV - Parti évangélique suisse
- 080 PCS – Centre gauche
- 090 PST - Parti suisse du Travail
- 091 POP - Parti Ouvrier et Populaire, POP & Gauche en mouvement
- 093 La Gauche / Liste alternative / solidaritéS
- 160 UDF - Union démocratique fédérale
- 171 MCR - Mouvement Citoyens Genevois/Romand
- 180 Lega dei Ticinesi
- 190 PPS - Parti Pirate Suisse
- 996 Pas de parti
- 997 Autre
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

DEM7. J'aimerais encore avoir quelques informations concernant le revenu mensuel net de votre ménage. Pensez à vos propres revenus ou à votre retraite, ainsi qu'aux revenus ou à la pension de toute autre personne de votre ménage. Nous vous assurons que ces informations seront anonymisée et traitées de manière strictement confidentielle. Je vous énumère à présent différentes catégories, qui sont associée à une lettre d'alphabet. Veuillez simplement me dire la lettre correspondante a votre situation ?

- 01 R - moins de Fr. 3'000.-
- 02 T - entre Fr. 3'000.- et 5'000.-
- 03 H - entre Fr. 5'000.- et 7'000.-
- 04 I - entre Fr. 7'000.- et 9'000.-
- 05 B - entre Fr. 9'000.- et 11'000.-
- 06 X - entre Fr. 11'000.- et 13'000.-
- 07 A - entre Fr. 13'000.- et 15'000.-
- 08 O - plus de Fr. 15'000.-
- 98 [Ne sait pas] / 99 [Pas de réponse]

Nous avons à présent terminé le sondage. Je vous remercie d'y avoir participé et vous souhaite une bonne journée / soirée.

Deutsche Version Online 2020

Vielen Dank, dass Sie die Zeit gefunden haben, an der nachstehenden Online-Befragung teilzunehmen. Die Befragung wird im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie im Auftrag der Universität Zürich durchgeführt. Das Thema sind gesetzliche Regeln und Vorschriften für Unternehmen, die alle betreffen, speziell auch die Konsumentinnen und Konsumenten. Unabhängig davon, wie Sie über das Thema denken und ob sich damit schon beschäftigt haben, ist es für uns sehr wichtig, Ihre persönliche Meinung zu erfahren. Die Befragung ist anonym und dauert rund acht Minuten.

Soziodemographische Fragen (I)

DEM2. Sind Sie auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

- Ja
- Nein -> führt zu Abschluss der Befragung

DEM1. Wie alt sind Sie?

Einstellungen Regulierung allgemein

Wir möchten zuerst wissen, was Sie über staatliche Eingriffe in die Wirtschaft denken. Genauer gesagt geht es um all die Gesetze und Vorschriften, die regeln, wie sich Unternehmen zu verhalten haben.

RA1. Ganz allgemein, sind Sie für eine Schweiz, in welcher der Staat stark in die Wirtschaft eingreift, oder für eine Schweiz, in welcher man sich voll auf den freien Markt verlässt? [1]

- 01 Für eine Schweiz, in welcher der Staat stark eingreift
- 02 Weder noch
- 03 Für eine Schweiz, in welcher der Markt bestimmt
- 98 [Weiss nicht] / 99 [Keine Antwort]

FILTER: Wenn 1 oder 3:

Sind Sie eher dafür oder stark dafür?

- 01 Eher dafür
- 02 stark dafür
- 98 [Weiss nicht] / 99 [Keine Antwort]

RA2. Staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft haben unterschiedliche Ziele. Bitte geben Sie jeweils an, für wie wichtig Sie Gesetze und Vorschriften mit den folgenden Zielen halten:

Wenn möglich: Matrix mit nachstehenden Items und den nachstehenden Antwortkategorien

1. Zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung
2. Um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen
3. Zum Schutz der Umwelt
4. Für eine bessere Information und den Schutz der Konsumenten

- sehr wichtig
- wichtig
- weniger wichtig
- gar nicht wichtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

RA3. Nun zur aktuellen Situation in der Schweiz: Wie schätzen Sie das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft ein?

- Viel zu viele
- Eher zu viele
- Gerade richtig
- Eher zu wenige
- Viel zu wenige
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

DEM5a. Was ist Ihre aktuelle Beschäftigungssituation?

- 01 Vollzeit erwerbstätig (40 Stunden und mehr pro Woche)
- 02 Teilzeit erwerbstätig (5-39 Stunden pro Woche)

- 03 In Ausbildung (Lehrling, Schüler/-in, Student/-in)
- 04 Aktuell nicht-erwerbstätig
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

RA4. Nachfolgend finden Sie einige Wirtschaftsbereiche aufgelistet. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie für den genannten Bereich mehr staatliche Regeln und Vorschriften oder weniger staatliche Regeln und Vorschriften befürworten, oder ob das aktuelle Ausmass gerade richtig ist.

Auch hier, wenn möglich, Matrix mit nachfolgenden Items und nachfolgenden Antwortkategorien:

19. Detailhandel (Lebensmittel- und Kleiderläden, Elektrogeschäfte etc.)
20. Banken und Versicherungen
21. Online-Handel
22. Elektrizitätswirtschaft (also Produktion und Vertrieb von Strom)
23. Schutz der Arbeitnehmenden (Arbeitszeiterfassung)
24. Arzneimittel
25. Mieten

- für mehr staatliche Regeln und Vorschriften
- für weniger staatliche Regeln und Vorschriften
- Ausmass gerade richtig
- [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

(IF DEM5a=01 «Vollzeit erwerbstätig» OR 02 «Teilzeit erwerbstätig»): ASK RA5; IF DEM5a=ELSE: GO TO ARG1)

RA5. Wie ist das in der Branche, in welcher Sie selber tätig sind? Sind Sie da für mehr staatliche Regeln und Vorschriften, für weniger staatliche Regeln und Vorschriften, oder ist das Ausmass gerade richtig?

- für mehr staatliche Regeln und Vorschriften
- für weniger staatliche Regeln und Vorschriften
- Ausmass gerade richtig
- [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

RA6. Wie denken Sie über die **Wirksamkeit** der staatlichen Regeln und Vorschriften in der Branche, in welcher Sie selber tätig sind? Sind diese staatliche Regeln und Vorschriften wirksam oder nicht?

- Sehr wirksam
- Ziemlich wirksam
- Wenig wirksam
- Überhaupt nicht wirksam
- [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

Argumente und Prioritäten

ARG1. Zu Staatseingriffen in die Wirtschaft und zur Regulierung von Unternehmen in der Schweiz gibt es unterschiedliche Ansichten. Nachstehend sind vier solcher Ansichten aufgeführt. Geben Sie bitte an, ob Sie mit den folgenden Ansichten einverstanden sind oder nicht.

Kommentar: Matrix mit nachstehenden Items und nachstehenden Antwortkategorien

9. Staatliche Regeln und Vorschriften behindern das Wirtschaftswachstum und bedrohen Arbeitsplätze.
10. Zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Schutz der Umwelt benötigen wir strenge staatliche Regeln und Vorschriften für die Unternehmen.
11. Gesetze und Vorschriften für die Wirtschaft schränken die Freiheit der Bevölkerung ein.
12. Um die Wirtschaft zu entlasten, sollte die Schweiz die Bürokratie für Unternehmen abbauen. [1]

Antwortkategorien:

- sehr einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden, oder
- gar nicht einverstanden?
- [Weiss nicht/kann sich nicht entscheiden] / [Keine Antwort]

ARG2. Im Alltag muss man sich oft zwischen unterschiedlichen Standpunkten entscheiden. Nachfolgend sind jeweils zwei Standpunkte zu einer Frage oder einer Problematik aufgeführt. Geben Sie bitte an, welchem der beiden Standpunkte Sie eher zustimmen.

Kommentar: Hier jeweils Frage und sodann zwei Standpunkte a) und b) mit untenstehenden Ausprägungen. Zudem: Randomisierung der Kategorien.

13. Wenn es Probleme in einer Wirtschaftsbranche gibt, wie soll eher darauf reagiert werden?
 - a. Standpunkt a) Die Branchenverbände sollen selber verbindliche Regeln festlegen.
 - b. Standpunkt b) Der Staat soll eingreifen und Vorschriften machen.
 - c. Weiss nicht.
14. Was sollte bei der Festlegung staatlicher Regeln und Vorschriften an erster Stelle stehen?
 - a. Standpunkt a) Der Schutz der Konsumenten.
 - b. Standpunkt b) Der tiefere Preis und das grössere Angebot.
 - c. Weiss nicht.
15. Allgemein gesehen, welchen Geltungsbereich sollten staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft eher haben?
 - a. Standpunkt a) Sie sollten in der ganzen Schweiz einheitlich sein.
 - b. Standpunkt b) Sie sollten den kantonalen und lokalen Gegebenheiten angepasst werden.
 - c. Weiss nicht.
16. Was sollte im Internet an erster Stelle stehen?
 - a. Standpunkt a) Das möglichst grosse Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen.
 - b. Standpunkt b) Der Schutz der persönlichen Daten.
 - c. Weiss nicht.

Präferenzen konkrete Regulierungsmassnahmen

Nun möchten wir noch Ihre Meinung zu einigen ganz konkreten staatliche Regeln und Vorschriften wissen. Bitte geben Sie für jede der nachfolgenden Regeln und Vorschriften an, ob Sie 'sehr dafür', 'eher dafür', 'eher dagegen' oder 'sehr dagegen' sind?

Kommentar: Hier Matrix mit nachstehenden Items und den nachstehenden Antwortkategorien

- Sehr dafür
- Eher dafür
- Eher dagegen
- Sehr dagegen
- [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

PR1. Kleine Metzgereien und Bäckereien mit unter 10 Mitarbeitern sollten weniger aufwändige Lebensmittelkontroll-Vorschriften befolgen müssen als Grossbetriebe.

PR2. *Variante A:* Wegen des Jugendschutzes sollte die Zigaretten- und Tabakwerbung in der Schweiz ganz verboten werden.

❖ *Variante B:* Die Zigaretten- und Tabakwerbung sollte in der Schweiz ganz verboten werden.

PR3. *Variante A:* Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit Geschäfte selber entscheiden können, wie lange man am Abend bei ihnen einkaufen kann.

Variante B: Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit die Konsumentinnen und Konsumenten auch am Abend einkaufen können.

PR4. Wegen den engen wirtschaftlichen Beziehungen mit den EU-Staaten stellt sich für die Schweiz regelmässig die Frage, wie stark sie EU-Regeln und Vorschriften übernehmen sollte. Was meinen Sie, sollten die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit in der Schweiz im Vergleich zur EU strenger, gleich streng oder weniger streng sein?

- Strenger
- Gleich streng
- Weniger streng
- [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

PR5. Die Schweizer Energiepolitik hat eine höhere Energieeffizienz zum Ziel. Welche der folgenden drei Energiespar-Massnahmen bei neuen Haushaltsgeräten würden Sie an erster und welche an zweiter Stelle wählen? [*Beispiel «Energieetikette» in Klammern immer auch vorlesen*]

11. Die Konsumenten beim Kauf über den Energieverbrauch zu informieren (bspw. mit Energieetiketten).
12. Staatliche Zuschüsse beim Kauf von besonders energiesparenden Geräten.
13. Ein Verkaufsverbot von Geräten, welche die Mindestanforderungen bei der Energieeffizienz nicht erfüllen.
- [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

PR6. Im Rahmen der parlamentarischen Behandlung der Totalrevision des CO₂-Gesetzes wurden verschiedene Massnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen diskutiert. Welche der folgenden drei Massnahmen würden Sie an erster und welche an zweiter Stelle setzen?

1. Flugticketabgabe von 30 bis 120 CHF pro Flug.
2. Ein Inlandflugverbot.
3. Ein Verbot von Ölheizungen in Altbauten.
4. [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

Präferenzen Regulierungsmassnahmen Conjoint

REG1. Wir möchten Ihre Meinung zu drei weiteren, ganz konkreten staatliche Regulierungsmassnahmen, die derzeit diskutiert werden, wissen. Bitte geben Sie für jede der nachfolgenden Regeln/ Vorschriften an, ob sie sie befürworten oder ob sie sie ablehnen.

Kommentar: Items a, b und c jeweils randomisieren (d.h. einem Drittel wird beispielsweise REG1a_a, einem weiteren Drittel REG1a_b und einem letzten Drittel REG1a_c vorgelegt.

REG1a_a	Ein Verbot fossiler Heizungen (Öl- und Erdgasheizungen).
REG1a_b	Ein Verbot fossiler Heizungen (Öl- und Erdgasheizungen), wenn sich dadurch die Wohnkosten um rund 5% erhöhen.
REG1a_b	Ein Verbot fossiler Heizungen (Öl- und Erdgasheizungen), wenn sich dadurch die Wohnkosten um rund 10% erhöhen.
REG1b_a	Ein <u>Verbot der Bodenhaltung</u> bei der Geflügelhaltung. Damit wäre die <u>Freilandhaltung</u> das neue gesetzliche Minimum, welches bei der Hühnerhaltung eingehalten werden muss.
REG1b_b	Ein <u>Verbot der Bodenhaltung</u> bei der Geflügelhaltung. Damit wäre die <u>Freilandhaltung</u> das neue gesetzliche Minimum, welches bei der Hühnerhaltung eingehalten werden muss. Allerdings würde der Preis für ein Ei dadurch von rund 40 auf neu rund 60 Rappen pro Ei steigen.
REG1b_c	Ein <u>Verbot der Bodenhaltung</u> bei der Geflügelhaltung. Damit wäre die <u>Freilandhaltung</u> das neue gesetzliche Minimum, welches bei der Hühnerhaltung eingehalten werden muss. Allerdings würde der Preis für ein Ei dadurch von rund 40 auf neu rund 70 Rappen pro Ei steigen.
REG1c_a	Ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion und in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.
REG1c_b	Nur solche Landwirtschaftsbetriebe sollen mit Direktzahlungen oder Subventionen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen.
REG1c_c	Ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion und in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wenn sich dadurch die Kosten für Schweizer Gemüse um rund 10 Prozent erhöhen (z.B. 1 Kilogramm Karotten von rund 1.10 CHF auf rund 1.20 CHF).

- Ich befürworte die Massnahme
- Ich lehne die Massnahme ab
- [Weiss nicht] / [Keine Antwort]

Akteurskompetenz

AK1. Wenn es um die Frage geht, wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind: Für wie kompetent halten Sie da....

Kommentar: Hier Matrix mit nachstehenden Items und den nachstehenden Antwortkategorien

10. Die Verwaltung
11. die Unternehmen
12. die Parteien

- sehr kompetent
- eher kompetent
- wenig kompetent
- gar nicht kompetent
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

AK2. Welches ist Ihrer Meinung nach die kompetenteste politische Partei, wenn es darum geht, wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind?

- Antwortkategorien von DEM6

Soziodemographische Fragen (II)

Zum Schluss noch einige allgemeine Fragen, die uns helfen, Ihre Antworten besser auszuwerten.

DEM4. Welches ist die höchste Ausbildung oder der höchste Abschluss, den Sie gemacht haben?

- 01 obligatorische Schule
- 02 Berufslehre, Berufsschule, Handelsschule, Handelsdiplom
- 03 Berufsmatura, Maturitätsschule, Gymnasium, Lehrerseminar
- 04 Höhere Berufsbildung/ Höhere Fachschule (HF)
- 05 Universität, ETH, Fachhochschule
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

(IF DEM5a=01 Vollzeit erwerbstätig OR 02 Teilzeit erwerbstätig: ASK DEM5b & DEM5c & DEM5d & DEM5e

IF DEM5a= 05 Rentner (AHV) OR 06 Rentner (IV) OR 07 Arbeitslos OR 08 Anderes: GO TO DEM5b_VORHERIGER_BERUF

IF DEM5a=04 Hausfrau OR DEM5a=03 in Ausbildung OR 98 DK OR 99 NA: GO TO DEM6)

DEM5b. Was ist Ihre berufliche Stellung? Sind sie...

- 01 Angestellt ohne Vorgesetztenfunktion
- 03 Angestellt mit Vorgesetztenfunktion
- 02 Angestellt und Mitglied der Geschäftsleitung (ev. mit Vorgesetztenfunktion)
- 04 Selbständig erwerbend
- 08 [Weiss nicht]
- 09 [Keine Antwort]

Falls die befragte Person mehrere Jobs hat, ist bei dieser und den folgenden Fragen zur beruflichen Tätigkeit immer der Haupterwerb (mit dem grössten Pensum) relevant. Geschäftsleitung=Direktion; «angestellt mit Vorgesetztenfunktion»= verantwortlich für die Überwachung und die Arbeitskontrolle von anderen Personen (aber ohne Lehrlinge)

DEM5c. Wie viele Personen beschäftigt Ihr Unternehmen insgesamt (Sie miteingeschlossen)?

- 1 Person
- 2 bis 10 Personen
- 10 bis 50 Personen
- 50 bis 250 Personen
- 250 oder mehr Personen
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

DEM5d. Arbeiten Sie in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Hand?

- 01 Privatwirtschaft
- 02 Öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden)
- 03 Staatseigene oder gemischtwirtschaftliche Betriebe (wie SBB, Post, Swisscom, SRG)
- 08 [Weiss nicht]
- 09 [Keine Antwort]

❖

DEM5e. In welcher Branche sind sie tätig?

- 01 Bildungswesen (Schulen, Universität etc.)
- 02 Landwirtschaft und Forstwirtschaft
- 03 Industrie und verarbeitendes Gewerbe (z.B. Maschinenbau; Chemie; Fertigung von Geräten und Lebensmitteln etc.)
- 05 Baugewerbe
- 06 Handel und Reparaturgewerbe (mit Detailhandel)
- 07 Gastgewerbe (Restaurants, Hotels)
- 08 Transport und Verkehr (auch Bahn)
- 09 Banken und Versicherungen
- 10 Immobilien, Vermietung
- 11 Informatik und Kommunikation/Medien
- 12 öffentliche Verwaltung
- 13 Gesundheits- und Sozialwesen
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

DEM6. Ganz allgemein, welche politische Partei entspricht in den Zielen und Forderungen am ehesten ihren eigenen Ansichten und Wünschen?

- 040 SVP - Schweizerische Volkspartei
- 030 SP - Sozialdemokratische Partei

- 010 FDP/Die Liberalen - Freisinnig-Demokratische Partei / Liberale Partei
- 020 CVP - Christlichdemokratische Volkspartei
- 110 BDP - Bürgerlich-Demokratische Partei
- 120 GP - Grüne, Grüne Partei, Grünes Bündnis
- 130 GLP - Grünliberale Partei
- 070 EVP - Evangelische Volkspartei
- 080 CSP - Christlich-soziale Partei
- 090 PdA - Partei der Arbeit
- 091 POP - Parti Ouvrier et Populaire, POP & Gauche en mouvement
- 093 AL – Alternative Linke / Alternative Liste / solidaritéS
- 160 EDU - Eidgenössisch-Demokratische Union
- 171 MCR - Mouvement Citoyens Genevois/Romand
- 180 Lega dei Ticinesi
- 190 Piratenpartei
- 996 Keine Partei
- 997 Andere
- 998 [Weiss nicht]
- 999 [Keine Antwort]

DEM7. Ich sollte noch eine Angabe zum Netto-Monatseinkommen Ihres Haushalts haben. Denken Sie dabei an Ihr eigenes Einkommen oder Ihre Rente, aber auch an das Einkommen oder die Rente von allfällig weiteren Personen in Ihrem Haushalt. Sie können sicher sein, dass die Angabe streng vertraulich und anonym behandelt wird. Ich nenne Ihnen jeweils eine Kategorie und einen Buchstaben hierzu. Nennen Sie mir einfach den zutreffenden Buchstaben...

- R - unter Fr. 3'000.-
- T - zwischen Fr. 3'000.- und 5'000.-
- H - zwischen Fr. 5'000.- und 7'000.-
- I - zwischen Fr. 7'000.- und 9'000.-
- B - zwischen Fr. 9'000.- und 11'000.-
- X - zwischen Fr. 11'000.- und 13'000.-
- A - zwischen Fr. 13'000.- und 15'000.-
- O – mehr als Fr. 15'000.-
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Wir danken Ihnen herzlich, dass Sie bei unserer Befragung mitgemacht haben.

Version française Online 2020

Nous vous remercions de prendre le temps de participer à cette l'enquête en ligne. L'enquête fait partie d'une étude scientifique commandée par l'Université de Zurich. Cette enquête s'intéresse aux règles et aux réglementations juridiques pour les entreprises qui concernent tout le monde, en particulier les consommateurs. Quelle que soit votre opinion et votre connaissance du sujet, il est très important pour nous de connaître votre opinion personnelle. L'enquête est anonyme et dure environ huit minutes.

Questions sociodémographiques (I)

DEM2. Avez-vous le droit de vote au niveau fédéral ?

- Oui
- Non -> mène à la conclusion de l'entretien

DEM1. Quel âge avez-vous ?

Réglementation des paramètres en général

Nous aimerions tout d'abord savoir ce que vous pensez des interventions de l'État dans l'économie. Il s'agit plus précisément des lois et des normes réglementant le travail des entreprises.

RA1. Êtes-vous pour une Suisse dans laquelle l'État intervient fortement dans l'économie, ou pour une Suisse dans laquelle on se repose entièrement sur le marché libre ? [1]

- 01 Pour une Suisse dans laquelle l'Etat intervient fortement
- 02 Ni l'un ni l'autre
- 03 Pour une Suisse dans laquelle on se repose entièrement sur le libre marché
- 98 [Je ne sais pas] / 99 [Pas de réponse]

FILTER: Wenn 1 oder 3:

Êtes-vous plutôt pour ou fortement pour ?

- 01 Plutôt pour
- 02 Fortement pour
- 98 [Je ne sais pas] / 99 [Pas de réponse]

RA2. Les réglementations étatiques de l'économie ont différents objectifs. Pour chaque proposition, veuillez indiquer quelle importance ont les lois et règlements ayant les objectifs suivants:

Wenn möglich: Matrix mit nachstehenden Items und den nachstehenden Antwortkategorien

1. La protection de la santé de la population
2. Une concurrence loyale
3. La protection de l'environnement
4. Une meilleure information et la protection du consommateur

- Très important
- Important
- peu important
- Pas du tout important
- 98 [Je ne sais pas] / 99 [Pas de réponse]

RA3. Regardons la situation actuelle en Suisse: Comment évaluez-vous l'ampleur des réglementations étatiques de l'économie?

- Beaucoup trop
- Plutôt trop
- Juste ce qu'il faut
- Plutôt pas assez
- Absolument pas assez
- 98 [Je ne sais pas] / 99 [Pas de réponse]

DEM5a. Quelle est votre occupation actuelle ?

- 01 Travail rémunéré à plein temps (40 heures ou plus par semaine)
- 02 Travail rémunéré à temps partiel (5-39 heures par semaine)
- 03 En formation (apprenti, élève, étudiant)
- 04 Actuellement pas d'activité lucrative

- 98 [Je ne sais pas] / 99 [Pas de réponse]

RA4. Certaines branches économiques sont énumérés ci-dessous. Veuillez indiquer, pour chacune d'entre elles, si vous êtes en faveur de plus de réglementations étatiques, de moins de réglementations ou si les réglementations actuelles sont appropriées selon vous.

Auch hier, wenn möglich, Matrix mit nachfolgenden Items und nachfolgenden Antwortkategorien:

26. Le commerce de détail (épiceries et magasins de vêtements, magasins d'électricité, etc.)
27. Les banques et les compagnies d'assurance
28. Le commerce en ligne
29. L'industrie de l'électricité (c'est-à-dire la production et la distribution d'électricité)
30. La protection des salariés (enregistrement du temps de travail)
31. Les médicaments
32. Le loyers résidentiels

- pour plus de réglementations
- pour moins de réglementations
- Les réglementations actuelles sont appropriée
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

(IF DEM5a=01 « employé à temps plein » OR 02 « travailler à temps partiel »: ASK RA5; IF DEM5a=ELSE: GO TO ARG1)

RA5. Quelle est la situation de la branche dans laquelle vous êtes vous-même actif ? Êtes-vous en faveur de plus de réglementations étatiques, de moins de réglementations ou si les réglementation actuelles sont appropriées selon vous.?

- Pour plus de réglementation
- Pour moins de réglementation
- La réglementation actuelle est appropriée
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

RA6. Que pensez-vous de l'efficacité des réglementations étatiques dans le secteur dans lequel vous travaillez? Ces réglementations sont-elles efficaces ou non ?

- Très efficace
- Assez efficace
- Peu efficace
- Pas du tout efficace
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

Arguments et priorités

ARG1. Les avis divergent sur l'intervention de l'État dans l'économie et les réglementations des entreprises en Suisse. Quatre de ces points de vue sont énumérés ci-dessous. Veuillez indiquer si vous êtes d'accord ou non avec les points de vue suivants.

Kommentar: Matrix mit nachstehenden Items und nachstehenden Antwortkategorien

1. Les réglementations étatiques empêchent la croissance économique et menacent l'emploi.
2. Afin d'assurer la sécurité de la population et de protéger l'environnement, il est nécessaire d'avoir des réglementations strictes pour les entreprises.
3. Les normes étatiques régulant l'économie restreignent la liberté de la population
4. Pour soulager l'économie, la Suisse devrait réduire la bureaucratie pour les entreprises. [1]

Antwortkategorien:

- Tout à fait d'accord
- Plutôt d'accord
- Plutôt pas d'accord
- Pas du tout d'accord
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

ARG2. Dans la vie quotidienne, nous devons souvent choisir entre différents points de vue. Vous trouverez ci-dessous deux points de vue sur chaque question ou problème. Veuillez indiquer avec lequel vous êtes plutôt d'accord.

Kommentar: Hier jeweils Frage und sodann zwei Standpunkte a) und b) mit untenstehenden Ausprägungen. Zudem: Randomisierung der Kategorien.

17. S'il y a des problèmes dans un secteur économique, quelle est la meilleure façon d'y réagir ?
 - a. Standpunkt a) Les organisations interprofessionnelles elles-mêmes devraient établir des règles contraignantes.
 - b. Standpunkt b) L'État doit intervenir et établir des règles contraignantes.
 - c. Je ne sais pas.
18. Quelle devrait être la première priorité lors de l'établissement des règles et réglementations gouvernementales ?
 - a. Standpunkt a) La protection des consommateurs.
 - b. Standpunkt b) Le prix le plus bas et l'offre la plus importante.
 - c. Je ne sais pas.
19. De manière générale, quel devrait être le champ d'application privilégié des règles et réglementations publiques pour l'économie ?
 - a. Standpunkt a) Ils devraient être uniformes dans toute la Suisse.
 - b. Standpunkt b) Ils doivent être adaptés aux conditions cantonales et locales.
 - c. Je ne sais pas.
20. Quelle est le plus important sur l'Internet ?
 - a. Standpunkt a) L'éventail le plus large possible de services innovants et gratuits.
 - b. Standpunkt b) La protection des données à caractère personnel.
 - c. Je ne sais pas.

Préfère des mesures réglementaires concrètes

À présent, nous aimerions connaître votre avis sur certaines mesures réglementaires concrètes. Pour chacune des propositions, veuillez indiquer si vous êtes "très favorable", "plutôt favorable", "plutôt opposé" ou "très opposé" ?

Kommentar: Hier Matrix mit nachstehenden Items und den nachstehenden Antwortkategorien

- Très favorable
- Plutôt favorable
- Plutôt opposé
- Très opposé
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

PR1. Les petites boucheries et boulangeries employant moins de 10 personnes doivent se conformer à moins de contrôles alimentaires règlementés et couteaux que les grandes entreprises.

PR2. *Variante A :* Pour la protection de la jeunesse, la publicité pour les cigarettes et le tabac devrait être totalement interdite en Suisse.

Variante B : La publicité pour les cigarettes et le tabac devrait être totalement interdite en Suisse.

PR3. *Variante A :* Les heures d'ouverture des magasins devraient être libéralisées afin que chaque commerce puisse décider lui-même jusqu'à quelle heure il est possible de faire ses courses le soir.

Variante B : Les heures d'ouverture des magasins devraient être libéralisées pour permettre aux consommateurs de faire leurs achats le soir.

PR4. La question de la reprise des règlements et directives de l'Union européenne en Suisse se pose fréquemment, à cause des échanges économiques étroits entretenus avec les Etats membres. Qu'en pensez-vous ? Les règles en matière de sécurité alimentaires en Suisse devraient être plus strictes, aussi strictes ou moins strictes que dans l'Union européenne ?

- Plus strictes
- Tout aussi strictes
- Moins strictes
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

PR5. La politique énergétique suisse a pour objectif l'augmentation de l'efficacité énergétique. Parmi les trois propositions suivantes quelle mesure d'économie d'énergie lors de l'achat de nouveaux appareils électroménagers choisiriez-vous en premier lieu?

4. Informer les consommateurs lors de l'achat sur la consommation d'énergie (p. ex. avec les étiquettes-énergie)
5. Subventionner l'achat d'appareils consommant particulièrement peu d'énergie.
6. Interdire la vente d'appareils ne remplissant pas les exigences minimales en matière d'efficacité énergétique.
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

PR6. Dans le cadre du débat parlementaire sur la révision totale de la loi sur le CO₂, diverses mesures visant à réduire les émissions de CO₂ ont été discutées. Parmi les trois mesures suivantes, laquelle mettriez-vous en premier et laquelle en second ?

1. Prélèvement sur les billets d'avion de 30 à 120 CHF par vol.
2. L'interdiction des vols intérieurs.
3. L'interdiction de chauffer au mazout dans les vieux bâtiments.
4. [Ne sait pas] / [Pas de réponse]

Préférences Mesures réglementaires Conjoint

REG1. Nous aimerions connaître votre avis sur trois autres mesures de réglementation gouvernementales très spécifiques qui sont actuellement en discussion. Pour chacune des règles/règlements suivants, veuillez indiquer si vous y êtes favorable ou opposé.

Kommentar: Items a, b und c jeweils randomisieren (d.h. einem Drittel wird beispielsweise REG1a_a, einem weiteren Drittel REG1a_b und einem letzten Drittel REG1a_c vorgelegt).

REG1a_a	Une interdiction des systèmes de chauffage à combustibles fossiles (systèmes de chauffage au pétrole et au gaz naturel).
REG1a_b	Une interdiction des systèmes de chauffage à combustibles fossiles (chauffage au pétrole et au gaz naturel) même avec une augmentation du prix du loyer de 5 %.
REG1a_b	Une interdiction des systèmes de chauffage à combustibles fossiles (chauffage au pétrole et au gaz naturel) même avec une augmentation du prix du loyer de 10 %.
REG1b_a	<u>L'interdiction des revêtements de sol</u> dans l'élevage de la volaille. Cela ferait de <u>l'élevage en parcours libre</u> le nouveau minimum légal à respecter dans l'élevage de la volaille.
REG1b_b	<u>L'interdiction des revêtements</u> de sol dans l'élevage de la volaille. Cela ferait de <u>l'élevage en parcours libre</u> le nouveau minimum légal à respecter dans l'élevage de la volaille. Cependant, le prix d'un œuf passerait d'environ 40 à environ 60 centimes par œuf.
REG1b_c	<u>L'interdiction des revêtements</u> de sol dans l'élevage de la volaille. Cela ferait de <u>l'élevage en parcours libre</u> le nouveau minimum légal à respecter dans l'élevage de la volaille. Cependant, le prix d'un œuf passerait d'environ 40 à environ 70 centimes par œuf.
REG1c_a	Une interdiction des pesticides de synthèse dans la production agricole et dans la transformation des produits agricoles.
REG1c_b	Seules les exploitations qui n'utilisent pas de pesticides devraient être soutenues par des paiements directs ou des subventions.
REG1c_c	Une interdiction des pesticides de synthèse dans la production agricole et dans la transformation des produits agricoles si cela augmente le coût des légumes suisses d'environ 10 % (par exemple, 1 kilogramme de carottes passeraient d'environ 1,10 CHF à environ 1,20 CHF).

- Je soutiens la mesure
- Je m'oppose à la mesure
- [Ne sait pas] / [Pas de réponse]

Compétence des acteurs

AK1. Lorsqu'il s'agit de savoir comment l'État doit intervenir dans l'économie et comment la réglementation des entreprises doit être conçue. Selon-vous, quelle est la compétence des différents acteurs en la matière ?

Kommentar: Hier Matrix mit nachstehenden Items und den nachstehenden Antwortkategorien

1. L'administration
2. Les entreprises
3. Les partis politiques

- Très compétent
- Plutôt compétent
- Peu compétent
- Pas du tout compétent
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

AK2. Et à votre avis, quel est le parti politique le plus qualifié pour traiter de ce thème, c'est-à-dire l'intervention de l'État dans l'économie et la conception de la réglementation pour les entreprises ?

- Antwortkategorien von DEM6

Questions sociodémographiques (II)

Pour terminer, quelques questions générales qui nous aideront à mieux évaluer vos réponses.

DEM4. Quel est le niveau d'études le plus élevé ou le diplôme le plus élevé que vous avez obtenu ?

- 01 école obligatoire
- 02 Apprentissage, école professionnelle, école de commerce, diplôme de commerce
- 03 Baccalauréat professionnel, école de maturité, lycée, séminaire de formation des enseignants
- 04 Formation professionnelle supérieure/ École supérieure technique (HF)
- 05 Université, ETH, Haute école spécialisée
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

(IF DEM5a=01 Vollzeit erwerbstätig OR 02 Teilzeit erwerbstätig: ASK DEM5b & DEM5c & DEM5d & DEM5e

IF DEM5a= 05 Rentner (AHV) OR 06 Rentner (IV) OR 07 Arbeitslos OR 08 Anderes: GO TO DEM5b_VORHERIGER_BERUF

IF DEM5a=04 Hausfrau OR DEM5a=03 in Ausbildung OR 98 DK OR 99 NA: GO TO DEM6)

DEM5b. Quel est votre statut professionnel ? Êtes-vous...

- 01 Employé sans fonction cadre
- 03 Employé avec une fonction cadre
- 02 Employé et membre de la direction (éventuellement avec une fonction supérieure)
- 04 Travailleurs indépendants
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

Falls die befragte Person mehrere Jobs hat, ist bei dieser und den folgenden Fragen zur beruflichen Tätigkeit immer der Haupterwerb (mit dem grössten Pensum) relevant. Geschäftsleitung=Direktion; «angestellt mit Vorgesetztenfunktion»= verantwortlich für die Überwachung und die Arbeitskontrolle von anderen Personen (aber ohne Lehrlinge)

DEM5c. Combien de personnes votre entreprise emploie-t-elle au total (y compris vous-même) ?

- 1 personne
- 2 à 10 personnes
- 10 à 50 personnes
- 50 à 250 personnes
- 250 personnes ou plus
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

DEM5d. Travaillez-vous dans le secteur privé ou dans le secteur public ?

- 01 Secteur privé
- 02 Secteur public(Confédération, cantons, communes)
- 03 Entreprises publiques ou entreprises mixtes (telles que CFF, Poste, Swisscom, SRG)
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

DEM5e. Dans quelle branche travaillez vous?

- 01 Enseignement/Formation (écoles, universités, etc.)
- 02 Agriculture et sylviculture
- 03 Industrie et fabrication (par exemple, construction mécanique, produits chimiques, fabrication d'équipements et de produits alimentaires, etc.)
- 05 Construction
- 06 Commerce et réparations (y compris le commerce de détail)
- 07 Hébergement et restauration (restaurants, hôtels)
- 08 Transport et trafic (trafic ferroviaire inclus)
- 09 Activités financières et assurances
- 10 Secteur de l'immobilier, locations
- 11 Technologies de l'information et des communications/médias
- 12 Administration publique
- 13 Santé et action sociale
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

DEM6. Plus généralement, quel est le parti politique qui correspond le mieux à vos propres vues et souhaits dans ses objectifs et sa vision ?

- 040 UDC - Union démocratique du centre
- 030 PS - Parti socialiste suisse
- 010 PLR - Parti libéral-radical
- 020 PDC - Parti démocrate-chrétien
- 110 PBD - Parti bourgeois-démocratique

- 120 PES - Les Verts
- 130 PVL - Vert'libéraux
- 070 PEV - Parti évangélique suisse
- 080 PCS – Centre gauche
- 090 PST - Parti suisse du Travail
- 091 POP - Parti Ouvrier et Populaire, POP & Gauche en mouvement
- 093 La Gauche / Liste alternative / solidaritéS
- 160 UDF - Union démocratique fédérale
- 171 MCR - Mouvement Citoyens Genevois/Romand
- 180 Lega dei Ticinesi
- 190 PPS - Parti Pirate Suisse
- 996 Pas de parti
- 997 Autre
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

DEM7. Enfin, nous aimerions connaître le revenu mensuel net de votre ménage. Pensez à vos propres revenus ou à votre pension, mais aussi aux revenus ou à la pension de toute autre personne de votre ménage. Laquelle des catégories suivantes correspond à votre situation ?

- moins de Fr. 3'000.-
- entre Fr. 3'000.- et 5'000.-
- entre Fr. 5'000.- et 7'000.-
- entre Fr. 7'000.- et 9'000.-
- entre Fr. 9'000.- et 11'000.-
- entre Fr. 11'000.- et 13'000.-
- entre Fr. 13'000.- et 15'000.-
- plus de Fr. 15'000.-
- [Je ne sais pas] / [Pas de réponse]

Nous vous remercions vivement d'avoir participé à notre enquête.